

politicum 116: Jugend & Arbeitsmarkt

Hrsg.:

Bernhard Felderer / Christian Buchmann / Franz Gosch

Editorial	3
<i>Bernhard Felderer</i> Der Arbeitsmarkt für Jugendliche in Europa	5
<i>Gudrun Biffl / Manfred Zentner</i> Jugend und ihre Lebenswelten	13
<i>Johannes Kopf / Marlies Gatterbauer</i> Jugendarbeitslosigkeit - Österreich als Vorzeigeland für viele andere Staaten	19
<i>Christian Buchmann</i> Ein innovativer Wirtschaftsstandort benötigt exzellente Fachkräfte	23
<i>Franz Gosch</i> Generation Praktikum und das Vertrauen der Jugend auf eine Zukunft mit Wertschätzung!	25
<i>Rudolf Hundstorfer</i> Jugendarbeitslosigkeit - Prävention als österreichischer Weg	29
<i>Reinhold Mitterlehner</i> Erfolgsmodell Lehre noch attraktiver machen	31
<i>Bettina Vollath</i> Kurswechsel: Gerechte Arbeitsverhältnisse als Ziel	33
<i>Sebastian Kurz</i> Jeder Jugendliche wird gebraucht, keiner wird zurückgelassen!	35
<i>Julia Bock-Schappelwein</i> Ausbildungswahl und Arbeitsmarktintegration	37
<i>Michael Trinko</i> Ausbildungsgarantie und andere arbeitspolitische Maßnahmen	41
<i>Desiree Schorn</i> Defizite in der betrieblichen Jugendvertretung	43

<i>Barbara Eibinger</i> Arbeit als lästige Pflicht oder Sinnerfüllung	49
<i>Nina Pildner-Steinburg</i> Verantwortung für die Jugend zu übernehmen heißt, sich nicht mit dem Mittelmaß zufriedenzugeben	51
<i>Burkhard Neuper</i> Perspektiven einer Generation	53
<i>Bernhard Heinzlmaier</i> Die Jugend in der neoliberalen Arbeitswelt	57
<i>Philipp Ikrath</i> Generation Null Bock oder ambitionierte Selbstverwirklicher?	63
<i>Klaus Gregorz</i> Die im Dunkeln sieht man nicht: Jugendliche auf dem Weg ins Abseits?	67
<i>Alfred Gutschelhofer</i> Junge Menschen und unternehmerisches Denken	73
<i>Elgrid Messner</i> Bildungsreformen: Das Erreichte weiterdenken	77
<i>Manfred Prisching</i> Die Kids und ihre Vorbilder	81
<i>Anita Prettenthaler-Ziegerhofer</i> Gedanken über „Jung und Alt“	87
Junge Steirerinnen und Steirer zum Thema Jugend & Arbeitsmarkt	93
Autorinnen und Autoren	95
Wissenschaftlicher Beirat	96

Editorial

Jugend & Arbeitswelt

Die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern Europas ist zu einem bedrohlichen Problem geworden. Einerseits sind viele einzelne junge Menschen von Arbeitslosigkeit und ihren Folgen betroffen, andererseits stellt diese Entwicklung auch die bestehenden Arbeitsmarktmechanismen und -modelle in Frage. Jedenfalls bedeutet sie eine grundsätzliche große Herausforderung für unsere Gesellschaft und das (friedliche) Zusammenleben der Generationen. Auch wenn die Daten Österreichs im internationalen Vergleich überdurchschnittlich sind, gibt es bei uns ebenso eine negative Entwicklung, die Gegenmaßnahmen erforderlich macht.

Die vorliegende Ausgabe politicum 116 widmet sich vor diesem Hintergrund dem Themenkomplex Jugend & Arbeitswelt in umfassender Weise. In den Beiträgen werden aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der zunehmenden Jugendarbeitslosigkeit und daran anknüpfend nötige Maßnahmen und Reformen in der Arbeitswelt bzw. hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert. In weiteren Beiträgen werden auch grundsätzliche Themen wie die Veränderung der Arbeitswelt(en) sowie der Lebensperspektiven und -vorstellungen junger Menschen, die Anforderungen an unser

Bildungssystem oder Fragen der Jugendkultur bzw. des Generationendialoges untersucht. Beiträge stammen von Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft, Politik, Interessenvertretung und Arbeitsmarktservice. Als Herausgeber fungieren der renommierte Wirtschaftsforscher Univ.Prof. Dr. Bernhard Felderer sowie in sozialpartnerschaftlicher Weise Dr. Christian Buchmann, Wirtschaftslandesrat der Steiermark, sowie Franz Gosch, Vizepräsident der Arbeiterkammer Steiermark.

Unser Dank gilt zuerst den drei Herausgebern sowie allen Autorinnen und Autoren für ihre interessanten und anregenden Beiträge. Weiters danken wir allen Mithelfern bei der Redaktionsarbeit, namentlich Antonia Csuk, Lena Sophie Franke, Mag. Doris Hammeringer, Mag. Julia Juri, Mag. Dr. Veronika Krysl, Mag. Manuel P. Neubauer, Mag. Daniela Orthaber und Johann Trummer, sowie Ed Höller für die graphische Gestaltung.

Wir hoffen, mit politicum 116 fruchtbringende Impulse für eine sachorientierte Diskussion über ein aktuelles und für die Zukunft unserer Gesellschaft äußerst bedeutendes Themenfeld beisteuern zu können.

Klaus Poier (Redaktion)



Gedruckt mit freundlicher Unterstützung von



Das Land
Steiermark

➔ Wissenschaft und Forschung

Impressum:

politicum 116

34. Jahrgang; November 2013

Medieninhaber und Herausgeber: Verein für Politik und Zeitgeschichte in der Steiermark,
8010 Graz, Karmeliterplatz 6; ZVR-Zahl: 017681930

für den Inhalt verantwortlich: Klaus Poier

Redaktion (Red.):

Klaus Poier / Antonia Csuk

Herausgeber/innen dieser Nummer:

Bernhard Felderer / Christian Buchmann / Franz Gosch

Layout: edsign

Druck: Steierm. Landesdruckerei, Graz

Erscheinungsort: Graz

Nachdruck ausschließlich mit schriftlicher Genehmigung.

Preis pro Ausgabe: € 10,- Abopreis (4 Hefte): € 25,-

Fotonachweis:

Die Portraitfotos wurden uns freundlicherweise von den Autorinnen und Autoren zur Verfügung gestellt.

Coverfoto: fotolia

ISSN 1681-7273 politicum (Graz)

Der Arbeitsmarkt für Jugendliche in Europa



Einleitung

Der Beitrag versucht zunächst, das Ausmaß und die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu schildern. Danach wird auf die Gründe der Jugendarbeitslosigkeit eingegangen und werden mehrere Strategien für die Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit vorgeschlagen. Eine Zusammenfassung beschließt die Ausführungen.

1. Statistischer Befund

Die nachfolgenden Tabellen zeigen für ausgewählte Länder Europas zunächst die Entwicklung der Arbeitslosigkeit während der Krise (Tabelle 1) und dann die Arbeitslosigkeit der Personen vom 15. bis zum 24. Lebensjahr (Tabelle 2). Diese Definition der Jugendarbeitslosigkeit bezieht sich nur auf die Erwerbstätigen. Arbeitslosigkeit und Ausbildung schließen einander nicht aus. Wenn z.B.

ein Student Teilzeit arbeiten möchte, aber noch keine Arbeit hat, wird er als Arbeitsloser geführt. Ebenso wie alle Personen, die arbeiten möchten: Wenn sie zumindest eine Stunde pro Woche arbeiten, gelten sie als erwerbstätig. Alle anderen sind Nicht-Erwerbspersonen, die in dieser Altersgruppe in Summe im europäischen Durchschnitt mehr als 50% ausmachen. Diese können sich sehr wohl in einer Ausbildung befinden. Schließlich zeigt Tabelle 3 den Anteil der Jugendlichen an allen Jugendlichen ihrer Altersgruppe, die weder in Ausbildung noch in einem Arbeitsverhältnis stehen. Es ist klar, dass diese letzte Gruppe besondere Aufmerksamkeit erfordert. Es erhebt sich die Frage, inwieweit hier eine Generation heranwächst, die ihr vorhandenes Humankapital immer weiter abwertet, sodass sie in eine arbeitsteilige, moderne

Tabelle 1: Arbeitslosenquoten – Jahresdurchschnitte, %

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EU 27	8,9	9,1	9,3	9,0	8,3	7,2	7,1	9,0	9,7	9,7	10,5
Deutschland	8,7	9,8	10,5	11,3	10,3	8,7	7,5	7,8	7,1	5,9	5,5
Griechenland	10,3	9,7	10,5	9,9	8,9	8,3	7,7	9,5	12,6	17,7	24,3
Spanien	11,4	11,4	10,9	9,2	8,5	8,3	11,3	18,0	20,1	21,7	25,0
Italien	8,5	8,4	8,0	7,7	6,8	6,1	6,7	7,8	8,4	8,4	10,7
Österreich	4,2	4,3	4,9	5,2	4,8	4,4	3,8	4,8	4,4	4,2	4,3
Portugal	5,7	7,1	7,5	8,6	8,6	8,9	8,5	10,6	12,0	12,9	15,9
Frankreich	8,3	8,9	9,3	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	9,7	9,6	10,2

Quelle: Eurostat

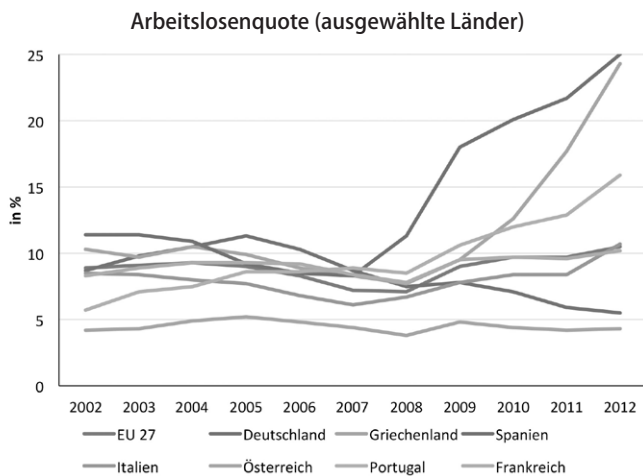


Tabelle 2: Arbeitslosenquote – Jugendliche (unter 25 Jahren), Jahresdurchschnitte

GEO/TIME	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EU 27	17,8	18,5	19,0	18,8	17,5	15,7	15,8	20,1	21,1	21,4	22,9
Deutschland	9,9	11,6	13,8	15,6	13,8	11,9	10,6	11,2	9,9	8,6	8,1
Griechenland	26,8	26,8	26,9	26,0	25,2	22,9	22,1	25,8	32,9	44,4	55,3
Spanien	22,2	22,6	22,0	19,7	17,9	18,2	24,6	37,8	41,6	46,4	53,2
Italien	22,0	23,6	23,5	24,0	21,6	20,3	21,3	25,4	27,8	29,1	35,3
Österreich	6,7	8,1	9,7	10,3	9,1	8,7	8,0	10,0	8,8	8,3	8,7
Portugal	14,3	17,8	18,9	19,8	20,1	20,4	20,2	24,8	27,7	30,1	37,7
Frankreich	17,2	19,2	20,8	21,3	22,4	19,8	19,3	24,0	23,7	22,9	24,7

Quelle: Eurostat

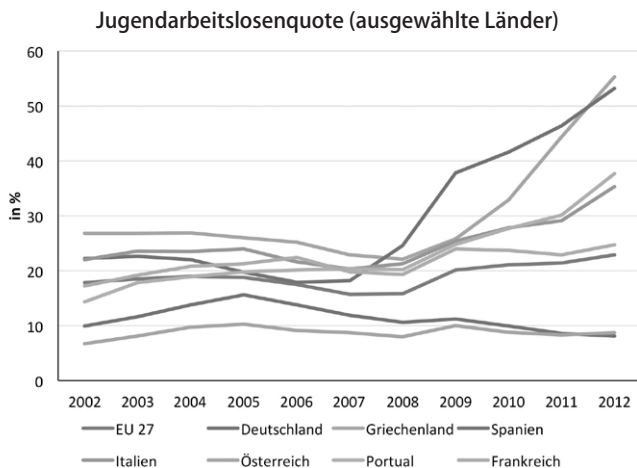
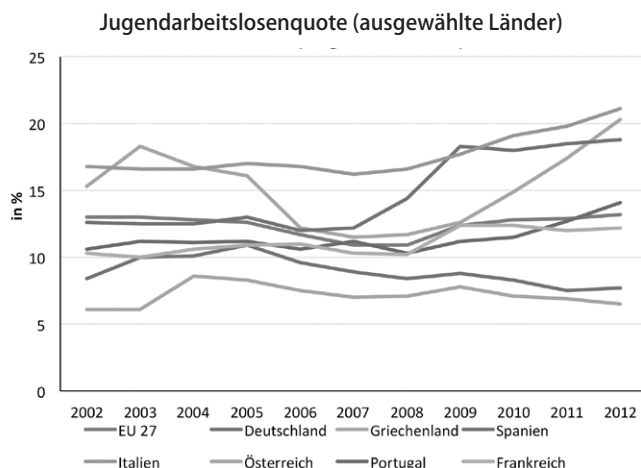


Tabelle 3: Personen zwischen 15 und 24 Jahren, die weder in Beschäftigung noch in Ausbildung stehen Jugendliche

GEO/TIME	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
EU 27	13,0	13,0	12,8	12,6	11,7	10,9	10,9	12,4	12,8	12,9	13,2
Deutschland	8,4	10,0	10,1	10,9	9,6	8,9	8,4	8,8	8,3	7,5	7,7
Griechenland	15,3	18,3	16,8	16,1	12,2	11,5	11,7	12,6	14,9	17,4	20,3
Spanien	12,6	12,5	12,5	13,0	12,0	12,2	14,4	18,3	18,0	18,5	18,8
Italien	16,8	16,6	16,6	17,0	16,8	16,2	16,6	17,7	19,1	19,8	21,1
Österreich	6,1	6,1	8,6	8,3	7,5	7,0	7,1	7,8	7,1	6,9	6,5
Portugal	10,6	11,2	11,1	11,2	10,6	11,2	10,3	11,2	11,5	12,7	14,1
Frankreich	10,3	10,0	10,6	10,9	11,0	10,3	10,2	12,4	12,4	12,0	12,2

Quelle: Eurostat



Volkswirtschaft nicht mehr integriert werden kann. Die Jugendarbeitslosigkeit ist ein großes Problem für die Zukunft der europäischen Volkswirtschaften, weil die entscheidenden Lebensjahre, in denen besonders viel und auch rasch Humankapital entwickelt werden kann, ungenutzt vorübergehen. Auch hinsichtlich der künftigen Entwicklung der Einkommensverteilung, d.h. der Zunahme der Ungleichheit der Einkommen, ja selbst für die Stabilität demokratischer Systeme

stellt die Jugendarbeitslosigkeit eine Bedrohung dar.

Tabelle 1 bzw. die daraus abgeleitete Grafik zeigt eindrucksvoll die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern Europas. Der Durchschnitt der Arbeitslosenquote in der EU-27 lag 2008 noch bei 7,1% und stieg 2012 auf 10,5%. Besonders dramatisch hat sich die für die Zukunft so wichtige Gruppe der Jugendlichen von 15 bis 24 entwickelt: Während die Arbeitslosigkeit insgesamt während

der Krise in kritischen Ländern wie Spanien und Griechenland auf 25% und in Portugal auf 16% angestiegen ist, ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen in Spanien auf 53,2%, Griechenland auf 55,3% und in Portugal auf 37,7% gestiegen. Entscheidend ist wieder die Gruppe der Jugendlichen, die weder einen Job haben noch sich in einer Weiterbildung befinden. Wenn diese Gruppe bereits im europäischen Durchschnitt (EU-27) ca. 13% erreicht und in Ländern wie Griechenland und Italien 20% überschritten hat, zeigt sich die Schärfe dieses Problems. Wenn man bedenkt, dass in einem so großen und wichtigen Land wie Spanien mehr als jeder fünfte Jugendliche in einer entscheidenden Phase seines Lebens keine Beschäftigung hat und auch an keiner Aus- bzw. Weiterbildung teilnimmt und dieser Zustand mehrere Jahre andauern kann, wird klar, welches enorme Problempotenzial sich während der Krise für einige Länder und Europa insgesamt gebildet hat.

2. Warum ist die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen (15-24) sehr viel höher als die Arbeitslosigkeit der Nicht-Jugendlichen (25-65)?

Jede Neueinstellung eines Arbeitnehmers ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Art von Investition. Der Arbeitnehmer muss sich an die neue Umgebung gewöhnen, den Wohnsitz oder die Fahrtstrecken zum Arbeitsplatz ändern, neue Kollegen akzeptieren, neue Fertig-

keiten oder Kenntnisse erlernen, die für seine spezielle Aufgabe erforderlich sind, etc. Der Arbeitnehmer könnte auch zum Schluss kommen, dass die entsprechende Tätigkeit für ihn nicht passt, seinen Intentionen nicht entspricht, zu schlecht bezahlt ist, etc. und die Stellung wieder aufgeben. Damit würde die Investition, die er in der Anfangsperiode durchgeführt hat, verloren sein. Der Arbeitgeber hat ebenfalls eine Investitionsentscheidung zu treffen. Er muss mit einer mehr oder weniger langen Einschulungsperiode rechnen, in der der Arbeitnehmer nicht die volle Arbeitsleistung erbringen kann, und er muss mit dem Fall rechnen, dass der Arbeitnehmer sich für die vorausgesehene Aufgabe, auch nach Schulung, nicht eignet. Im letzteren Fall würden die Investitionskosten verlorengehen.

Nur wenn die Entscheidung auf beiden Seiten des Arbeitsmarktes richtig war, wird es zu einem nachhaltigen Beschäftigungsverhältnis kommen. Die Investitionsentscheidungen auf beiden Seiten enthalten ein großes Maß an Unsicherheit, weil die Erwartungen, die der Arbeitnehmer an den Arbeitsplatz hat, bzw. die Erwartungen des Arbeitgebers an die fachlichen Fähigkeiten, die soziale Integrationsfähigkeit in der Kollegenschaft und den letztlich positiven Produktionsbeitrag von vornherein nicht oder nur schwer erkennbar sind. Daher müssen beide Seiten ihre Investitionsentscheidung auf der Basis unsicherer Erwartungen treffen.

Im Falle von Arbeitskräften, die als Fachleute bereits eine längere Erfahrung in einem anderen Betrieb nachweisen können und für die entsprechende Informationen über ihre Leistungsfähigkeit zur Verfügung stehen, ist das Risiko des Arbeitsgebers wesentlich geringer. Genau dies ist das Problem des Arbeitsmarktes für Jugendliche. Die Investition ist bei einem Jugendlichen für den Arbeitgeber deutlich höher als bei einer Fachkraft, die bereits bei einem anderen Arbeitgeber eine ähnliche Tätigkeit erfolgreich ausgeführt hat. Zu dieser höheren Investitionsnotwendigkeit kommen die übrigen Risiken, die der Arbeitgeber bei jeder anderen Einstellung auch noch hat. Die Einschätzung der persönlichen Eignung, der Einsatzwilligkeit, der sozialen Integrationsfähigkeit in die Belegschaft oder ganz allgemein der voraussichtlichen Nachhaltigkeit des Beschäftigungsverhältnisses ist bei jugendlichen Arbeitnehmern besonders schwer zu treffen. Insbesondere in Ländern, die das duale Ausbildungssystem nicht kennen, d.h. in denen auch die berufliche Ausbildung in Schulen erworben wird, ist auch auf der Arbeitnehmerseite eine gewisse Scheu, dieses unbekannte Risiko des neuen Arbeitsplatzes einzugehen, festzustellen. Zusammenfassend kann man sagen, dass der Matchingprozess bei jungen Arbeitnehmern, die zum ersten Mal eine Stelle antreten, und insbesondere bei solchen Arbeitnehmern, die eine mangelhafte Schulausbildung haben, beson-

ders schwierig ist. Er ist wesentlich einfacher, wenn ein Arbeitnehmer bereits anderswo seine Fähigkeiten unter Beweis stellen konnte. Die Nachteile, die sich auch für qualifizierte junge Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt gegenüber Älteren ergeben, könnten aber durch Reformen des Arbeitsmarktes bzw. Schule weitgehend reduziert werden.

3. Mögliche Lösungswege

Die oben aufgezeigten Arbeitslosenquoten von Jugendlichen in Europa können nicht der Marktwirtschaft als solcher zur Last gelegt werden, sondern sind in erster Linie die Konsequenz von mangelhafter Regulierung dieses Marktsegmentes. Die Korrekturen müssen dort angesetzt werden, wo der Arbeitsmarkt der Jugendlichen sich von den anderen Arbeitsmärkten unterscheidet.

Der wichtigste Punkt scheint zu sein, dass die vergleichsweise viel höhere Risikoeinschätzung der Arbeitgeber bei Jugendbeschäftigung reduziert werden muss. Dabei kommt als langfristige Strategie eine Verbesserung der Ausbildung in den Schulen in Frage, die die jungen Menschen sicher besser auf einen Beruf vorbereiten könnten, ohne gleichzeitig das Ziel einer Allgemeinbildung zu vernachlässigen. Entscheidend scheint zu sein, die Heranführung an die Praxis möglichst früh durchzuführen. Das in einigen Ländern Europas – auch in Österreich – in einer langen Tradition praktizierte duale Ausbildungssystem ist eine

sehr gute – sicher auch verbesserungsfähige – Methode, um dieses Ziel zu erreichen. Die Länder mit dualen Ausbildungssystemen wie Österreich, Deutschland, Dänemark, die Schweiz und die Niederlande haben deutlich geringere Jugendarbeitslosenquoten als andere Länder Europas. Die konkrete Form eines dualen Ausbildungssystems kann sehr unterschiedlich gestaltet werden. Wichtig ist, dass die Jugendlichen möglichst früh mit der betrieblichen Praxis vertraut gemacht werden, was die Schule alleine sicher nicht leisten kann. In mehreren Staaten Europas wird die Einführung von dualen Ausbildungssystemen überlegt. Dies setzt allerdings eine enge Zusammenarbeit von Unternehmen, Staat und Sozialpartnern voraus, eine Bedingung, die sicher nicht in allen Ländern Europas erfüllt ist. Klar muss auch sein, dass ein duales Ausbildungssystem, wie es in den genannten europäischen Ländern existiert, nicht innerhalb kurzer Zeit errichtet werden kann, sondern dass dazu eine sehr langfristige Planung und Umstellung erforderlich ist.

Die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit korreliert auch mit der Intensität der Regulierung des Arbeitsmarktes. Länder mit strengen Kündigungsschutzbestimmungen wie z.B. Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland haben höhere Arbeitslosenquoten insbesondere auch jugendlicher Arbeitssuchender. In den Ländern, in denen der Unternehmer ein geringes Risiko bei der Einstellung eingeht, weil

das Beschäftigungsverhältnis aufgelöst werden kann, wenn der Matchingprozess nicht positiv abgeschlossen wird, liegt die Arbeitslosigkeit niedriger. Typisch für junge Arbeitssuchende ist auch, dass ihnen häufig nur befristete Arbeitsverträge angeboten werden. Dies hat in einigen Ländern wesentlich dazu beigetragen, dass befristete Arbeitsverhältnisse stark zugenommen haben. Durch die vergleichsweise problemlose Beendigung eines befristeten Arbeitsvertrages nach Ablauf der Frist sind in der Krisenzeit nach 2008 vor allem befristete Arbeitsverträge aufgelöst worden, was die Jugendarbeitslosigkeit während der Krise besonders stark ansteigen ließ.

Die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen hat in mehreren Ländern stark zugenommen. So sind in Frankreich in letzter Zeit rund 90% der Arbeitsverträge mit Befristung vereinbart worden. Bei stärkerer Zunahme der Arbeitslosigkeit würde dies auch die jugendlichen Arbeitnehmer stärker betreffen. Dies hat in Frankreich, Spanien, aber auch in den anderen Ländern zu einer zunehmenden Segmentierung des Arbeitsmarktes geführt, mit den aufgezeigten Folgen für die Jugendlichen.

Die Politik in Deutschland hat die strenge Regulierung in der sogenannten Agenda 2010 insofern gelockert, als das Transfersystem an das Erwerbsleben anknüpft und an Arbeitslose, insbesondere Langzeitarbeitslose, Forderungen zu ei-

genen Aktivitäten und Bemühung um einen Arbeitsplatz gestellt werden. Auch der Kündigungsschutz ist insbesondere für kleinere Unternehmen gelockert worden. Die Konsequenz war, wie oben ersichtlich, ein Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit selbst während der Krisenjahre und als Ergebnis die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa (8,1%).

In Österreich hat sich der Kompromiss zwischen dem Interesse des Arbeitnehmers nach Absicherung seines Arbeitsplatzes und dem Interesse des Arbeitgebers und der Volkswirtschaft nach hoher Flexibilität des Arbeitsmarktes wohl nie in größerem Umfang auf Wachstum und Allokation der Ressourcen ausgewirkt. Der österreichische Arbeitsmarkt hat darüber hinaus den Vorteil gegenüber fast allen europäischen Ländern, dass es relativ viel Arbeitsplatzwechsel gibt, was die Reallokation von Arbeitskräften wesentlich erleichtert.

Es gibt eine Reihe von vermeintlich kurzfristig wirkenden Maßnahmen, deren Wirksamkeit jedenfalls zum Teil zweifelhaft ist.

Was in allen Ländern praktiziert wird – meist mit mäßigem Erfolg –, ist die Schulung von jugendlichen Arbeitslosen. Zahlreiche Studien aus europäischen Ländern wie z.B. Frankreich, Schweden, Dänemark und Großbritannien zeigen, dass Schulungsmaßnahmen von gering qualifizierten Jugendlichen keine oder zu vernachlässigende Auswirkung auf

deren Beschäftigungsfähigkeit haben. In einigen Ländern, z.B. Deutschland, Österreich, sind schwache Erfolge nachzuweisen gewesen. Als kurzfristige Maßnahme, d.h. eine kurzfristige starke Zunahme der Schulungen bei zunehmender Arbeitslosigkeit von Jugendlichen, eignet sich dieses Instrument sehr schlecht; bestenfalls insofern, als die Jugendlichen aus der Arbeitslosenstatistik herausgenommen werden.

Ein wirksameres Instrument, das auch kurzfristig in mehreren Ländern angewendet worden ist, sind befristete Lohnzuschüsse. Durch dieses Instrument ist es möglich, dass die Jugendlichen berufliche Erfahrung am Arbeitsmarkt machen. Dadurch wird eine ähnliche Wirkung wie in dualen Ausbildungssystemen erreicht, und die Jugendlichen können auf diese Weise dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Bei Ablauf der Frist für den Lohnkostenzuschuss zeigt sich, ob das Arbeitsverhältnis in ein unbefristetes, nicht-subventioniertes Arbeitsverhältnis umgewandelt wird. In Ländern mit strengen Kündigungsschutzbestimmungen und deshalb auch vielen befristeten Arbeitsverträgen ist die Wirkung der Maßnahme schwächer als in anderen Ländern.

Auch die Förderung der Gründung von Unternehmen durch Jugendliche, die in vielen Staaten Europas praktiziert wird, ist eine mögliche Strategie. Ebenso zu überlegen sind die Möglichkeiten einer temporären Migration zu Ausbildungs-

zwecken, wie sie zwischen Deutschland und Spanien im Mai 2013 vereinbart wurden. Gemäß dieser Vereinbarung werden insgesamt 5000 jungen Spaniern Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland zugesichert. Es ist anzunehmen, dass der größere Teil dieser jungen Migranten wieder in seine Heimat zurückkehren wird. Trotz der geringen quantitativen Bedeutung kann dieses Vorgehen, das für alle beteiligten Seiten von Nutzen sein sollte, auch für weitere Aktivitäten dieser Art als Vorbild dienen.

4. Zusammenfassung

Die Zahl der Jugendlichen ohne Beschäftigung und insbesondere der Jugendlichen, die weder in einem Beschäftigungsverhältnis noch in einem Ausbildungsverhältnis stehen, hat in der Krise

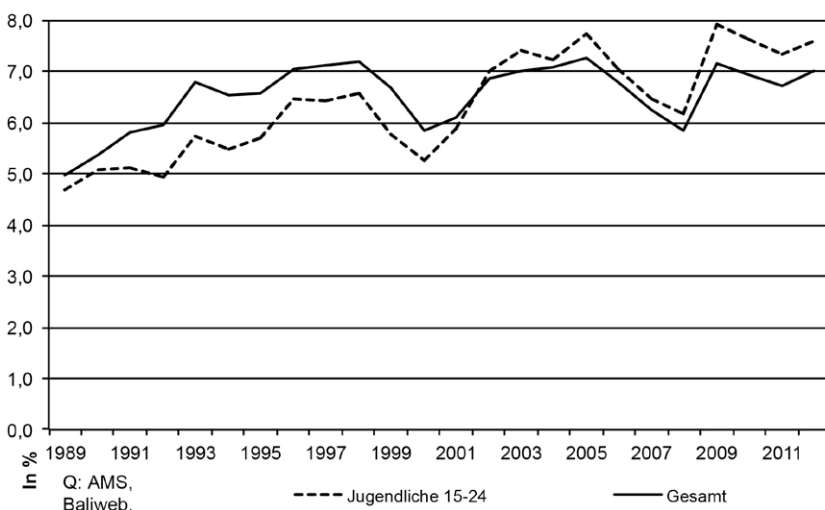
in einigen Ländern dramatisch zugenommen. Der Durchschnitt dieser Gruppe lag für die EU-27 allerdings schon vor der Krise bei über 10%. Seit 2004 bzw. 2005 konnte Deutschland, aber auch Österreich den Anteil dieser kritischen Gruppe auf deutlich unter 10% reduzieren. Wenn für den größten Teil der EU-17 und auch EU-27 der Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildung und Job zwischen 10% und 20% liegt und im Fall Italiens und Griechenlands sogar darüber, ist dies ein Alarmsignal und macht Reformen notwendig. Die Gefahr, dass eine nicht kleine Gruppe von Europäern in einer wichtigen Phase ihres Lebens ihr Humankapital so weit abwertet, dass sie in eine industrielle, arbeitsteilige Wirtschaft nicht mehr integrierbar ist, muss gesehen werden und sollte zu entsprechenden Strukturreformen führen. □



Obwohl die heutige Zeit von einem regelrechten Jugendkult geprägt ist, ist es nicht leicht, jung zu sein. Die Anforderungen, die an Jugendliche gestellt werden, sind in vielen Bereichen um einiges herausfordernder als noch vor 30 Jahren: Die Arbeitsmarktperspektiven sind unsicherer denn je, und das, obschon knappe Jugendgeburtskohorten erwarten ließen, dass sich die Beschäftigungschancen deutlich verbessern würden. Arbeitslosenquoten Jugendlicher und junger Erwachsener von mehr als 50% in einigen EU-Staaten sind besonders alarmierend; sie markieren die Spitze des Prob-

lems. Aber auch in dem Vorzeigeland der Europäischen Union im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit – Österreich – sind knapp 8% der erwerbsfähigen Jugendlichen (Unselbstständige) zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos, wobei der Abstand zum gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt seit dem wirtschaftlichen Krisenjahr 2009 zunimmt. Dafür ist eine Vielzahl von Faktoren verantwortlich, die in ihrem Zusammenwirken eine besondere Herausforderung für die Politik sind, weil es keine einfache Lösung für das „Problem“ gibt.

Arbeitslosenquoten der Jugendlichen (15-24) im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Schnitt (registrierte Arbeitslose und unselbstständig Beschäftigte) 1989-2012



Einerseits befinden sich Jugendliche an der Schwelle in den Arbeitsmarkt und sind daher von den verschiedensten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt besonders stark betroffen. Allein der Einstieg in den Arbeitsmarkt nach der Schule zum Zeitpunkt eines Konjunkturabschwungs bedeutet, dass nicht alle nach dem Abgang von der Schule einen Arbeitsplatz finden können, da Betriebe keine Neuaufnahmen mehr vornehmen. Je nach Dauer des Konjunkturabschwungs verfestigt sich die Jugendarbeitslosigkeit in unterschiedlichem Ausmaß. Nur wenige Länder haben ein begleitendes arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium entwickelt, das sicherstellt, dass Jugendliche aufgefangen und nicht nachhaltig stigmatisiert werden, wenn sie einmal arbeitslos waren.

Andererseits hat das Schulsystem mit dem gesellschaftlichen Strukturwandel und der steigenden Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu kämpfen. Es wurde weder ausreichend in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden im Umgang mit mehrsprachigen und multikulturellen Schülern und Schülerinnen investiert noch in die Schaffung der räumlichen Rahmenbedingungen, die eine gezielte Förderung der Talente der Schülerschaft erlauben. Letzteres ist von besonderer Bedeutung, da der wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturwandel dazu führt, dass oft beide Elternteile einer Erwerbsarbeit nachgehen, was eine Förderung

der Kinder „zu Hause“ erschwert. Die finanzielle Lage des Elternhauses ist daher von größerer Bedeutung denn je für die Bildungschancen der Jugendlichen. Nicht zuletzt ist der Anteil von Jugendlichen, die nach der Pflichtschule keinerlei Weiterbildungsmöglichkeiten ergreifen, unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund besonders hoch, weil von ihnen sehr früh ein Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Lage der Familie erwartet wird. Es ist aber gerade die Nachfrage nach Hilfsarbeit, die im derzeitigen Strukturwandel unter die Räder kommt. Daher verdienen Jugendliche mit Migrationshintergrund besondere Aufmerksamkeit. Sie sind von Arbeitslosigkeit stärker betroffen und finden häufig nicht mehr den Weg zurück in eine weiterführende Ausbildung. Informationen, die Jugendlichen bei ihren Bildungs- und Berufsentscheidungen helfen, sind daher vor allem für diese Gruppe wichtig, da sie sich meist nicht der langfristigen Implikationen eines frühen Schulaustritts bewusst ist.

Steigende Perspektivenlosigkeit der Jugend

In der postmodernen¹ Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft von heute sehen sich Jugendliche mit flexiblen Lebenswelten konfrontiert, symbolisiert durch die Entwicklung neuer Berufsfelder und Beschäftigungsformen, neuer Familienmuster und Partnerschaften, und einem Wandel der traditionellen

gender- und generationsspezifischen Rollen und finanziellen Abhängigkeitsmuster. Aus diesen Entwicklungen heraus kann ein gewisses Verlorensein der Jugend resultieren, das sich in Auffälligkeiten im Verhalten spiegelt. Die instabilen Lebenszusammenhänge können nicht mehr den Halt geben, den Kinder und Jugendliche zur Orientierung brauchen. Jeder ist auf sich selbst gestellt, muss sich selbst erfinden, ohne dass traditionelle „Autoritäten“ (Familie, Schule, Arbeit, Religion) den Weg weisen oder die Entscheidung abnehmen können. Beck & Beck-Gernsheim (1994: S 14) verweisen darauf, dass die Individualisierung mit der „Herstellung, Selbstgestaltung, Selbstinszenierung nicht nur der eigenen Biographie, sondern auch ihrer Einbindungen und Netzwerke“ einhergeht „und dies im Wechsel der Präferenzen und Lebensphasen und unter dauernder Abstimmung mit anderen und den Vorgaben von Arbeitsmarkt, Bildungssystem und Wohlfahrtsstaat“. Hand in Hand mit den größeren Wahlmöglichkeiten geht der Verlust an Sicherheit und die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns.

Hornstein/Thole (2005) zufolge reagieren Jugendliche auf diese Situation unterschiedlich. Die Reaktionen „... reichen von Formen apathischen Rückzugs, in denen sich Jugendliche in Drogen, Alkohol, religiösem Sektierertum flüchten und darüber den Anforderungen der Erwachsenenengesellschaft entziehen und

ihre eigene Welt ausbauen, über Protest und Widerstand bis hin zu Überanpassung und aggressiv-konkurrenzbetontem Verhalten, das von dem Bestreben geleitet wird, es angesichts schwieriger, riskanter gewordener Verhältnisse dennoch zu schaffen und auf der Karriereleiter nach oben zu kommen ...“.

Das besagt, dass die Jugend von heute den Mythen und Versprechungen der Vergangenheit misstraut. Sie weiß aus eigener Erfahrung, dass die gesellschaftlichen Strukturen nicht in Stein gemeißelt sind, weder die Familienstrukturen noch der Job, der Beruf und schon gar nicht die „Pension“. Trotz allem kann man nicht davon ausgehen, dass „die Jugend“ die Fähigkeit zu solidarischem Handeln verloren hat und zur Übernahme von Verantwortung. Sie misstraut aber langfristigen Bindungen und Verpflichtungen. Jugendliche nehmen sich auch viel Raum fürs Ausprobieren, fürs Rollenspielen, nicht zuletzt um über die Reaktionen, die sie erhalten, ihre eigene Identität zusammenzubasteln (Bricolage²). Castells (2001) weist darauf hin, dass im Gefolge von Internet und „Social Media“ die Kontakte mit traditionellen natürlichen Gemeinschaften wie der Arbeitswelt abnehmen, dafür aber die soziale Kommunikation mit Gleichgesinnten zunimmt. Das Internet erlaubt und erleichtert den Ausbau der persönlichen Netzwerke. Es trägt aber auch zu einer Reizüberflutung und zu einem veränderten Zeit- und Raumempfinden bei, was

nicht ohne Einfluss auf das Verhalten bleiben kann. Es kann zu einem Auseinanderlaufen der realen, verorteten und der virtuellen sozialen Identität kommen. Welche Konsequenzen sich daraus für die Betroffenen ergeben, ist noch nicht voll abzuschätzen.

Der Zwang zur Selbstinszenierung

Da durch die Globalisierung, getrieben durch Mobilität und Migrationsbewegungen einerseits und technologisch veränderte und erweiterte Medienlandschaften andererseits, die Auswahlmöglichkeiten für Identitätsentwicklung vielfältiger geworden sind, erleben nicht nur Jugendliche die Richtungslosigkeit in der „zweiten Moderne“ oft als Orientierungslosigkeit. Denn nun ist es nicht nur möglich, sondern es ist notwendig, selbst Entscheidungen zu treffen; vom Einkauf bis zur Ausbildung, vom Medienkonsum bis zur Religion – ständig und überall ist eine Auswahl vorzunehmen, sind Entscheidungen zu treffen. Diese Entscheidungen – und das fühlen viele Jugendliche – haben starken Einfluss auf die zukünftigen Chancen und sollten daher gut abgewogen und geplant sein, werden aber meist unreflektiert und intuitiv getroffen; auch weil man das Gefühl hat, ohnehin nicht alle eigentlich notwendigen Informationen für solche Entscheidungen zu kennen.

Hinzu kommt, dass in der Konsumgesellschaft jede Konsumententscheidung als eine Investition in die eigene Identität, in

den Marktwert der eigenen Person, gesehen werden kann (vgl. Bauman 2009). Denn durch die Individualisierung wird anstelle der sozio-ökonomischen Gesellschaftsstruktur die Inszenierung von Lebensstilen, eine sozio-kulturelle Einteilung der Gesellschaft relevant. Individualisierung in der Konsumgesellschaft führt somit zur Ästhetisierung des Lebens, also zur Möglichkeit und zur Pflicht, das eigene Leben zu gestalten. Dabei stehen aber nicht die Inhalte im Vordergrund, sondern Symbole, denn um in einer Performanzgesellschaft wahrgenommen zu werden, muss man auffallen, und dies geschieht in erster Linie über Äußerlichkeiten. Diese Gestaltung geht daher so weit, dass man Überzeugungen und Werte ebenfalls durch Symbole und Codes sichtbar macht, ja deutlich machen muss. Schlussendlich führt dies dazu, dass man praktisch jedes ästhetische Element als bewusst gewählten Ausdruck eines Lebensstils, einer Einstellung, als Symbol für selbst gewählte sozio-kulturelle Zugehörigkeit interpretiert. Das beginnt bei der Kleidung, geht über die Auswahl der Medien bis hin zum Ernährungsverhalten.

Für Jugendliche bedeutet dies, dass sie ihre Identität im Lauf ihres Erwachsen-Werdens nicht mehr bloß finden, sondern selbst entwickeln und erarbeiten, ja in den vorgegebenen Rahmenbedingungen selbst erfinden müssen. Diese ästhetisch aufgeladene Selbstinszenierung der Jugendlichen findet u.a. in der

Freizeit statt. Hier finden wir Jugendkulturen und Szenen³ als Orte der selbstgewählten lebensstilistischen Einordnung in Gemeinschaften mit schwachen Bindungen⁴. Die Selbstinszenierung und Identitätsdarstellung über Jugendkulturen stellt für den Großteil der Jugendlichen aber nicht den Rahmen für ein gegenkulturelles, gesellschaftskritisches Auftreten, das Unangepasstheit und einen Generationenkonflikt repräsentiert. Vielmehr geht es um den Ausdruck des „Anders-als-die-anderen-Sein“, also um eine Abgrenzung zu Gleichaltrigen. Die Freizeit ist natürlich nach wie vor auch jene Zeit, in der Jugendliche in Vereinen oder Organisationen aktiv sind, jedoch werden auch diese aus einem großen Angebot traditioneller Einrichtungen der Jugendarbeit und neuer Vereine und Organisationen frei gewählt und durchaus für die Selbstinszenierung verwendet. Letztlich werden Engagement und Mitgliedschaft in Vereinen zu Instrumenten der Außenwirkung, denn sie stellen eine Facette im Gesamtbild der jungen Menschen dar. Diese Selbstdarstellung findet nicht nur in der realen Welt, im tagtäglichen Miteinander statt, sondern auch in der medial vermittelten Virtualität von online social communities im Internet.

Resümierend kann gesagt werden, dass gerade aus diesen Entwicklungen heraus dem Zugang Jugendlicher zur Arbeitswelt besonderes Augenmerk zu schenken ist. Er bringt nicht nur finanzielle Absicherung, sondern eröffnet auch Perspektiven und erleichtert das Annehmen der Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft. ■

Literaturhinweise

Bauman, Zygmunt: Leben als Konsum. Hamburg 2009.

Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt/M. 1994.

Biffl, Gudrun: Patchwork Identität und Suche nach Sinnfindung – Implikationen für das Bildungssystem, Vortrag beim Dialogforum in Gmunden am 29. Juli 2013, im Publikationsprozess (migration&integration, Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis, Verlag Guthmann-Peterson).

Castells, Manuel: Internet, Netzgesellschaft. Das World Wide Web als neues technisch-soziales Paradigma. Lettre International 054, Herbst 2001.

Hitzler, R./Bucher, T./Niederbacher, A.: Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute. Wiesbaden 2005, 2. aktualisierte Auflage.

Hornstein, Walter/Thole, Werner: Jugend. In Dieter Kreft/Mielenz, Ingrid (Hrsg.): Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Weinheim/München 2005, 5. Auflage, S. 443-448.

Lévi-Strauss, Claude: La pensée sauvage. Plon publ. 1962.

- * Diese Ausführungen fußen auf einem Vortrag beim Dialogforum in Gmunden im Sommer 2013 (Biffl 2013).
- 1 In der Philosophie wird der Begriff der „Postmoderne“ für die Zeit ab den 1970er Jahren des 20. Jahrhunderts verwendet. Der deutsche Soziologe Ulrich Beck bevorzugt den Begriff der zweiten Moderne und Anthony Giddens jenen der „späten Moderne“ (late modernity). Letztlich geht es dabei um Optionenvielfalt, Richtungsoffenheit, Individualisierung, Globalisierung, jeweils aufbauend auf den Werten und Errungenschaften der Moderne.
 - 2 Lévi-Strauss (1962) verwendete diese Bezeichnung erstmals; damit reißt man Gegenstände aus ihrem normalen Zusammenhang und stellt sie in einen anderen Kontext, um den ursprünglichen Sinn zu verändern oder aufzuheben. Seither wird diese Bezeichnung für bestimmte Verhaltensmuster von Jugendlichen im Rahmen der Jugendkultur verwendet.
 - 3 Hitzler beschreibt Szenen als thematisch fokussierte Netzwerke von Personen, die bestimmte materielle und/oder mentale Formen der kollektiven Stilisierung teilen und diese Gemeinsamkeiten an typischen Orten und zu typischen Zeiten interaktiv stilisieren und weiterentwickeln (vgl. Hitzler/Bucher/Niederbacher 2005).
 - 4 Schwache Bindungen sind – im Gegensatz zu starren Bindungen – jene Verbindungen zwischen Menschen, deren Intensität von jedem einzelnen beteiligten Individuum bestimmt werden kann. Nähe und Distanzen zwischen Individuen sind somit Verhandlungssache und von jeder/jedem frei gewählt. Damit ist es möglich, Gemeinschaften mit schwachen Bindungen jederzeit zu verlassen.

Jugendarbeitslosigkeit - Österreich als Vorzeigeland für viele andere Staaten



So unerfreulich aus unserer Sicht die aktuellen Arbeitsmarktzahlen auch sind, Österreich zieht aufgrund der niedrigsten Arbeitslosigkeit in der EU (4,9% im August 2013) die Aufmerksamkeit der internationalen Presse sowie vieler europäischer Spitzenpolitiker immer wieder auf sich. Vor allem in letzter Zeit sind viele Vertreter internationaler Medien und europäische Spitzenpolitiker auf der Suche nach Rezepten gegen die hohe Arbeitslosigkeit nach Österreich gekommen. Insbesondere Österreichs niedrige Jugendarbeitslosigkeit, welche im europäischen Vergleich nach wie vor auf dem zweiten Platz rangiert, findet dabei besonderes Interesse.

Was macht Österreich anders als die anderen europäischen Länder, dass wir, trotz der von der Krise geschüttelten letzten fünf Jahre, mit einem – im internationalen Vergleich – nach wie vor relativ gut funktionierenden Arbeitsmarkt international Schlagzeilen machen können?

Österreich verfügt über eine starke aktive Arbeitsmarktpolitik. Hier ist der österreichischen Bundesregierung Lob auszusprechen, da diese rechtzeitig mit hohem Mitteleinsatz auf die kritische Entwicklung der letzten Jahre reagiert hat.

Das zeigt sich deutlich daran, dass das AMS in Österreich für seine aktive Ar-

beitsmarkt-
politik rela-

tiv gesehen das vierthöchste Budget der EU¹ hat und dieses im Unterschied zu vielen anderen Staaten (z.B. zu den NL, wo es zu massiven Reduktionen kam) seit 2009 auch noch deutlich erhöht worden ist.

Ein besonderes Augenmerk widmet diese starke Arbeitsmarktpolitik dabei vor allem den Jugendlichen, der unbestreitbar wichtigsten Zielgruppe des österreichischen AMS. Stärkste Waffe im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit stellt dabei die sogenannte Ausbildungs-garantie dar. Österreich ist damit auch Vorbild für das politische Vorhaben der Europäischen Union zur Implementierung der sogenannten „youth guarantee“.

Die Ausbildungsgarantie in Österreich bedeutet einfach, dass jeder Jugendliche, der eine Lehrausbildung absolvieren möchte, auch garantiert einen Ausbildungsplatz erhält, wenn nicht in einem Betrieb, dann zumindest in einer überbetrieblichen Lehrausbildung, die entweder in einer Lehrwerkstätte oder in Zusammenarbeit mit einem Betrieb durchgeführt wird.

Das AMS stellt dafür aktuell wieder rund 12.000 Ausbildungsplätze in den sogenannten überbetrieblichen Ausbildungs-

einrichtungen bereit. In diesen Lehrgängen holen junge Menschen schulische Defizite nach und erhalten auch eine solide berufliche Erstausbildung. Die Arbeitslosenversicherung lässt sich jeden dieser Ausbildungsplätze mehr als 10.000.- Euro jährlich kosten. Eine Investition, die sich aber auch deswegen wirklich lohnt, weil etwa die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereits nach dem ersten Lehrjahr in unseren Ausbildungseinrichtungen zu einer Lehrstelle in einem Unternehmen wechseln kann. Ein Umstand, den wir als den überzeugendsten Erfolg unserer Bemühungen ansehen.

Aber auch das angestrebte Ziel der Höherqualifizierung ist überaus wichtig. Betrachtet man die Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluss, welche in Österreich seit 1990 jährlich erfasst werden, ist festzustellen, dass in diesen 22 Jahren die sogenannten Registerarbeitslosenquoten² von Personen mit Universitäts- (ca. 2,5%), Matura- (ca. 3,5%) oder Lehrabschluss (ca. 6,5%) jeweils in etwa gleich geblieben sind, aber die Arbeitslosenquote von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss mit dzt.19% nicht nur dreimal so hoch wie jene von Personen mit Lehrabschluss liegt, sondern sich in diesem Zeitraum auch mehr als verdoppelt hat. Durch die sich beschleunigenden Trends am Arbeitsmarkt wie Globalisierung, Technologisierung, Ökologisierung usw. gehen in ganz Europa zunehmend Arbeitsplätze für Menschen

ohne Berufsausbildung bzw. ohne höhere Bildung verloren. Diese beunruhigende Entwicklung ist auch in Österreich trotz der niedrigsten Arbeitslosigkeit der EU, trotz Ausbildungsgarantie und trotz dem damit verbundenen, vergleichsweise auch international niedrigen Anteil an "early school leavers"³ zu beobachten.

Diese Entwicklung stellt eine große Herausforderung für unser Land dar und so können wir es uns einfach nicht länger leisten, aus unserem Bildungssystem jährlich noch immer 7,6% an jungen Menschen zu entlassen, die nur einen positiven Pflichtschulabschluss (oder nicht einmal diesen) haben.

Die Bundesregierung hat mit der Einrichtung der sogenannten Jugendcoaches⁴ einen wichtigen Schritt getan, um noch weniger Jugendliche an der Schnittstelle Schule und Arbeitsmarkt/AMS zu verlieren. Auch die aktuelle, politisch lebhaft diskutierte Idee einer Ausbildungspflicht bis 18 würde in Verbindung mit großen Reformen im Bildungssystem und insbesondere deutlichen Verbesserungen im Bereich der Frühförderung in diesem Sinne wirken. Ebenso ist der Einsatz von Lehrlingscoaches als spezielles Unterstützungsangebot für Lehrbetriebe und Lehrlinge zur Dropout-Vermeidung und Sicherstellung der Lehrabschlussprüfung wohl sicher hilfreich.

Mit einer weiteren Vielzahl an Förderinstrumenten wie z.B. den Produktionsschulen, welche darauf abzielen, benachteiligten Jugendlichen einen prakti-

schen Zugang zum Lernen und Arbeiten zu eröffnen und Möglichkeiten der Nachreifung zu bieten, sowie einem deutlichen Ausbau diverser Förderungen zur Vermeidung des Übertritts Jugendlicher in die Langzeitarbeitslosigkeit (hier ab sechs Monaten) versuchen wir, den beunruhigenden Entwicklungen und Herausforderungen am österreichischen Jugendarbeitsmarkt entgegenzutreten. Aus diversen Erfahrungen vor allem beim Jugendcoaching konnten wir ableiten, dass einige benachteiligte Jugendliche nicht die Unterstützung erfahren, die sie bräuchten, um am Arbeitsmarkt zu reüssieren, da ihnen sehr grundlegende Voraussetzungen für weitere Bildungsmaßnahmen fehlen.

Hier wird zukünftig hoffentlich das Programm „AusbildungsFit“ helfen, welches als Nachreifungsprojekt konzipiert ist und Jugendliche dabei unterstützen soll, versäumte Basisqualifikationen und rudimentäre Social Skills nachträglich zu erwerben.

Neben einer starken aktiven Arbeitsmarktpolitik spielen aber natürlich auch noch andere Gründe eine Rolle, warum der österreichische Arbeitsmarkt der Krise der letzten Jahre relativ gut standhalten konnte.

Die wirtschaftliche Gesamtsituation Österreichs hat sich in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Ländern tatsächlich besser entwickelt. In diesem Zeitraum wuchs das reale BIP – bedingt durch die

weltweite Krise 2009 – nur um durchschnittlich 1,64%. Dieser Wert lag aber deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums (knapp unter 1%) und auch deutlich über dem der EU-27 (1,21%)⁵. Diese Entwicklung erklärt zu einem hohen Maße die deutlich bessere Arbeitsmarktsituation Österreichs in der EU. Viele Gründe für diese bessere BIP-Entwicklung lassen sich natürlich in der österreichischen Wirtschaftspolitik finden. Österreichs enge wirtschaftliche Verknüpfung mit der „Konjunkturlokomotive“ Deutschland, die besondere Fähigkeit vieler heimischer Unternehmer, von der Ostöffnung zusätzlich zu profitieren sowie der von vielen Unternehmen so oft gelobte hohe Ausbildungsstand österreichischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spielen außerdem eine überzeugende Rolle für diesen wirtschaftlichen Erfolg.

Abschließend ist sicher auch die duale Berufsausbildung zu erwähnen. Sie ist vor allem durch die Verbindung von praxisorientierter Ausbildung in einem Betrieb und fachtheoretischer Ausbildung in einer Berufsschule so erfolgreich. In arbeitsmarktpolitischer Hinsicht bestehen unschlagbare Vorteile des dualen Berufsausbildungssystems gegenüber jedem anderen schulischen System. Zum einen wird die Qualität und Attraktivität der Lehrberufe durch eine zukunftsorientierte und vor allem auch an die aktuellen Erfordernisse der Wirtschaft angepasste Ausbildung sichergestellt⁶.

Zum anderen besteht im Anschluss an jede schulische Ausbildung für jeden die Notwendigkeit einer Arbeitssuche. Genau dies ist nach einer Lehrausbildung jedoch sehr häufig nicht notwendig, da viele Jugendliche in den jeweiligen Ausbildungsbetrieben verbleiben – ein Vorteil für jeden der Beteiligten und für den gesamten Arbeitsmarkt. Viele Staaten Europas prüfen derzeit die Einführung der dualen Berufsausbildung. Ende 2012 hat die europäische Kommission einen „Startschuss für eine Ausbildungsallianz“ ausgerufen. So sollen deutsche Experten Spanien, Griechenland, Portugal, Italien,

der Slowakei und Lettland bei der Einführung eines Systems der beruflichen Bildung nach deutschem Vorbild helfen. So begrüßenswert solche Initiativen auch sind, so muss bei allem Eifer jedoch bedacht werden, dass das Modell der dualen Berufsausbildung in Deutschland, Österreich oder auch der Schweiz eine sehr lange Tradition hat und von einer starken Sozialpartnerschaft getragen wird und daher eine Neueinführung in einem anderen Land bei massiver Anstrengung auch im besten Fall wohl, bis zu einer wahrnehmbaren Verbreitung, mindestens zehn Jahre dauern wird. ■

- 1 OECD (Employment Outlook 2013), Eurostat; Berechnung BMASK, Eurostat LMP Datenbank Kategorien 2-7 Ausgaben für aktive AMP; Ausgaben für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik in % des BIP 2011 (pro 1%-Punkt Arbeitslosenquote) für Österreich: 0,179.
- 2 Andere Erhebungsmethode als die durch Befragungen ermittelten EUROSTAT Zahlen, basierend auf den beim AMS registrierten arbeitslosen Personen.
- 3 Anteil der Bevölkerung zwischen 18 und 24 Jahren, der höchstens die Sekundarstufe durchlaufen hat und keine weitere allgemeine oder berufliche Bildung erfahren hat. 2012: Ö: 7,6%; EU-27: 12,8%, Quelle: Eurostat.
- 4 Informationen unter: <http://www.neba.at/jugendcoaching/warum.html>.
- 5 Eurostat (Abfrage vom 20.8.2013), Wachstumsrate des realen BIP.
- 6 Jugend und Arbeit in Österreich, Berichtsjahr 2012/2013, BMASK.

Christian Buchmann

Ein innovativer Wirtschaftsstandort benötigt exzellente Fachkräfte



Das Wirtschaftsressort entwickelt den Wirtschaftsstandort Steiermark entlang der Wirtschaftsstrategie „Wachstum durch Innovation“. Wie erfolgreich die Steiermark mit dieser Fokussierung ist, zeigt auch die aktuelle Forschungs- und Entwicklungsquote, die für die Steiermark 4,6% beträgt. Das ist die mit Abstand höchste regionale F&E-Quote Österreichs. Mit diesen Erfolgen können wir auch international punkten, der Ausschuss der Regionen hat die Steiermark aufgrund der exzellenten Kooperationen von Unternehmen und wissenschaftlichen Institutionen zur Europäischen Unternehmerregion 2013 ernannt.

Alle diese Erfolge dürfen aber nicht über den Umstand hinwegsehen lassen, dass die Unternehmen in der Steiermark zunehmend Probleme haben, qualifizierte Arbeitskräfte für ihre innovativen Produkte und Dienstleistungen zu bekommen. Ganz besonderer Mangel herrscht vor allem im naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Zur Verdeutlichung nachstehend einige Zahlen:

Der Wirtschaftsbericht 2012 des Landes Steiermark weist aus, dass in der Steiermark im Jahr 2012 18.264 Personen einer Lehre nachgegangen sind. Im Jahr 2008 waren es noch 19.904, das war der Höchststand an Lehrlingen in der Steiermark. Über alle Lehrjahre verteilt, beträgt

der Frauenanteil 34,3%, das sind 6.259

junge Frauen. Der größte Anteil der Lehrlinge wird nach wie vor in der Sparte „Gewerbe & Handwerk“ (8.085) ausgebildet, gefolgt von der Sparte „Tourismus & Freizeitwirtschaft“ (1.536), oder erlernt einen Beruf in einer überbetrieblichen Lehrlingsausbildung (1.375). Der mit Abstand am häufigsten gewählte Lehrberuf der jungen Frauen in der Steiermark war 2012 Einzelhandelskauffrau, der klassische Lehrberuf bei den jungen Männern Metalltechniker.

Im Land Steiermark sind die Bereiche Ausbildung und Qualifikation im Sozial- und Bildungsressort angesiedelt, dennoch nimmt sich auch das Wirtschaftsressort der Thematik an und versucht auf unkonventionelle Art und Weise, Bewusstsein zu schaffen. Hauptziel der Aktionen ist, den Blick in Unternehmen zu ermöglichen, Zugänge zu schaffen, klassische Berufsbilder aufzubrechen und Neugierde für Neues zu wecken.

„Take Tech“ ist eine Initiative der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SFG), welche im Auftrag des Wirtschaftsressorts des Landes Steiermark durchgeführt wird. Steirischen Unternehmen wird ermöglicht, Schülerinnen und Schülern die vielfältigen Tätigkeits-

bereiche und Karrieremöglichkeiten in technischen bzw. naturwissenschaftlichen Berufsfeldern in ihrem Betrieb vorzustellen. Jugendliche bekommen dadurch einen größeren Blickwinkel für eine erfolgreiche Berufsentscheidung und Unternehmen können sich den jungen Leuten als attraktiver Arbeitgeber präsentieren.

Steiermarkweit beteiligen sich jährlich rund 90 steirische Unternehmen und Kompetenzzentren und rund 2000 Schülerinnen und Schüler. Im ersten Projektjahr 2009 sind insgesamt 100 Betriebsbesuche in der Aktionswoche durchgeführt worden, 2010 waren es 125, 2011 waren es 142 und 2012 wurden 162 Betriebsbesuche durchgeführt.

Eine zweite Initiative, die ganzjährig die Türen und Tore der steirischen Unternehmen öffnet, ist das Projekt „Erlebniswelt Wirtschaft“. „Erlebniswelt Wirtschaft – made in Styria“ ist ein Leitprojekt des Wirtschaftsressorts und entführt auf eine Reise der besonderen Art und mit einem ganz besonderen Ziel: nämlich direkt in die steirischen Unternehmen! Damit bekommen die Steirerinnen und Steirer die einzigartige Gelegenheit, die faszinierende Vielfalt der steirischen Wirtschaft hautnah und anschaulich zu erleben. Die Bandbreite der Erlebnisweltbetriebe reicht dabei von klassischen Familienbetrieben, die sich bereits seit mehreren Generationen für ihr Produkt und für ihre Kunden einsetzen, bis hin zu großen Unternehmen, die in ihren Branchen

ganz vorne auf dem Weltmarkt mitmischen, sie reicht von A wie „AHT-Cooling Systems“ in Rottenmann bis Z wie „Zotter Schokoladen Manufaktur“ in Riegersburg.

Bei den Touren der „Erlebniswelt Wirtschaft“ kann man sich davon überzeugen, was Wirtschaft wirklich bedeutet und wie sie in unserer unmittelbaren Nähe phantastische Leistungen vollbringt, die wir oftmals gar nicht richtig wahrnehmen. Mit „Erlebniswelt Wirtschaft“ wirft man einen Blick hinter die Kulissen und lernt dabei aktuell 49 steirische Unternehmen kennen, die sich allen Interessierten öffnen. Vielleicht motiviert diese Sicht auch den einen oder anderen jungen Menschen, einen Lehrberuf zu ergreifen, der nicht ganz den traditionellen, eingangs beschriebenen Mustern entspricht.

Da aller guten Dinge drei sind, sei auch ergänzt, dass die SFG steirische Unternehmen unterstützt, die Lehrlinge in innovativen Branchen ausbilden und den jungen Menschen eine Zusatzausbildung über einen längeren Zeitraum anbieten. Etwa 50 Lehrlinge jährlich haben so die Chance, zusätzliche Qualifikationen zu erlangen.

Der Innovationsstandort Steiermark benötigt junge Menschen, die sich Neuem stellen und setzt dafür viele Initiativen. Nur so können wir langfristig Wachstum und Wertschöpfung gewährleisten, Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. ■

Franz Gosch

Generation Praktikum und das Vertrauen der Jugend auf eine Zukunft mit Wertschätzung!



Die „Generation Praktikum“ ist kein Schlagwort mehr, sondern kann mittlerweile als traurige Realität bezeichnet werden. Die Situation ist durchaus alarmierend, auch wenn Österreich mit einer Jugendarbeitslosenquote von 9,2% die besten Werte in der EU verzeichnet, so sprechen die Zahlen doch klare Worte. Derzeit sind 41.274 Jugendliche unter 25 ohne Job. Nicht gerechnet die zahlreichen jungen Menschen in Schulungsmaßnahmen. Der Berufseinstieg in diesen Zeiten ist wesentlich schwieriger geworden, da in der Krise natürlich die geringe Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze ein großes Problem darstellt. Der Weg in den Beruf ist für Jugendliche oder junge ArbeitnehmerInnen wesentlich steiniger geworden. Diese Probleme hat die Jugend absolut nicht selbst verschuldet. Vielfach führt der Berufseinstieg direkt in prekäre Arbeitsverhältnisse wie Werkverträge oder Teilzeitjobs, vielfach müssen Jugendliche Praktika unbezahlt abarbeiten, nur damit sie überhaupt einmal die Möglichkeit haben, in einen Beruf einzusteigen. Die Verantwortung dieser unhaltbaren Situation tragen all jene „Führungskräfte“ in der Wirtschaft, die die Notlage der jungen Generation ausnützen und die Jugend im wahrsten Sinne des Wortes ausbeuten. Es ist Aufgabe der Politik

und der Sozialpartner, für junge Menschen

Perspektiven zu schaffen, die ihnen die Gewissheit geben, dass ihre Zukunft in der Heimat liegt. Die heimische Wirtschaft ist aufgerufen, den jungen Menschen Wertschätzung entgegenzubringen und ihnen zu zeigen, dass eine stabile berufliche Zukunft auch in unserem Lande möglich ist. Andernfalls werden wir die dringend benötigten Ressourcen unserer Jugend unwiederbringlich verlieren.

Bildung und Praxiserfahrung sind der Schlüssel zum Erfolg, doch demgegenüber steht nur allzu oft die Arbeit ohne Wert(schätzung) – das Praktikum. Die Zahl der Menschen, die ein Praktikum absolvieren, nimmt jährlich zu. Heute spricht man bereits von einem eigenen Praktika-Arbeitsmarkt, der in den vergangenen Jahren gewachsen ist.

Oftmals ist ein Praktikum jedoch die einzige Möglichkeit, in ein Berufsfeld „hineinzuschnuppern“. Die Arbeitstätigkeiten während eines Praktikums unterscheiden sich stark. Das Bild des kaffeekochenden Praktikanten ist allerdings längst überholt. Meist ist die Tätigkeit, die ein Praktikant ausübt, mit einer vollwertigen Arbeit gleichzusetzen – mit einem Unterschied: Geld gibt es keines oder nur sehr wenig dafür.

Studien haben herausgefunden, dass Praktika verstärkt in Branchen und Fachrichtungen angeboten werden, die einen hohen Anteil an atypischen Beschäftigungsformen aufweisen. Tendenziell finden sich Praktikumsangebote in Branchen wieder, die durch eine hohe Fluktuation sowie bereits viele vorhandene atypische Beschäftigungen gekennzeichnet sind. Zu den häufigsten Praktikums-Branchen zählen der Medienbereich, das Sozial- und Gesundheitswesen oder etwa Non-Profit Organisationen.

Die Motivationen, ein Praktikum zu machen, sind unterschiedlich. Einerseits steht das persönliche Interesse stark im Vordergrund, die Möglichkeit, sein theoretisches Wissen endlich in der Praxis umsetzen zu können und neues Wissen zu erlangen. Viele sehen ein Praktikum als Chance, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, vom Unternehmen tatsächlich übernommen zu werden sowie darüber hinaus ein Netzwerk für die Zukunft aufzubauen. Was tatsächlich mitgenommen wird aus Praktika, ist oftmals Frustration, aber kein fixer Job. Selbst der Aufbau eines hilfreichen Netzwerkes findet oftmals nicht statt, denn oft führen absolvierte Praktika genau ins Gegenteil. Verzeichnet man mehrere Praktika in seinem Lebenslauf, kann sich die Chance bei einem potenziellen Arbeitgeber vermindern.

Ein gesellschaftlich übergreifendes Verständnis für den Begriff „Praktikum“ gibt es nicht. Vielmehr stecken unter diesem

Sammelbegriff verschiedene Sachverhalte. Beginnend beim „Schnupperjob“ bis hin zur freien Mitarbeit mit Anstellungsoption. Das ausbildungsbezogene Praktikum, das oftmals als Pflichtpraktikum dargestellt wird, divergiert in großem Maße im Hinblick auf Dauer, Tätigkeit, Bezahlung und arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen.

Ein optimales Praktikum sollte Gesichtspunkte wie Ausbildungsorientierung oder soziale Absicherung berücksichtigen. In der Realität sind Praktika jedoch von einer starken Prekarität gekennzeichnet. „Prekäre Praktika“ entstehen aus unmittelbarem betriebswirtschaftlichen Kalkül der Unternehmen. Der Einsatz von Praktikanten als regulär Tätige ist zu einer zweifelhaften Norm in bestimmten Unternehmens- und Beschäftigungsbereichen geworden. Eine Studie zeigt, dass die Betroffenen ihre Lage als empfindliche Verletzung ihrer Würde sehen. Etliche fühlen sich – verständlicherweise – ausgenutzt. Zu einem großen Teil werden die Praktikanten von ihren Eltern finanziell unterstützt, denn ein Drittel aller Praktika ist unentgeltlich.

Frauen absolvieren häufiger ein Praktikum als männliche Kollegen und werden auch öfter als Praktikantin angestellt. Auch hier erkennt man ein Ungleichgewicht bei der Entlohnung. Frauen verdienen etwa in ihrem ersten Praktikum im Durchschnitt ca. 200 Euro pro Monat, während Männer um die 300 Euro im Monat bezahlt bekommen. Ein Drittel

der Frauen absolviert unbezahlte Praktika, während nur knapp ein Viertel der Männer ohne Lohn arbeitet. Praktika finden sich meist in den Branchen wieder, wo der Frauenanteil sehr hoch ist.

Praktika gehören gefördert, ganz klar, aber nicht, wenn sie als Ersatz für vollwertige Arbeit fungieren. Nötig wird dafür eine Klärung des Begriffs „Praktikum“ sein – sowohl arbeitsrechtlich als auch auf kollektivvertraglicher Ebene. Es darf nicht mehr passieren, dass wir unter einem Begriff vier Arten von Praktika zusammenfassen:

- Ferialpraktikum
- Volontariat
- ausbildungsbezogenes Praktikum
- Praktikum nach der Ausbildung

Durch diese verschiedenen Ausformungen entsteht teilweise ein rechtlicher Graubereich, der von diversen Unternehmungen einfach ausgenützt wird. Es wird daher höchste Zeit, Ausbildung und Praxis besser zu vernetzen. Eine Koordination zwischen Ausbildungsstätten und den Unternehmen muss Realität werden, um Missbrauch vorzubeugen und Jugendliche, die ein Praktikum machen wollen oder müssen, besser zu unterstützen. In diesem Zusammenhang müssen endlich vermehrt qualitativ hochwertige Praktikumsplätze geschaffen werden, die nicht von einem leeren Versprechen für eine Fixanstellung oder aber auch durch verdeckte Vollzeitarbeit gekennzeichnet sind. In diesem Punkt ist es notwendig, dass Interessensvertre-

tungen, das AMS, die Politik und Unternehmen, welche Praktikumsplätze anbieten, enger und besser zusammenarbeiten.

Es darf nicht weiter ohne Konsequenzen möglich sein, die Jugend auszubeuten, sondern es ist höchste Zeit, den jungen Menschen eine gute Ausbildung, einen adäquaten Arbeitsplatz und die Chance auf ein Gehalt, von dem man leben kann, zu bieten.

Denn Heimat ist dort, wo man sich wohlfühlen kann und auch ein gewisses Maß an Sicherheit genießt.

„Heimisch in der Welt wird man nur durch Arbeit – wer nicht arbeitet, ist heimatlos“, sagte Berthold Auerbach bereits vor 200 Jahren. Die Heimat kann also auch losgelöst von Örtlichkeiten entstehen. Viele haben Arbeit und ihr Glück im Ausland gefunden und sind dort heimisch geworden. Dort profitieren heute alle von dem Wissen und Können unserer Fachkräfte.

Wollen wir unsere gut ausgebildeten jungen Leute vergraulen und ziehen lassen, oder denken wir daran, dass Bildung unser Rohstoff der Zukunft ist. Die Wissensgesellschaft lebt und stirbt mit dem Potenzial an kreativen jungen Menschen. Die Wirtschaft und der Standort Österreich können nur überleben, wenn wir keine Ressourcen verschwenden. Die Verantwortungsträger unseres Landes müssen daher alles daran setzen, eine geordnete Arbeitswelt für junge Menschen zu schaffen, damit wir alle Zukunft haben. ■

www.politicum.at

Rudolf Hundstorfer

Jugendarbeitslosigkeit - Prävention als österreichischer Weg



Die Medienberichte der jüngsten Monate malen Schreckensszenarien über hohe europäische Zahlen im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit und deren Auswirkungen. Der Präsident der Europäischen Kommission, Manuel Barroso, spricht bereits von einer „verlorenen Generation“. Die Jugendarbeitslosigkeit ist zweifelsohne eine große Herausforderung in Europa. Viele junge Menschen finden – oft über viele Jahre hinweg – keine oder nur prekäre Anstellungen. Diese jungen Erwachsenen, die einst mit großen Hoffnungen ins Erwerbsleben gestartet sind oder starten wollten und keinen oder keinen für sie passenden Job gefunden haben, sind nicht nur schlechter in die Gesellschaft integriert, sondern haben auch kaum Karrierechancen und sind häufig auf öffentliche Unterstützung angewiesen.

In der Europäischen Union waren 2012 durchschnittlich rund 5,55 Millionen junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. Dies betrifft die Staaten nicht im gleichen Ausmaß: In Griechenland und Spanien ist bereits jeder zweite Jugendliche arbeitslos, in Österreich, Deutschland und den Niederlanden ist hingegen rund jeder zwölfte Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen. Eine gemeinsame Strategie zur Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit ist daher ein wichtiger

Schritt in Richtung eines konsolidierten, sozialen Europa.

Daher beschlossen die EU-Mitgliedsstaaten im Februar 2013 eine Jugendgarantie („Youth Guarantee“), derzufolge jeder Jugendliche binnen vier Monaten nach Verlust seiner Arbeit oder dem Verlassen der Schule eine Arbeitsstelle, Ausbildung oder ein Praktikum erhalten soll. Jedes Land ist dazu aufgerufen, einen Umsetzungsplan, mit dem dieses Ziel erreicht werden soll, vorzulegen. Staaten mit einer besonders hohen Jugendarbeitslosigkeitsquote werden mit europäischen Geldern bei der Umsetzung ihrer Vorhaben unterstützt.

Die österreichische Strategie am Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt, die österreichische Ausbildungsgarantie und die rasche Vermittlung junger Erwachsener in Arbeit, Qualifizierung oder arbeitsmarktpolitische Projekte („Aktion Zukunft Jugend“) dienen hierbei als Best Practice für andere EU-Länder.

Österreich ist anders – ein präventiver Ansatz

Bildung und Ausbildung schützen vor Arbeitslosigkeit: Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich entgegenzutreten heißt nicht, jungen Arbeitslosen lediglich

schnellstmöglich eine Anstellung zu verschaffen, sondern ihnen die Chance auf Bildung bzw. berufliche Ausbildung einzuräumen, ihre Talente und Vorstellungen zu entwickeln, um sie dadurch nachhaltig und mit guten Karrierechancen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Etablierung der Ausbildungsgarantie im Jahr 2008, durch die jedem Jugendlichen, der eine Lehrausbildung machen möchte, ein betrieblicher oder überbetrieblicher Ausbildungsplatz zur Verfügung steht, war hierfür ein Meilenstein.

Damit auch wirklich jeder Jugendliche seine Potenziale bestmöglich nutzen kann, ist eine strategische Ausrichtung und Abstimmung der (Aus-)Bildungssysteme sowie eine Verzahnung der arbeitsmarktpolitischen Förderangebote notwendig. Durch interdisziplinäre Zusammenarbeit von Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik können so wichtige präventive Schritte gegen Jugendarbeitslosigkeit gesetzt werden.

Dabei gilt es, einerseits dem frühzeitigen Bildungsabbruch entgegenzuwirken sowie andererseits jene Jugendlichen, die sich außerhalb der Systeme Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt befinden, mittels geeigneter Angebote zu reintegrieren.

Frühzeitiger Schulabbruch wurde wissenschaftlich als größter Risikofaktor für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration identifiziert. Deshalb ist die Kooperation zwischen dem Bildungs- und Ar-

beitsmarktbereich von fundamentaler Bedeutung. Beispielhaft dafür steht die Implementierung des Jugendcoaching gemeinsam mit dem Unterrichtsministerium, seit heuer gibt es dieses Angebot bundesweit. Mit diesem Beratungs- und Betreuungsangebot werden Jugendliche ab der neunten Schulstufe unterstützt und bei der Integration in nachfolgende Bildungs- und Ausbildungssysteme sowie wie bei der Bearbeitung von außerschulischen Problemen begleitet.

Künftig wird den NEET (not in education, employment or training) Jugendlichen verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt werden. Diese befinden sich gänzlich außerhalb der Systeme Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt und sind schwer erreichbar. Diesen jungen Menschen müssen niederschwellige Angebote gemacht werden, um sie wieder in die Erwerbsgesellschaft einzugliedern.

Frühzeitig anzusetzen, jedem die individuell höchstmögliche Bildung oder Ausbildung zu ermöglichen, den unterschiedlichen Bedürfnissen junger Menschen durch vielfältige Angebote zu entsprechen und benachteiligte Jugendliche persönlich zu begleiten, dies sind die Grundpfeiler des österreichischen Weges in der Jugendarbeitsmarktpolitik. Die internationale Anerkennung hierfür motiviert uns, konsequent und innovativ weiter daran zu arbeiten, dass möglichst allen jungen Menschen ein erfolgreicher und nachhaltiger Einstieg in das Arbeitsleben gelingt. ■

Reinhold Mitterlehner

Erfolgsmodell Lehre noch attraktiver machen



Österreichs Wirtschaft entwickelt sich 2013 das zwölfte Jahr in Folge besser als die Eurozone und hat damit eine Rekordbeschäftigung erreicht. Auch die Arbeitsmarktsituation für die österreichischen Jugendlichen ist im EU-Vergleich relativ gut, niedriger ist die Jugendarbeitslosigkeit nur noch in Deutschland¹. Den entscheidenden Beitrag dazu leistet unser international renommiertes Berufsausbildungssystem mit der Lehre und den Berufsschulen. Die Qualität der Lehre und die daraus hervorgehenden Fachkräfte gehören zu den wichtigsten Stärken des Standorts Österreich. Allerdings dürfen wir uns nicht auf dieser guten Positionierung ausruhen, sondern müssen unser duales System weiterentwickeln und noch attraktiver machen, um insbesondere die Herausforderungen des demographischen Wandels zu meistern. Laut Prognosen geht die Zahl der 15-Jährigen bis zum Jahr 2015 gegenüber 2010 um rund 15.000 zurück. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Qualifikation der Fachkräfte weiter an, auch außereuropäische Staaten wie Südkorea, China oder Brasilien holen auf.

Österreich setzt deshalb auf mehreren Ebenen an, um die Lehrlingsausbildung strukturell weiterzuentwickeln. Neben einer stärkeren Durchlässigkeit zu höhe-

rer Bildung durch Modelle wie Lehre mit Matura sowie Hilfestellungen durch die integrative Berufsausbildung wurde ein differenziertes und nach Qualitätskriterien ausgerichtetes Fördersystem für Ausbildungsbetriebe etabliert. Unterstützt werden zum Beispiel Ausbildungsverbünde, Weiterbildung von Lehrlingen und Ausbildern, Förderkurse für lernschwächere Jugendliche, berufsbezogene Auslandspraktika sowie gezielte Maßnahmen für mehr Mädchen in technischen Berufen, weil dort sowohl der Bedarf der Wirtschaft als auch die Karrierechancen besonders groß sind².

Um die Lehre noch attraktiver zu machen, modernisiert das Wirtschaftsministerium in Abstimmung mit den Sozialpartnern laufend die Ausbildung und entwickelt die Berufsbilder weiter. Insbesondere der im Jahr 2008 gestartete Prozess der Modularisierung macht die Lehre durch ein cleveres Baukastensystem flexibler und erhöht auch die Chancen, in andere Lehrberufe zu wechseln, wenn sich neue Interessen ergeben. In Lehrausbildungen mit einer Modulstruktur wie zum Beispiel Elektronik, Metalltechnik oder Elektrotechnik wird zunächst eine breite Qualifikation vermittelt, ab dem dritten Lehrjahr sind Spezialisierungen möglich.

Neue Förder- und Coaching-Angebote

Zusätzlich hat das Wirtschaftsministerium mehrere Maßnahmen für eine niedrigere Drop-Out-Rate in der Lehrlingsausbildung und für eine höhere Erfolgsquote bei Lehrabschlussprüfungen gesetzt. Wir wollen neue Zielgruppen für die Lehre erschließen und die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern. Daher haben wir Mitte 2012 individuelle und kostenlose Coachings und Beratungen für Lehrlinge und Lehrbetriebe etabliert. Das Coaching-Programm läuft derzeit in einer Pilotphase in den vier Bundesländern Wien, Oberösterreich, Steiermark und Tirol und wird dort gut angenommen. Gleichzeitig ist die Beratung für bestehende Lehrbetriebe und jene, die das in Zukunft werden wollen, auf mehreren Ebenen verstärkt worden.

Eine weitere neue Maßnahme ist eine Übertrittsförderung: Betriebe, die einen Lehrling aus einer Überbetrieblichen Ausbildungseinrichtung (ÜBA) übernehmen, bekommen dafür seit September 2013 einen einmaligen Bonus von 1.000 Euro. Langfristig spart sich der Staat dadurch Geld, da ein ÜBA-Ausbildungsplatz deutlich mehr kostet als die Unterstützung einer klassischen Lehrstelle. Die Ausbildungsgarantie hat sich in der Krise bewährt, aber in der dualen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule können die praktischen Tätigkeiten besser und

günstiger erlernt werden. Weiters werden Vorbereitungskurse für die Lehrabschlussprüfung seit September 2013 für Lehrlinge mit bis zu 250 Euro gefördert, um die Erfolgsquote von derzeit 82 Prozent beim Erstantritt weiter zu erhöhen. Gestrichen worden sind die Gebühren für wiederholte Prüfungsantritte. Sämtliche Maßnahmen werden laufend evaluiert und weiterentwickelt.

Lehre stärken, Treffsicherheit erhöhen

Mit unseren Maßnahmenpaketen wollen wir Betriebe und Jugendliche als starker Partner unterstützen. Ziel ist es, die betriebliche Lehre noch attraktiver zu machen und gleichzeitig die Treffsicherheit der Ausbildung weiter zu erhöhen, um die Potenziale unserer Jugend optimal zu nützen. Damit machen wir die Lehre nicht nur fit für die Herausforderungen des demographischen Wandels, sondern sichern auch Wachstum und Beschäftigung in Österreich. Denn die Lehrlinge von heute sind die Fachkräfte von morgen, die der Wirtschaftsstandort dringend braucht. In diesem Sinne setzen wir uns auch dafür ein, dass die Angebote für die Bildungs- und Berufsorientierung in den Schulen ausgebaut werden. Jeder Jugendliche soll aus den über 200 Lehrberufen jenen auswählen, der seinen Talenten, Fähigkeiten und Neigungen am besten entspricht. ■

1 8,6% laut Eurostat-Vergleich, Quelle AMS, 01.10.2013.

2 Alle Details auf www.lehre-foerdern.at.

Bettina Vollath

Kurswechsel: Gerechte Arbeitsverhältnisse als Ziel



Menschliche Arbeit hat sich in den vergangenen Jahrzehnten massiv gewandelt, durch den gigantischen technischen Fortschritt wurde unsere Gesellschaft immer produktiver und effektiver. Einerseits konnte auf diese Weise durch die Arbeit von FabrikarbeiterInnen, Büroangestellten, BusfahrerInnen, LehrerInnen, ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und vielen unzähligen Menschen in anderen Berufen unser Wohlstand geschaffen werden. Andererseits hat dies jedoch auch sehr einschneidende Änderungen der Arbeitswelt mit sich gebracht. Es haben sich zahlreiche neue Branchen entwickelt und es sind völlig neue Berufe entstanden, andere Berufe – auch solche mit oft jahrhundertelanger Tradition – gibt es nicht mehr. Wir, die wir mitten in diesem Wandel leben, können davon ausgehen, dass dieser Prozess der „schöpferischen Zerstörung“ in Zukunft noch schneller und noch intensiver weitergehen wird. Ältere Menschen tun sich mit diesem Wandel naturgemäß schwer, durch das sich beschleunigende Tempo ist es aber logisch, dass vor allem auch junge Menschen, die sich erst seit wenigen Jahren am Arbeitsmarkt befinden bzw. in naher Zukunft auf ihn drängen werden, zunehmend diesen Entwicklungen und ständigen Änderungen ihres existenzsichernden Umfeldes ausgesetzt sein werden. Man kann

sich also wirklich nur noch darauf verlassen, dass die Veränderung die einzige Konstante ist.

Das ist das Umfeld, mit dem heute unsere Gesellschaft und damit die Politik konfrontiert ist. Die Aufgabe letzterer in diesem Themenfeld ist klar: Wir müssen es jungen Menschen ermöglichen, mit ihrer Ausbildung auf diesem Arbeitsmarkt zu bestehen, und wir müssen es schaffen, dass möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt integriert sind. Nur wer arbeitet, hat regelmäßiges Einkommen, entwickelt Identität und Selbstwert, und hat das Gefühl, in unserer Gesellschaft gebraucht zu werden und dadurch auch wertvoller Teil von ihr zu sein. Gerade deswegen muss die in Europa derzeit vorherrschende hohe Jugendarbeitslosigkeit alle Alarmglocken schrillen lassen. Denn die Botschaft, die bei den einzelnen Betroffenen ankommt, ist ungemein deprimierend: Den jungen Menschen wird signalisiert, dass sie in dieser Gesellschaft überflüssig sind. Gleichzeitig wird dieser Generation, die mit Hoffnung und Tatendrang ausgestattet aus dem Bildungssystem auf den Arbeitsmarkt strömt, aller Mut geraubt. Diese trüben Aussichten auf die eigene Zukunft beeinträchtigen junge Menschen nachhaltig in wichtigen Entscheidungen, etwa bei der

Frage nach eigenständigem Wohnen oder bei der Gründung einer eigenen Familie inklusive dem Wunsch nach Kindern. Wer nicht daran glaubt, eine reelle Chance auf wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg zu haben, der wird in diesen Fragen eher zurückhaltend agieren.

Dass die Situation in Österreich im Vergleich zu vielen anderen Ländern noch gut ist, ist mit ein Verdienst der österreichischen Politik und der Sozialpartnerschaft. Dennoch darf dies nicht dazu führen, dass man die aktuelle Situation schönredet, sondern wir müssen viel gezielter den Blick auf die Probleme der jungen Menschen von heute richten. Wenn wir das tun, finden wir „die schöne neue Welt der Arbeit“, mit der Jugendliche in immer größerem Ausmaß konfrontiert sind: Atypische Beschäftigungsverhältnisse, Teilzeitarbeit oder Scheinselbstständigkeit sind heute leider viel zu oft ernüchternde Realität. Für viele AbsolventInnen von Schulen oder Unis ist der Einstieg in den Arbeitsmarkt gar nur über unbezahlte Praktika möglich. Das Problem: Bei den Praktika handelt es sich oftmals um Hilfstätigkeiten, für die mitunter nicht einmal ein Entgelt bezahlt wird. Zudem fehlt es an jeglichen sozial- oder arbeitsrechtlichen Absicherungen. Unter dem Vorwand der neuen Flexibilität, die gerade jungen Menschen auf den ersten Blick oft attraktiv erscheint, gehören freie Dienstverträge, Werkverträge, „Freelancing“ oder Mischformen zwischen unselbstständiger und selbstständiger Ar-

beit heute zur Normalität. Die Rechnung dafür kommt meist erst später: Wer längere Zeit oder gar sein Leben lang unter diesen Bedingungen arbeitet, hat auch im Falle von Arbeitslosigkeit und Krankheit oder in der Pension kein existenzsicherndes Einkommen zu erwarten. Es fehlt an Mindeststandards im Bereich von Arbeitsrecht und Interessensvertretung und es gibt für die Betroffenen auch keinerlei Planungssicherheit. Somit sorgt diese Form des Wandels des Arbeitsmarktes auch dafür, dass junge Menschen immer häufiger in die Armutsfalle tappen oder von Armut bedroht sind.

Daher brauchen wir eine andere Form des Wandels: einen Wandel, der einen wahren Kurswechsel bedeutet, einen Wandel, der dafür sorgt, dass unser gesellschaftlicher Reichtum wieder gerechter verteilt wird. Es geht um gerechte Arbeitsverhältnisse, in denen Unterdrückung und Diskriminierung keinen Platz haben und in denen die erbrachte Leistung auch wieder gerecht entlohnt wird. Menschen können nur dann ihr wahres Leistungspotenzial abrufen und ihrer vollen Kreativität freien Lauf lassen, wenn sie ihre Arbeit ohne Zukunftsängste verrichten können. Und genau das ist gefragt, denn unsere Gesellschaft braucht das volle Leistungspotenzial und die Kreativität der einzelnen Menschen. Nur darin liegt die Keimzelle eines Fortschrittes, der es uns erlaubt, uns als Gesellschaft insgesamt in eine positive Richtung weiterzuentwickeln. ■

Sebastian Kurz

Jeder Jugendliche wird gebraucht, keiner wird zurückgelassen!



Gerade in Wahljahren wird viel über die Zukunft gesprochen und manchmal (zu) viel versprochen. Auch gehört es dazu, unterschiedliche Szenarien zu entwickeln und darzustellen. Das betrifft gerade den Arbeitsmarkt und die demographische Entwicklung unserer Bevölkerung. Man redet dann oft von „worst-case“ und „best-case“ Szenarien.

Die Daten der Statistik Austria liefern in diesem Zusammenhang ein moderat-pragmatisches Bild unserer zukünftigen Bevölkerungsentwicklung. Da wird angenommen, dass die gesamte österreichische Bevölkerung bis 2060 von derzeit 8,4 auf 9,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger steigen wird. Neben dem allgemeinen Anstieg kommt es auch zu einer Verschiebung innerhalb der einzelnen Altersgruppen, kurzum unser Land wird älter. Der Anteil der Bevölkerung unter 20 Jahren wird von derzeit 20% auf ca. 18% absinken, der Anteil der 20- bis 65-Jährigen, also jener, die im Erwerbsleben stehen (oder stehen sollten), wird von knapp 62% auf 52% abstürzen. Jene zehn Prozent, die in dieser Gruppe verloren werden, werden bei den über 65-Jährigen dazukommen. Die Gruppe wird auf etwas unter 30% wachsen.

Das, was hier beschrieben wird, ist ein moderates Szenario, das auf einer gesteuerten Zuwanderung und einer Ge-

burtenrate auf niedrigem Niveau aufbaut.

Andere, kritischere Szenarien weisen bei der Gruppe der über 65-Jährigen noch höhere Wachstumsraten auf. Egal welche Position man einnehmen wird, es wird schwierig sein, unser Sozialsystem in seiner bestehenden Form zu erhalten und auch weiterzuentwickeln. Diese Perspektive sollte allen Verantwortlichen als Mahnung dienen! Sie macht deutlich, wie wichtig es ist, die Jugend von heute auf die Herausforderungen von morgen vorzubereiten!

Was also gilt es zu tun? Unser Schul- und Bildungssystem muss heute jeden Jugendlichen erreichen! Es muss sicherstellen, dass jeder gemäß seiner Fähigkeiten gefördert und gefordert wird und jene Kompetenzen mitbekommt, die für die weitere Bildungs- und Berufslaufbahn unerlässlich sind. Mit Blick auf die Zukunft unseres Landes wird nämlich jeder Jugendliche mehr denn je gebraucht! Wir dürfen niemanden zurücklassen!

Leider kommt unser Bildungssystem dieser zentralen Aufgabe nicht nach! Jedes Jahr verlassen ca. 8.000 Jugendliche unser Schulsystem, ohne einen entsprechenden Abschluss vorweisen zu können. Ihre Situation am Arbeitsmarkt ist schwierig. Seitens der Wirtschaft wird zunehmend darüber geklagt, dass viele

Bewerberinnen und Bewerber für Lehrstellen nicht über die notwendigen Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen verfügen. Gleichzeitig aber steigt der Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Der Wettbewerbsdruck nimmt zu. Jeden Jugendlichen zu erreichen, ihn entsprechend auszubilden ist eine der größten politischen Herausforderungen der kommenden Jahre.

Deshalb sollten abseits von Strukturdebatten einige grundlegende Veränderungen vorgenommen werden. Unser derzeitiges System der Schulpflicht orientiert sich nur an der Anzahl der absolvierten Schuljahre. Die Frage, welche Kompetenzen tatsächlich erworben worden sind, wird vollkommen außer Acht gelassen. Stattdessen sollte eine an pädagogischen Standards ausgerichtete Bildungspflicht eingeführt werden. In deren Mittelpunkt sollte ein von Experten festgelegter Kanon an Kompetenzen stehen. Ein bestimmtes, genau definiertes Kompetenzniveau bei Lesen, Schreiben und Rechnen sollte darin festgeschrieben werden. Zwei bis drei individuell zu wählende, an den jeweiligen Fähigkeiten orientierte Fächer sollten ebenfalls in diesem Kanon enthalten sein. Erst wenn nachgewiesen ist, dass dieser Kanon und die darin enthaltenen Standards tatsächlich erfüllt sind, sollte die Bildungspflicht als erfüllt gelten.

Wo liegt aber der Vorteil in diesem neuen Zugang? Er lässt sich unter dem Begriff der Chancengerechtigkeit zusammenfas-

sen! Ein einheitlicher Standard, der vom Bodensee bis ins Burgenland dieselbe Gültigkeit hat, schafft bessere Chancen für die weitere Bildungs- und Berufslaufbahn. Denn jeder Jugendliche, unabhängig von seinem jeweiligen Hintergrund, hat ein Recht auf faire Bedingungen! Weiterführende Bildungs- und Berufseinrichtungen hätten die Gewissheit, dass das Schulsystem die notwendigen Kompetenzen auch wirklich vermittelt hat.

Neben dieser grundsätzlichen Änderung geht es aber auch um die Frage der frühen Berufsorientierung und der frühzeitigen Förderung von individuellen Talenten und Interessen. Auch hier leistet das bestehende System zu wenig, bietet zu wenig Raum für das Finden und Fördern von Jugendlichen mit besonderen Begabungen! Daher muss Talentförderung ein breiterer Raum eingeräumt werden. Die Berufsorientierung darf nicht erst beginnen, wenn die Schulpflicht zu Ende geht! Sie muss bereits in der 5. oder 6. Schulstufe ansetzen! Berufsorientierung muss ein begleitender Prozess sein, der Jugendlichen helfen soll, die Ausbildung zu wählen, die den eigenen Interessen und Fähigkeiten am ehesten entspricht! Gleiche Startbedingungen für alle Jugendlichen – um dieses Ziel zu erreichen, muss unser Bildungssystem jene Kompetenzen vermitteln, die man morgen und übermorgen brauchen wird! Das ist die beste Zukunftsvorsorge für die Jugend von heute! Für uns politisch Verantwortliche ist es ein Auftrag. ■

Ausbildungswahl und Arbeitsmarktintegration



Aufgrund von technischem Fortschritt, Wettbewerbsdruck und Spezialisierung nehmen die Anforderungen der Unternehmen an die Arbeitskräfte ungebrochen weiter zu. Jugendliche haben mit ihrem Ausbildungsverhalten auf diese Entwicklung bereits reagiert und beginnen häufiger als in der Vergangenheit nach dem Pflichtschulabschluss eine weiterführende Ausbildung, insbesondere junge Frauen, sei es im vollzeitschulischen Bereich (allgemeinbildende bzw. berufsbildende höhere Ausbildungszweige, berufsbildende mittlere Ausbildungszweige) oder im Rahmen einer Lehrausbildung.

Die Entscheidung darüber, welcher konkrete Ausbildungszweig nach acht Schuljahren, d.h. nach der unteren Sekundarstufe, eingeschlagen werden soll, ist in vielen Fällen eine richtungsweisende für die künftige Arbeitsmarktintegration. Diese wird getragen von Begabung, Interessen, Erwartungshaltung oder der Ausbildungswahl der Freunde. Ebenso relevant sind Einkommenschancen und Jobaussichten, aber auch die Verfügbarkeit einer bestimmten Schulform in der Region und die gegenwärtig besuchte Ausbildungsform. Denn der Schulstatistik von Statistik Austria zufolge zeigen sich unterschiedliche Übertrittsmuster von der unteren in die obere Sekundar-

stufe in Abhängigkeit vom besuchten Ausbildungszweig in der unteren Sekundarstufe. SchülerInnen aus der AHS-Unterstufe blieben im Schuljahr 2011/12 mehrheitlich in diesem Ausbildungszweig (62,4%) oder wechselten in einen berufsbildenden höheren Ausbildungszweig (30,5%). Bei den HauptschülerInnen sind die Übertrittsmuster dagegen etwas diversifizierter: Sie wechselten fast ebenso häufig in polytechnische Schulen (26,3%) wie in berufsbildende höhere Schulen (30,3%), etwas weniger häufig in berufsbildende mittlere Schulen (20,7%). Mädchen aus der AHS-Unterstufe verblieben häufiger in diesem Schulzweig als Burschen, aus der Hauptschule wechselten Mädchen weniger oft in die polytechnischen Schulen, dafür öfter in die vollzeitschulischen Ausbildungszweige (AHS, BHS, BMS).

Innerhalb des Wahlspektrums stehen prinzipiell vollzeitschulische Ausbildungsformen oder eine duale Ausbildung zur Auswahl: eine Lehrausbildung, wo man im Betrieb arbeitet und lernt und das theoretische Wissen in der Berufsschule vermittelt wird, oder eine Ausbildung, die (fast) ausschließlich in der Schule angesiedelt ist und – je nach Ausbildungstyp – Werkstättenunterricht bzw. Praktikumsphasen beinhaltet.

Österreichweit gibt es zurzeit etwas mehr als 200 Lehrberufe und bei den Schulen stehen Gymnasium oder eine berufsbildende mittlere oder höhere Ausbildung sowie Bildungseinrichtungen im Gesundheitswesen und im Bereich der LehrerInnenbildung zur Auswahl. In der berufsbildenden Ausbildungsschiene gibt es zusätzlich eine Vielzahl von Ausbildungszweigen: technische, gewerbliche, kaufmännische, land- und forstwirtschaftliche sowie jene, die auf einen wirtschaftlichen Beruf vorbereiten oder spezialisiert sind auf Fremdenverkehr oder Kunstgewerbe. Diese können zudem unterschiedliche Schwerpunkte aufweisen.

Die Ausbildungsmöglichkeiten, und damit die zur Wahl stehenden Ausbildungszweige, haben sich in den letzten Jahrzehnten massiv erweitert, nicht nur im universitären Bereich mit der Einführung der Fachhochschulen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre als Alternative zu den Universitäten, sondern auch innerhalb der berufsspezifischen Ausbildung. Beispielsweise verdreifachte sich die Zahl der technisch gewerblichen höheren Schulen in den letzten vierzig Jahren österreichweit von 37 (1970) auf 112 (2011), bei den höheren Schulen für wirtschaftliche Berufe verfünffachte sich die Zahl (von 17 (1970) auf 91 (2011)) und bei den kaufmännischen Schulen verdoppelte sich die Zahl (von 45 (1970) auf 109 (2011)).

Auch in der Lehrausbildung gibt es eine Vielfalt an Möglichkeiten, allerdings kon-

zentrieren sich die Jugendlichen, Mädchen stärker als Burschen, auf einige wenige Ausbildungszweige. In den zehn häufigsten Lehrberufen wurden Ende Dezember 2012 österreichweit knapp 70% der 43.134 weiblichen Lehrlinge ausgebildet, am häufigsten als Einzelhandelskauffrau (25,4%), gefolgt von Bürokauffrau (12,2%) und Friseurin/Perückenmacherin (10,3%). Bei den Burschen wählten etwas mehr als 60% der 82.094 Lehrlinge in Österreich einen von zehn Lehrberufen, am häufigsten Metalltechnik (13,7%), Elektrotechnik (10,8%) und Kraftfahrzeugtechnik (9,5%).

Dieser zu Beginn der oberen Sekundarstufe gewählte Ausbildungszweig ist in einer längerfristigen Perspektive oft mitentscheidend, ob anschließend an die in der oberen Sekundarstufe gewählte Ausbildung eine weitere Ausbildung folgt, entweder im post-sekundären nicht-tertiären Bereich oder im hochschulischen Sektor, oder ob eine Beschäftigung folgt. Damit werden mit der Ausbildungswahl und dem Ausbildungserfolg am Ende der unteren Sekundarstufe bereits die Einstiegsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt determiniert und auch der weitere Erwerbsverlauf mitbestimmt, der oftmals entscheidend für die weitere Arbeitsmarktintegration ist.

Aber nicht nur die schulische Vorbildung bzw. die Ausbildungswahl beeinflussen den Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt bzw. Lehrlingsarbeitsmarkt: Ebenso relevant sind demogra-

phische Faktoren, die Ausgestaltung der Arbeitsbeziehungen und die konjunkturelle Lage. In Zeiten einer angespannten wirtschaftlichen Situation sinkt der Bedarf an Arbeitskräften, (Lehr-)Stellen werden möglicherweise nicht besetzt und Lehrlinge werden nach abgelegter Lehrabschlussprüfung aufgrund von Personaleinsparungsmaßnahmen vom Lehrbetrieb nicht in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen. Zudem beginnen viele Jugendliche aufgrund fehlender Arbeitsmarktperspektiven nach Abschluss der oberen Sekundarstufe eine weitere Ausbildung.

In der Lehrausbildung wird das Angebot an offenen Lehrstellen zudem durch strukturelle Aspekte determiniert. Als mittlere, berufsorientierte Ausbildungsschiene gerät dieser Ausbildungszweig infolge des technologischen Wandels und der damit verbundenen höheren Qualifikationsanforderungen in Teilsegmenten zunehmend unter Druck, da mit den Umstrukturierungsprozessen am Arbeitsmarkt ausbildungsstarke Wirtschaftsbereiche wie Teile des produzierenden Sektors an Bedeutung verlieren. Zudem sehen sich viele Unternehmen aufgrund ihrer Spezialisierung und des zunehmenden Wettbewerbsdrucks immer weniger in der Lage, eine umfassende Ausbildung in einem Lehrberuf anzubieten und leistungsschwache Jugendliche in das berufliche Ausbildungssystem zu integrieren. Hinzu kommen fehlende Ausbildungsperspektiven für

Lehrlinge in den Dienstleistungsbereichen und der verstärkte Trend zur berufsorientierten Höherqualifizierung und damit verbunden die zunehmende Konkurrenz zwischen den vollzeitschulischen und dualen BildungsanbieterInnen um begabte Jugendliche. Demgegenüber bietet die Lehrausbildung eine praxisnahe Ausbildung, weshalb LehrabsolventInnen eher „konkurrenzfähig“ gegenüber Arbeitsmarkt-Insidern mit Berufserfahrung sind.

Konjunkturelle, strukturelle und demographische Faktoren spiegeln sich auch in der Arbeitslosigkeit wider. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Schnitt höher als die Arbeitslosigkeit von Personen im Alter ab 25 Jahren. Jugendliche verlieren im Konjunkturabschwung eher ihren Arbeitsplatz aufgrund einer kürzeren Betriebszugehörigkeit und vergleichsweise geringerem betriebsspezifischen Erfahrungswissen, wenngleich die Berufszentrierung der Ausbildung sowie Berufserfahrung der LehrabsolventInnen die Arbeitsmarktchancen erhöhen. Die Jugendarbeitslosigkeit kann bei unzureichender bzw. nicht zeitnaher Gegensteuerung weitreichende und langfristige Folgen haben, beginnend mit den negativen Konsequenzen einer fehlenden Berufserfahrung oder fehlender Ausbildungsabschlüsse bzw. nicht angewandtem formalen Ausbildungswissen auf die weitere Stabilität der Arbeitsmarktintegration, den negativen Auswirkungen auf die soziale Integration bis

hin zu negativen Auswirkungen auf die finanzielle und gesundheitliche Situation.

Für die Arbeitsmarktintegration der Jugendlichen ist aber nicht nur relevant, dass sie eine weiterführende Ausbildung abschließen bzw. ein Studium beenden, sondern auch, wie viele überhaupt an keiner weiterführenden Ausbildung teilnehmen und auch nicht direkt am Arbeitsplatz Erfahrungswissen sammeln können und daher ein hohes Risiko sozialer und wirtschaftlicher Exklusion haben. Der Anteil der nichterwerbstätigen Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, die an keiner Bildung und Ausbildung teilnehmen und eben auch nicht beschäftigt sind (sogenannte „NEETS“ – „Neither in employment nor education and training“), liegt in Österreich laut Eurostat bei 8,8% (2010), im Vergleich dazu in den EU 27 bei 16,5%.

Unter wirtschafts-, bildungs- und sozialpolitischen Gesichtspunkten ist es daher unerlässlich, dass Jugendliche unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, die gegenwärtig die Bildungschancen immer noch maßgeblich mitbestimmt, im Anschluss an die Pflichtschule eine weiterführende Ausbildung einschlagen. Präventive Maßnahmen, die verhindern, dass Jugendliche frühzeitig aus dem Schulsystem ausscheiden, d.h. die Schullaufbahn abbrechen, sind ebenso zu stärken (Stichwort: Jugendcoaching) wie Maßnahmen im Rahmen der früh-

kindlichen Bildung. Es zeigt sich, dass ein starkes Fundament in der frühkindlichen Bildung spätere Bildungsinvestitionen „gewinnbringender“ macht. Die ökonomische Rendite von frühkindlichen Förderprogrammen ist am höchsten und fällt mit den Bildungsinvestitionen im fortschreitenden Lebenszyklus.

Weiters sind Maßnahmen notwendig, die verhindern, dass Jugendliche im Anschluss an die Pflichtschule keine weiterführende Ausbildung abschließen (Stichwort: Ausbildungsgarantie), weil sie keine geeignete Lehrstelle finden können, da der Lehrberufswunsch nicht ident mit den angebotenen Lehrstellen ist. Denn jeder über die Pflichtschulausbildung hinausgehende Ausbildungsabschluss bringt nicht nur einen formalen Ausbildungsabschluss mit sich, sondern auch ein Mehr an berufsübergreifenden und sozialen Kompetenzen. Denn gerade in einem wirtschaftlichen Umfeld, das von Wettbewerb geprägt ist, ist ein Qualifikationsmix, der sich aus formaler Qualifikation und berufsübergreifenden sowie sozialen Kompetenzen zusammensetzt, für Jugendliche unerlässlich, um am Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können. Gleichfalls werden Brüche bzw. Modifikationen in der Berufskarriere künftig häufiger stattfinden, weshalb es ebenso unerlässlich erscheint, dass im Rahmen der formalen Erstausbildung Kompetenzen vermittelt werden, mit diesen Brüchen umgehen zu können. ■

Michael Trinko

Ausbildungsgarantie und andere arbeitspolitische Maßnahmen



Die 2007 in den USA als Immobilienkrise begonnene Weltwirtschaftskrise erreichte 2009 die Eurozone, und ihre Auswirkungen sind leider immer noch in den Mitgliedsstaaten der EU spürbar. Obwohl mehrere Rettungsschirme verabschiedet wurden und Banken mit Billiarden gerettet wurden, stieg die Jugendarbeitslosigkeit dramatisch an (in einigen Ländern schneller als in anderen). Österreich hat die Krise besser bewältigt als andere Mitgliedsstaaten und hat mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 9,2% die zweitniedrigste Quote in der Europäischen Union. Taurige Ausreißer nach oben sind hier Griechenland mit 62,90% und Spanien mit 56,10% Jugendarbeitslosigkeit.

Die Europäische Jugendgarantie

„Allen jungen Menschen unter 25 Jahren muss innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungsbeziehungsweise Praktikumsplatz angeboten werden“ – so lautet die Europäische Jugendgarantie nach Empfehlung durch den Rat der Europäischen Union im April 2013.

Die Europäische Jugendgarantie ist also nur eine Empfehlung an die Mitgliedsstaaten und daher nicht bindend. Viele

Länder nehmen sich Österreich als Vorbild, da hier eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche schon im Juni 2008 bei der Verabschiedung des Jugendbeschäftigungspaketes beschlossen wurde. Mit einem bedeutenden Unterschied:

In Österreich werden jährlich rund 600 Mio. Euro für arbeitspolitische Maßnahmen für Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren aufgewendet. Im Vergleich dazu wird die Europäische Union den Mitgliedsstaaten bis 2020 sechs Mrd. Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung stellen.

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich

Ein Baustein, warum Österreich die Krise besser als andere Mitgliedstaaten bewältigt, ist die Ausbildungsgarantie: Wenn Jugendliche nach Beendigung der Schulpflicht keine weiterführende Schule besuchen oder keine betriebliche Lehrstelle finden, oder eine begonnene Lehre abbrechen, wird ihnen im Rahmen der Ausbildungsgarantie in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte ermöglicht, eine vollwertige Lehrausbildung zu absolvieren.

Einzige Voraussetzung ist, dass der/die Jugendliche sich beim Arbeitsmarktservice als lehrstellensuchend gemeldet hat

und trotz intensiver Vermittlungsversuche keine Lehrstelle gefunden hat.

Ist das der Fall, beginnt hierzulande die Ausbildungsgarantie zu greifen. Jugendliche haben nun die Möglichkeit, eine Lehrausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte zu absolvieren.

Doch betrachtet man die betrieblichen Lehrstellen in Österreich, zeigt sich ein klarer Trend. Während 1979 noch 194.089 Jugendliche in einer Lehrausbildung waren, waren es 2012 nur mehr 125.228 Jugendliche, die eine Lehrausbildung absolvierten (inklusive überbetriebliche Ausbildung), was einen Rückgang von fast 70.000 Lehrplätzen bedeutet.

Europa in der Krise

Auch innerhalb der Europäischen Union verändern sich die Rahmenbedingungen für Jugendliche. Viele konservative Regierungen ignorieren das Problem der Jugendarbeitslosigkeit und gehen davon aus, dass die Wirtschaft das Problem selber lösen wird, und sehen daher keinen Handlungsbedarf.

Als weiteres Problem zeigt sich, dass Jugendliche, die keine Arbeit finden, in die Selbstständigkeit gedrängt werden.

Extrem problematisch zeigt sich auch, dass der Irrglaube besteht, durch Lockerung der Arbeitsgesetze, unter anderem durch die des Kündigungsschutzes, mehr junge Menschen in Beschäftigung zu bringen. Dass dies der falsche Weg

war, zeigt Italien, wo eine Lockerung des Kündigungsschutzes sogar mehr Jobs gekostet als gebracht hat.

EU-weit stehen viele junge Menschen vor dem Problem, nur mehr befristete und schlecht bezahlte Jobs zu erhalten. Die Mitgliedsstaaten schauen auf Österreich und erhoffen sich durch die Europäische Jugendgarantie eine Verbesserung der eigenen Situation.

Die Jugendgarantie war und ist ein wichtiger Schritt, um die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich gering zu halten. Doch darf man nicht außer Acht lassen, dass Österreich im arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkt für Jugendliche eine Vielzahl von (Aus-)Bildungsmöglichkeiten installiert hat und die Jugendgarantie hier nur einen Teil der Maßnahmen darstellt. Ebenso gibt es in Österreich ein breites schulisches Angebot, wie etwa die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.

Laut Sozialministerium stehen im Fokus der Arbeitsmarktpolitik neben den Angeboten im Bereich Beratung und Vermittlung vor allem Qualifizierungsangebote zur Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen. Als zentral hat sich herausgestellt, das „Übergangsmanagement“ von der Pflichtschule in weiterführende Angebote der Ausbildung zu vereinfachen und sicherzustellen, da das Arbeitslosenrisiko für junge Menschen ohne Berufsausbildung dreimal höher ist. ■

Desiree Schorn

Defizite in der betrieblichen Jugendvertretung



Die Bestimmungen zur betrieblichen Jugendvertretung weisen gravierende Defizite auf und sind außerdem nicht mehr zeitgerecht. Die Konsequenz daraus ist mangelndes Interesse der Jugendlichen an demokratischer Beteiligung im Betrieb sowie an der Politik. Gewerkschaften und Gesetzgeber müssen endlich tätig werden und Verbesserungsmaßnahmen setzen.

Politische Lage

Politikverdrossenheit ist im Zusammenhang mit Wahlen und danach ein häufig diskutiertes Thema. Besonders stark davon betroffen sind Jugendliche, die aufgrund der Senkung des aktiven Wahlalters im Jahr 2007 auf 16 Jahre eine wichtige WählerInnengruppe darstellen. Die politischen Parteien können sie vom Wahlkampf nicht mehr ausnehmen, da sie es sind, die unter Umständen über den Ausgang einer Wahl entscheiden. Vielmehr müssen die Parteien intensiv um diese WählerInnenschaft buhlen, Wege und Möglichkeiten finden, um die Jugendlichen zur Stimmabgabe zu motivieren. Doch woher kommen die Politikverdrossenheit und das Desinteresse der Jugendlichen, sich an demokratischen Prozessen und dem politischen Geschehen zu beteiligen? Als Erklärungen können neben der Unglaubwürdigkeit der

Parteien bzw. ihrer RepräsentantInnen, der Korruption etc., vor allem die für Jugendliche wenig attraktiven Themen in Wahlkämpfen angeführt werden. Jugendliche fühlen sich weder ernst genommen noch gut vertreten. Der fehlende Weitblick der PolitikerInnen sowie das wenig nachhaltige Handeln und die im Vordergrund stehenden persönlichen Belange werden von der jugendlichen WählerInnengruppe immer wieder kritisiert. Am Ende steht der Wunsch der Jugendlichen, einfach nur akzeptiert und in Entscheidungsfindungen miteinbezogen zu werden, sowie einen Beitrag zur Verbesserung der aktuellen Situation zu leisten.

Betriebliche Interessenvertretung

Diese Überlegungen können weitgehend auch auf die betriebliche Interessenvertretung der Jugendlichen umgelegt werden. 1972 wurde mit dem Jugendvertrauensrätegesetz (JVRG), i.e. der Vorläuferregelung zu den aktuellen betrieblichen Jugendvertretungsnormen im Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG), der Jugendvertrauensrat als Interessenvertretungsorgan der Lehrlinge und jugendlichen ArbeitnehmerInnen eingeführt. Mit ihm sollte die betriebliche Mitbestimmung dieser ArbeitnehmerIn-

nengruppe sichergestellt werden.¹ Tatsächlich ist es aber so, dass – obwohl dieses Organ bereits ab fünf jugendlichen ArbeitnehmerInnen verpflichtend zu bilden ist – ein Jugendvertrauensrat nur in wenigen Betrieben besteht. Viele Jugendliche kennen dieses Vertretungsorgan nicht, und selbst wenn sie es tun, hält sich ihr Interesse, auf betrieblicher Ebene demokratisch zu partizipieren, in Grenzen. Zu groß ist die Resignation, vom unteren Ende der betrieblichen Hierarchie aus nicht oder zu wenig auf die eigenen Arbeitsbedingungen hinwirken zu können, ernst und wahrgenommen sowie integriert zu werden. Zu diesem Ohnmachtsgefühl tragen nicht nur die einzelnen Betriebe, die fehlende Unterstützung der überbetrieblichen Interessenvertretungen, sondern auch der Gesetzgeber maßgeblich bei.

Mängel und Lücken in den rechtlichen Bestimmungen

Im Folgenden werden nun einerseits Mängel und Lücken in der Gesetzgebung aufgezeigt, die dazu führen, dass sich kaum Jugendliche für die Ausübung der Position des Jugendvertrauensrates begeistern. Andererseits werden rechtspolitische Maßnahmen dargelegt, die der arbeitenden Jugend wieder einen Anreiz geben sollen, sich auf betrieblicher Ebene demokratisch zu beteiligen. Möglicherweise führen diese in weiterer Folge auch zu einer höheren Wahlbeteiligung von Jugendlichen bei EU-Parla-

ments-, Nationalrats-, Landtags- und Gemeinderatswahlen.

Als erster Kritikpunkt kann bereits die Tatsache, dass gleich mehrere rechtliche Grundlagen zur Jugendvertretung existieren, festgehalten werden. So finden sich Regelungen nicht nur im Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG), sondern auch in der Betriebsrats-Geschäftsordnung (BRGO), der Betriebsrats-Wahlordnung (BRWO), dem Arbeitszeitgesetz, dem Berufsausbildungsgesetz und dem Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz. Wie soll das Mitglied eines Jugendvertrauensrates unter diesen Umständen z.B. herausfinden, welche Aufgaben und Befugnisse es besitzt? Faktisch wird es Jugendlichen auf diese Weise extrem erschwert, selbstständig tätig zu werden. Deswegen bedarf es eines einzigen logisch aufgebauten Regelwerkes, in dem alle relevanten Bestimmungen klar, verständlich und benutzerfreundlich formuliert sind. Nur wenn Jugendliche Gesetze verstehen und nachvollziehen können, werden sie sich auch für deren Umsetzung begeistern und als Jugendvertrauensräte tätig werden.

Die sonstigen Mängel bezüglich der Jugendvertretung können grob in fünf Kategorien, nämlich in unklare Formulierungen, veraltete Bestimmungen, versäumte Anpassungen, Rechtslücken und Gesetzeswidrigkeiten unterteilt werden.

Unklare Formulierungen

Dieser Gruppe können zweifelsohne die meisten Defizite zugeteilt werden: so

etwa die wesentliche Frage, wann die Mitgliedschaft zum Jugendvertrauensrat beginnt. Dies ist im 5. Hauptstück des ArbVG (§§ 123 bis 131f ArbVG) nicht geregelt. Der Verweis auf die ähnlich lautende Bestimmung zum Betriebsrat ist unglücklich formuliert und führt zu weiteren Missverständnissen. Unklar ist auch, wie vorzugehen ist, wenn ein zum Jugendvertrauensrat passiv wahlberechtigter Betriebsrat zeitgleich das Jugendvertrauensratsmandat annimmt. Im umgekehrten Fall sieht der Gesetzgeber das Erlöschen des Mandats zum Jugendvertrauensrat vor. Abschließend klären lässt sich diese Konstellation – nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Lehrmeinungen² – wohl nur im Zuge einer gesetzlichen Novellierung.

Von hoher Praxisrelevanz, jedoch ebenso wenig eindeutig geregelt ist, welche Befugnisse dem Jugendvertrauensrat zukommen. Das Gesetz sieht einerseits eine beispielhafte, also erweiterbare Aufzählung, andererseits auch ziemlich vage formulierte Tatbestände vor. Nach umfangreichen Auslegungsversuchen kann festgehalten werden, dass der Jugendvertrauensrat im Verhältnis zum Betriebsrat bloß ein Mitspracherecht und keine weitergehenden Vertretungsbefugnisse wie z.B. die Mitwirkung bei Versetzungen, Kündigungen oder Entlassungen von jugendlichen ArbeitnehmerInnen bzw. den Abschluss von Betriebsvereinbarungen besitzt. Diese eingeschränkte Kompetenz stellt die

Sinnhaftigkeit des Jugendvertrauensrates freilich dem Grunde nach in Frage. Die einzige Lösung wird in diesem Fall die komplette Neustrukturierung der Bestimmung, nach dem Vorbild der Regelungen zum Betriebsrat, verbunden mit der Erweiterung der Befugnisse des Jugendvertrauensrates sein.

Veraltete Bestimmungen

Dieser Kritikpunkt erklärt sich vor allem daraus, dass sich der Gesetzgeber zu meist nur mit der Weiterentwicklung des Betriebsrates und nicht mit dem Jugendvertrauensrat auseinandersetzt. So stellt sich etwa die Frage, weshalb es immer noch nicht zulässig ist, dass die Jugendversammlung eine Jugendvertrauensratsumlage beschließt.³ Wann immer Gelder, z.B. für die Finanzierung eines Ausfluges, benötigt werden, müssen Betriebsrat oder die Geschäftsleitung kontaktiert werden. Das ist umständlich und schafft Abhängigkeiten. Vor dem Hintergrund, dass 2010 das Wahlalter zum Jugendvertrauensrat angehoben wurde und die Tendenz besteht, Jugendlichen in anderen Rechtsbereichen vermehrt Rechte einzuräumen,⁴ erscheint die Einrichtung eines „Jugendvertrauensratsfonds“ als zweckmäßig. Denkbar ist es, dessen Errichtung vom Bestehen eines Betriebsrates abhängig zu machen, um Unterstützung und Kontrolle bei der Gebarung der Gelder sicherzustellen. Auch durch die nicht mehr zeitgemäße Sektionierung zwischen jugendlichen

ArbeiterInnen und Angestellten manifestiert sich der Eindruck, die Zeit wäre stehen geblieben. Abgesehen davon, dass dies dem Prinzip der einheitlichen Jugendvertretung⁵ widerspricht, könnte durch die Vereinheitlichung der Bestimmungen ein besseres Betriebsklima und ein erhöhtes Maß an Rechtssicherheit erreicht werden.

Versäumte Anpassungen

Diese Defizite entstanden in der Regel dadurch, dass intensive Denkarbeit bei Gesetzesentwürfen nur im Hinblick auf den Betriebsrat geleistet und erst in letzter Sekunde, sofern nicht überhaupt gänzlich darauf vergessen wurde, die entsprechenden Adaptierungen auch in Bezug auf den Jugendvertrauensrat in die Regierungsvorlage mit aufgenommen wurden. Als Beispiel sind die unterschiedlichen Zahlen an zu wählenden Jugendvertrauensrats- und Betriebsratsmitgliedern zu erwähnen. Für die Regierungsvorlage zum JVRG wurde diese Zahl aus dem damals geltenden Betriebsrätegesetz übernommen und somit wurden einheitliche Zahlen für beide Organe vorgesehen. Die spätere Erhöhung betraf nur mehr die Betriebsräte, die Berücksichtigung bei den Jugendvertrauensräten aber blieb aus nicht nachvollziehbaren Gründen aus. Diese Tatsache stellt eine sachlich nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung dar, weshalb die Anpassung der Zahlengrenzen der Jugendvertrauensratsmitglieder unerlässlich ist.

Im Zuge der Einführung einer Konzern(jugend)vertretung wurde versehentlich die für die Konzernvertretung geltende vierjährige Funktionsperiode auch für die Konzernjugendvertretung statuiert. Diese wird angesichts dessen, dass die Tätigkeitsdauer von Jugendvertrauensrat und Zentraljugendvertrauensrat nur zwei Jahre beträgt, jedenfalls anzupassen sein.

Rechtslücken

Aufgrund fehlender Bestimmungen für Jugendvertrauensratsmitglieder mangelt es auch an einer eigenen Regelung zum Anspruch auf Ersatz der im Rahmen ihrer Tätigkeit entstandenen Barauslagen. Daraus resultiert eine Ungleichbehandlung von Zentraljugend- und Jugendvertrauensratsmitgliedern, die nicht zu rechtfertigen ist. Diese offensichtlich planwidrig entstandene Lücke ist im Wege der analogen Anwendung zu schließen.⁶ Auch hier ist eine legislative Anpassung wünschenswert.

Gesetzwidrigkeiten

Gesetzwidrigkeiten im Bereich der Jugendvertretung resultieren vor allem daraus, dass neben dem ArbVG als gesetzlicher Grundlage für die Jugendvertretung mit der BRGO und der BRWO auch Regelungen im Verordnungsrang existieren. § 44 BRGO sieht die sinnvolle, aber rechtlich nicht durch das ArbVG gedeckte Möglichkeit einer Kompetenzübertragung von einzelnen Aufgaben

auf ein oder mehrere Jugendvertrauensratsmitglieder vor.

Conclusio

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Intention des Gesetzgebers 1972, mit der Jugendvertretung eine „demokratische Schmiedewerkstatt für jugendliche Arbeitnehmer“⁷ zu schaffen, eine grundsätzlich notwendige und richtige war. Die Normen sind inzwischen jedoch aufgrund der eben aufgezeigten Mängel und Lücken sowie der veränderten Bedürfnisse der heutigen Jugend dringend zu modernisieren. Sowohl der Gesetzgeber als auch die Interessenvertretungen sind gleichermaßen aufgerufen, endlich aktiv zu werden, sich mit den Interessen der jugendlichen ArbeitnehmerInnen auseinanderzusetzen und die derzeitige unbefriedigende Situation zu

verbessern. Die betriebliche Mitbestimmung Jugendlicher ist dringend aufzuwerten. Den Organen der Jugendvertretung müssen z.B. umfangreichere Befugnisse eingeräumt werden und ihre Tätigkeit sollen sie weitgehend unabhängig vom Betriebsrat ausüben können. Es sind Maßnahmen erforderlich, die den Jugendvertrauensrat weg von einem bloßen „Sprachrohr“ mit wenigen Befugnissen und hin zu einem ernstzunehmenden Vertretungsorgan der Jugendlichen bringen. Mit diesem Schritt würde nicht nur gezeigt, dass Jugendliche ernst genommen werden, da sie auf betrieblicher Ebene tatsächlich etwas verändern können, es würde auch ihr Interesse an demokratischer Mitwirkung geschürt. Dies könnte die Politikverdrossenheit senken und sich somit auch positiv auf die zukünftige Wahlbeteiligung auswirken. ■

1 285 BlgNR 13. GP 5.

2 Vgl. 285 BlgNR 13. GP 9 f; Petrovic, Sondervertretungen und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten in Tomandl (Hrsg.), Offene Fragen des Betriebsverfassungsrechts (1989) 102; Naderhirn in Strasser/Jabornegg/Resch (Hrsg.), ArbVG (Losebl) § 127 Rz 3.

3 Eine solche Überlegung regte 1989 bereits Petrovic in Sondervertretungen und ihre Mitwirkungsmöglichkeiten in Tomandl (Hrsg.), Offene Fragen des Betriebsverfassungsrechts (1989) 96, an.

4 Senkung des Wahlalters zu den allgemeinen Vertretungskörpern auf das 16. Lebensjahr, Herabsetzung der Volljährigkeit auf das vollendete 18. Lebensjahr (§ 21 Abs 2 ABGB), Abschluss von Arbeitsverträgen bereits ab Erreichen der Mündigkeit (§ 151 Abs 2 ABGB), Erwerb der Lenkerberechtigung in Klasse B bereits ab dem 17. Lebensjahr (§ 19 Abs 1 iVm 6 Abs 1 Z 2 FSG), Gebrauch bestimmter Schusswaffen nach Vollendung des 16. Lebensjahres (§ 11 Abs 2 WaffG).

5 285 BlgNR 13. GP 6.

6 Naderhirn in Strasser/Jabornegg/Resch (Hrsg.), ArbVG (Losebl) § 130 Rz 2; Strasser/Jabornegg, ArbVG3 (1999) § 131e Erl 13.

7 Vgl. 285 BlgNR 13. GP 5.

www.politik.steiermark.at

Barbara Eibinger

Arbeit als lästige Pflicht oder Sinnerfüllung



Junge Menschen werden von ihrem Umfeld geprägt, ob sie wollen oder nicht. Ein Faktum ist, dass die heutige Elterngeneration früher in Pension geht als jede Generation vor ihr. Das Erreichen des Pensionsalters oder der Bescheid über die zugesprochene Frühpension wird oftmals als Erlösung vom Arbeitstrott empfunden. Die Botschaft an die Jungen lautet, dass das Leben erst in der Pension so richtig genossen werden kann. Und in der Politik ist wieder verstärkter Klassenkampf angesagt, wo die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite gegeneinander ausgespielt werden. Man kann auch nicht behaupten, dass unser Steuer- und Sozialversicherungssystem Anreize zu mehr Leistung liefert. Zwei Jobs auszuüben oder neben dem Angestelltenjob noch einer selbstständigen Tätigkeit nachzugehen ist finanziell meist uninteressant. Alles in allem besteht in Österreich also nicht gerade ein motivierendes Klima für junge Menschen.

Dabei ist den Jungen ein guter und sicherer Arbeitsplatz wichtig. Und ihnen ist bewusst, dass sie länger arbeiten werden müssen, weil unser Pensionssystem nicht ohne Einschnitte aufrechtzuerhalten sein wird. Umso wichtiger ist es für die jungen Menschen, ihr Arbeitsleben abwechslungsreich zu gestalten und die Kräfte gut einzuteilen. Das bedeutet

etwa im Laufe des Lebens verschiedene Berufe auszuüben, dazwischen Weiterbildungsprogramme zu absolvieren, vielleicht in Karenz zu gehen, vor allem aber eine gute Balance zwischen Berufs- und Privatleben zu finden.

Gerade die sogenannte „Work-Life-Balance“ stellt eine große Herausforderung dar. Denn die Arbeitswelt ist durch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien schnelllebiger geworden. Mobiltelefone sorgen schon längst für ständige Erreichbarkeit, durch die Smartphones wird nun auch noch erwartet, E-Mails umgehend zu beantworten. Dies geht zu Lasten der Erholungszeiten und zehrt am Energiehaushalt. Möglicherweise gilt dies nicht mehr für unsere Kinder bzw. die Arbeitskräfte von morgen, die mit Smartphones und neuen Medien als ständige Begleiter aufwachsen. Die besondere Belastung für die Arbeitskräfte von heute erkennen aber immer mehr Unternehmen, sodass manche Konzerne die E-Mail-Konten ihres Personals zwischen den Abend- und Morgenstunden sperren. Denn erholte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können am nächsten Tag wieder gute Leistungen erbringen.

Welches Rüstzeug brauchen unsere Jugendlichen neben den sogenannten

„Soft Skills“ für die Arbeitswelt von morgen? Durch immer raschere Veränderungen, neues Wissen und Innovationen ist lebensbegleitendes Lernen unumgänglich. Gute Grundkenntnisse sind dafür die Voraussetzung, doch gerade beim Lesen, Schreiben und Rechnen gibt es teilweise große Schwächen. Ausbildungsbetriebe beklagen, dass es ihren Lehrlingen an Grundkenntnissen fehle und oft auch an sozialer Kompetenz. Es ist unglaublich, dass es in unserem – durchaus teuren – Bildungssystem nicht gelingt, innerhalb einer Schulpflicht von neun Jahren diese Grundkenntnisse entsprechend zu vermitteln. Genauso mangelt es häufig an selbstständigem Arbeiten und Eigenverantwortung. Frontalunterricht im 50-Minuten-Takt, fortgesetzt durch eine zunehmende „Verschulung“ im tertiären Bereich, ist hier nicht gerade förderlich. Höchste Zeit, die Schülerinnen und Schüler und das bestmögliche Vermitteln von Wissen und Kompetenzen in den Mittelpunkt der Bildungspolitik zu stellen anstatt das Dienstrecht oder die Zahl von Unterrichtsstunden der Lehrenden. Auch Belohnungs- und Anreizsysteme für engagierte Lehrerinnen und Lehrer würden meiner Meinung nach zu einem qualitätsvolleren Unterricht führen; und selbstverständlich die Mitsprache der Schulleitung bei der Auswahl von Lehrkräften. Schulen sollen sich einerseits ein Profil geben, andererseits besteht bei der Auswahl des Personals zur Umsetzung

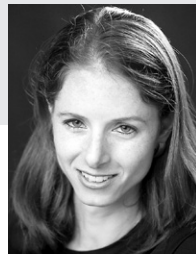
dieses Profils und der Schulphilosophie aber keine Mitsprache. Motivierte Lehrerinnen und Lehrer, die Spaß am Unterrichten haben und sich nicht in einem starren System gefangen fühlen, werden den Jugendlichen auch andere Werte mitgeben. Sie werden nicht vermitteln, wie man „Dienst nach Vorschrift“ macht, sondern Eigenverantwortung und Arbeit als Sinnerfüllung bzw. Weg zur Selbstverwirklichung. Vielleicht ermutigen sie sogar zum Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit, was im derzeitigen Bildungssystem kaum Berücksichtigung findet.

Eines ist aber klar: Den Lehrerinnen und Lehrern kann nicht die Alleinverantwortung übertragen werden. Auch die Eltern müssen stärker eingebunden werden, denn ein Kind, das zu Hause kein entsprechendes Umfeld vorfindet, wird in der Schule selten erfolgreich sein. Sorgen und Probleme in der Familie werden nicht nur von Erwachsenen mit ins Büro genommen, sondern auch von Kindern in die Schule. Nur im Team werden Eltern und Lehrende die Kinder entsprechend fordern und fördern können.

Ein gutes Rüstzeug für die Arbeitswelt und ein sinnerfülltes Leben erhalten unsere Jugendlichen demnach nur durch ein Umdenken in der Gesellschaft, verantwortungsvolle Eltern und motivierte Lehrende, die gemeinsam das eigenverantwortliche und selbstständige Denken der Jungen fördern. ■

Nina Pildner-Steinburg

Verantwortung für die Jugend zu übernehmen heißt, sich nicht mit dem Mittelmaß zufriedenzugeben



Das Magazin Newsweek stellte im Jahr 2010 eine überaus spannende Frage: Welches Land bietet heute und in Zukunft Geborenen weltweit die besten Rahmenbedingungen für eine nachhaltig gute Qualität des Lebens? Österreich lag in der für die Beantwortung dieser Frage erstellten Analyse auf Platz 18. Die ersten Plätze räumten Finnland, die Schweiz und Schweden ab.

Im Sommer 2013 veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung eine Studie mit dem Titel „Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften“. Auch in diesem OECD-Ländervergleich, der die Verteilung sozialstaatlicher Ausgaben zwischen Alt und Jung analysierte, schnitt Österreich nicht gut ab und belegte den 20. Platz unter 29 Ländern.

Jedes Ranking kann natürlich hinterfragt und die Auswahl und Gewichtung einzelner Faktoren diskutiert werden. Es stimmt aber nachdenklich, dass unser Land in Vergleichen, in denen es um die Chancen junger Mensch geht, nie im internationalen Spitzenfeld liegt. Ausgenommen – und das sei als besonders erfreulich hervorgehoben – im Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit. Die Beschäftigung junger Menschen in Österreich ist derzeit laut Arbeitsmarktdaten so hoch wie in keinem anderen EU-Land. Die Diskussion der Frage, ob dies „wegen“ oder

„trotz“ des Bildungsniveaus der Absolventen des österreichischen Bildungssystems der Fall ist, würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen. International anerkannter Fakt ist aber, dass die österreichischen Unternehmen, die über 40% eines Altersjahrganges in dualer Form als Lehrlinge ausbilden, den Unterschied zu anderen Ländern erklärbar machen.

Zurück zu den Rankings: Ist ein Land in praktisch allen Rankings bestenfalls im Mittelfeld platziert, liegt dies meist nicht an der Auswahl der Kriterien, die der Bewertung zugrunde liegen. Im Bewusstsein der Verantwortung für zukünftige Generationen können und dürfen wir uns aber nicht mit Mittelmäßigkeit zufriedengeben. Der erste Schritt dabei muss sein, dass wir Österreicherinnen und Österreicher grundsätzlich den Anspruch stellen, Österreich zum Land mit den besten Rahmenbedingungen für junge Menschen zu machen.

Zentraler Schlüssel hierfür ist die Investition in die Fähigkeiten jüngerer Menschen. Dies beginnt bei der schlichten Frage nach Neigungen, Interessen und Talenten Jugendlicher und der Suche nach Möglichkeiten, diese in Bildungs- und Berufswahlprozesse einzubringen. Eine umfassende, an den Talenten und Interessen junger Menschen sowie den

regionalen wirtschaftlichen Möglichkeiten orientierte Vorbereitung für den Beruf stellt eines der wichtigsten Elemente erfolgreicher persönlicher Entwicklung dar. Ziel muss es daher sein, die individuellen Lebensperspektiven junger Menschen, ihre Fähigkeiten und Lebensziele ins Zentrum einer modernen Berufsorientierung an Schulen zu stellen. Zu viele Jugendliche verlassen Jahr für Jahr das österreichische Bildungssystem, ohne ausreichend für Fragen der weiteren Bildungs- und Berufswahl vorbereitet zu sein. Die Verunsicherung ist denkbar groß – egal, ob der Bildungslaufbahnwechsel an den im System definierten Schnittstellen oder in Form von „Abbrüchen“ geschieht. 9000 Schülerinnen und Schüler zwischen 15 und 19 Jahren scheiden jährlich aus dem österreichischen Bildungssystem ohne Abschluss aus. Verantwortung für junge Menschen zu übernehmen hieße, den Berufsorientierungsprozess in Österreich zu optimieren und zu professionalisieren und somit diese Zahl deutlich zu reduzieren – aus meiner Sicht eines der wesentlichsten und dringendsten Handlungsfelder der österreichischen Bildungspolitik.

Verantwortung für die Jugend zu übernehmen hieße auch, die klar dokumentierten weiteren Handlungsfelder im Bildungsbereich in Angriff zu nehmen. Auch über die Aussagekraft eines PISA-Rankings wird hierzulande viel diskutiert (wäre das auch so, würden wir gut ab-

schneiden?). Auch hier gilt jedoch: Ein mittelmäßiges bis schlechtes Abschneiden in allen Rankings sagt mehr über die Qualität des untersuchten Systems als über die Rankings aus. Knapp 30% der 15-Jährigen können nicht sinnerfassend lesen. Welche Perspektive wollen wir diesen Jugendlichen in der Gesellschaft geben? Wie soll es gelingen, diese Jugendlichen in eine Arbeitswelt zu integrieren, die immer höhere Ansprüche stellt? Welche individuellen Dramen werden durch diesen allgemein viel zu wenig kommentierten Umstand Jahr für Jahr verursacht? Welche Gesellschaft ist es, auf die wir durch das Ignorieren dieser Tatsachen zusteuern?

Der gesellschafts- und wirtschaftspolitische Status quo in Österreich ist relativ gut. Wer glaubt, dass ein Fortschreiben dieses Status in die Zukunft eine Selbstverständlichkeit ist, unterliegt einem massiven Irrtum. Ebenso diejenigen, die glauben, in der Gestaltung der derzeitigen Rahmenbedingungen nicht primär die Zukunftschancen heute junger Menschen mitdenken zu müssen. Sich mit dem Mittelmaß zufriedenzugeben, ist der Anfang vom Ende einer gesellschaftlichen Entwicklung, die Österreich zu einem lebenswerten und wohlhabenden Land gemacht hat. Im Sinne der jungen Generation und aus der Verantwortung ihr gegenüber sollten wir daher alles unternehmen, damit die Antwort auf die eingangs gestellte Frage eines Tages „Österreich“ heißt. ■

Burkhard Neuper

Perspektiven einer Generation



Unsere Entwicklung ist geprägt von einer schnelllebigen Zeit mit (vielen) unterschiedlichen Einflüssen und Informationen aus allen Bereichen der Welt. Unsere Möglichkeiten sind fast unbegrenzt und stellen uns vor das Problem, ständig Entscheidungen treffen zu müssen. Für den gesellschaftlichen und politischen Rahmen bedeutet dies eine große Herausforderung. Noch niemals zuvor gab es Information, die zu jeder Tages- und Nachtzeit verfügbar und damit verwertbar war. Und noch niemals zuvor war es schwieriger, eine gute, nicht zwingend richtige, Entscheidung für den Weg in die Zukunft zu treffen.

Es gilt, die Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich Leistung wieder lohnt, um die Möglichkeit zu haben, sich etwas aufzubauen, und Werte für nächste Generationen zu schaffen. Das sind Ziele, die junge Menschen motivieren und den Antrieb verleihen, sich zu entwickeln. Zu dieser Entwicklung muss es möglich sein, seine eigenen Stärken zu leben und auszubauen. Die Basis dafür muss schon frühzeitig in der Ausbildung, wie etwa in der Grundschule, gelegt werden, wo sich unser Nachwuchs zu Bürgern mit Selbstbestimmtheit und Motivation entwickelt. Aktuell hat man eher das Gefühl, dass gerade am Rücken dieser Generation, die unsere Zukunft

bedeutet, die Machtspiele der politischen Strukturen ausgetragen werden. In einer angeblich so hoch entwickelten Gesellschaft ist es wahrlich eine Schande, dass „Mächte“ in unserem Land lieber zehn Jahre darüber diskutieren, wie man Privilegien verteidigen könnte, als die Zukunft unseres Landes zu erschaffen. Im Umfeld einer globalen Welt und sich ständig verändernden Arbeitswelten ist das Streben nach einer guten und soliden Ausbildung kein Kann mehr, sondern ein Muss. Viele Betriebe finden schon heute keine gut ausgebildeten Fachkräfte mehr und sehen hinsichtlich der demographischen Entwicklung keiner Entspannung entgegen. Daher ist es für unsere Arbeitswelt unerlässlich, auch jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit unterschiedlichsten Berufsbildern zu beschäftigen, um Interesse für verschiedenste Branchen und Themenbereiche zu wecken. In der Vergangenheit hat eine Verschiebung, leider zum Leidwesen der Handwerksberufe/Fachkräfte, in Richtung Hochschulausbildung stattgefunden, die uns heute vor einen Mangel an qualifizierten Fachkräften stellt. Um diesem Trend entgegenzuwirken, ist die Entwicklung hin zu flexibleren Ausbildungswegen eine Möglichkeit, das Problem abzufedern. Die berühmte

Lehre mit Matura und die Lehrberufe/ Ausbildungen in Kombination mit weiterführenden Schulen sind hierbei ein wertvoller Ansatz. Als positives Beispiel gegen diesen Umstand würde ich hier Initiativen wie etwa „Kraft. Das Murtal“ aus der Obersteiermark nennen. Ein Vorstoß, der bereits frühzeitig durch Aufklärung und die Öffnung von Lehrbetrieben den Jugendlichen aus dieser Region den Einblick in mögliche Lehrberufe gibt. Durch diese Maßnahme werden nicht nur interessante Ausbildungen aufgezeigt, sondern auch Perspektiven für den Verbleib in der Region gesetzt. Die zunehmende und sich beschleunigende Urbanisierung und der Zuzug aus ländlichen Regionen stellen bereits heute für viele Bereiche der Steiermark eine große Herausforderung dar. Die ländlichen Gebiete werden ausgedünnt und der ländliche Raum verkümmert. Leider gibt es aufgrund des Arbeitsangebotes und der im städtischen Bereich bestehenden Infrastruktur den Trend hin zu Ballungszentren. Meiner Ansicht nach werden in den kommenden Jahren die Kosten z.B. für das Wohnen massiv steigen und diesen Trend ad absurdum führen. Es ist zu hoffen, dass sich politisch Verantwortliche der ländlichen Gebiete annehmen und auch Infrastruktur und Arbeitsplätze in ländlichen Räumen sichern und ausbauen. Eine Möglichkeit dazu wäre, Teile der öffentlichen Verwaltung auszusiedeln, um diesen Regionen eine Chance zu geben. Die oft als Argument kolportierten

Kosten für neue Infrastruktur halte ich persönlich für nicht nachvollziehbar, da auch Ballungszentren z.B. durch das höhere Verkehrsaufkommen kaum weniger kostenintensiv sind. Wenn man Perspektiven für junge Generationen schaffen und sichern möchte, sollte man nicht dazu übergehen, bestehende Strukturen und Werte zu vernichten. Ein Beispiel: Schon heute siedeln viele junge Menschen zu Ausbildungszwecken in größere Städte wie z.B. Graz, weil dort die entsprechenden Ausbildungszentren wie Universitäten und Fachhochschulen angesiedelt sind. Das Problem: Diese Generation kehrt nie wieder zurück. Der Grund, meiner Ansicht nach, ist hauptsächlich der damit verschobene Lebensmittelpunkt dieser Menschen. Wer seine Freunde, Bekannte und möglicherweise z.B. auch bereits die ersten Jobs, Praktika im städtischen Umfeld hat, hat es schwer, diese wieder „nach Hause“ zu verlagern. Damit sterben nicht nur ganze Regionen aus, sondern es werden auch von den Vorgängergenerationen hart erarbeitete Werte vernichtet. Beispiel: Das Überangebot an leerstehenden oder nicht mehr weiterbewohnten Immobilien (Elternhäuser und dgl.) führt zu einem Wertverlust, der in vielen Fällen höher ist als das mögliche Einkommen, das durch den Beruf im Ballungszentrum erzielt wird. Dazu kommen die zusätzlichen Kosten für Zweitwohnungen und ähnliche Doppelbelastungen. Politisch Verantwortliche sollten sich bewusst sein,

dass die damit verbundene notwendige Wohnraumschaffung nicht günstiger sein wird als die Erhaltung der bereits bestehenden Strukturen.

Eine weitere Chance, die man jungen Menschen zur Entwicklung ihrer persönlichen Perspektiven sowohl im städtischen Raum als auch im ländlichen, und dort besonders, nicht vorenthalten sollte, ist die Schaffung neuer unternehmerischer Strukturen. Die Gründung eines Unternehmens und die Weiterführung bestehender können nur ein positiver Impuls sein, um kreativem Potenzial eine Entfaltungsmöglichkeit zu geben. Der Zufluss an Kapital durch ein wachsendes Unternehmen ist einer der stärksten volkswirtschaftlichen Impulse, die wir leisten können. Als Perspektive für sinkende Arbeitslosigkeit kann neben einer guten Ausbildung nur ein starkes Unternehmertum dienen. Österreich ist ein exportorientiertes Land und hat daher die beste Basis, durch Kreativität und Fleiß eine wachsende junge Generation von Unternehmen zu entwickeln. Stehen wir ihnen nicht im Weg, sondern fördern wir die Leistungsbereitschaft, die uns schon in der Vergangenheit ausgezeichnet hat.

Es wäre an der Zeit, jungen Menschen beizubringen, ihr Leben in die Hand zu nehmen. Eigenverantwortliches Denken und Handeln sind die Grundlagen für eine funktionierende Gesellschaft ohne Vollkaskoversicherung durch den Staat, die auf Dauer unfinanzierbar ist. Generationsübergreifendes politisches Handeln wurde in den vergangenen Jahren als notwendiges Übel angesehen, was uns aber in den kommenden Jahrzehnten einholen wird. Die bisher nicht erledigten Reformen, wie etwa des Pensionssystems, werden uns jede finanzielle Möglichkeit zur aktiven Gestaltung nehmen. Geben wir der Jugend die Chance, ihre Entscheidungen für ein selbstbestimmtes Leben frei zu treffen und hindern wir sie nicht daran, ihre Begabungen zu stärken und auszubauen, die sie im internationalen Umfeld so dringend braucht. Geben wir ihr das Handwerkszeug in Form der besten Bildung, um eigene Ideen zu entwickeln und sich den Gegebenheiten anzupassen, um daraus eine der erfolgreichsten, innovativsten und sichersten Volkswirtschaften der Welt zu machen. ■

www.dienstalk.at



Bernhard Heinzlmaier

Die Jugend in der neoliberalen Arbeitswelt



Blickt man in die Geschichte zurück, dann erscheint es schwer verständlich, dass die Erwerbsarbeit in unserer Zeit ein so hohes Ansehen genießt. Zumindest gewinnt man, vergleicht man unser Heute mit der griechischen Antike, die Gewissheit, dass die Liebe zur Arbeit nicht zum Wesen des Menschen, zur „*conditio humana*“ gehört. Denn in der griechischen Polis galt es geradezu als Makel, war man dazu genötigt, die persönliche Existenz und die seiner Familie durch eigener Hände Arbeit zu sichern. Zu den Vollbürgern der Polis war man nur dann zugelassen, wenn man nicht zu arbeiten genötigt war, wenn man die gesamte Lebenszeit der Politik, also der Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders, und der Muße widmen konnte. Heute ist das anders. Das persönliche Ansehen ist im hohen Maße mit der Stellung in der Berufshierarchie und dem daraus resultierenden Einkommen verbunden. Je höher die Position in der Hierarchie am Arbeitsplatz und je höher das Einkommen aus der Berufstätigkeit, desto höher das allgemeine Ansehen einer Person.

Für Wilhelm Heitmeyer, den bekannten deutschen Soziologen, ist diese Apotheose der Arbeit in ihrem Zusammenhang mit dem neoliberalen Wirtschaftssystem zu sehen. In einem solchen wird der

zweckorientierte, mit dem Ziel des wirtschaftlichen Erfolges handelnde Mensch zum alles überstrahlenden Ich-Ideal. Gesellschaften, in denen der Markt alles ist, tendieren dazu, die Imperative des Marktes wie Nützlichkeit, Effizienz, Verwertbarkeit, Funktionsfähigkeit und Rentabilität an die Stelle der göttlichen Gebote zu setzen und das Ideal des am eigenen Vorteil ausgerichteten Berufsegoisten an die Stelle Gottes selbst. (Vgl. Heitmeyer 2006)

Dort, wo die Wirtschaft alle anderen Lebensbereiche des Menschen dominiert, dort bedeutet die aktive Partizipation am Erwerbsleben alles, die Partizipation an der Familie wird der an der Arbeit hierarchisch untergeordnet. Aber nicht nur die Familie, auch die Bereiche der Bildung oder der Politik, um nur zwei weitere Beispiele zu nennen, müssen sich den funktionalen Bedürfnissen der Wirtschaft beugen. Das alles passiert in Gesellschaften, in denen nicht die Wirtschaft in die sozialen Beziehungen eingebettet ist, sondern die sozialen Beziehungen in die Wirtschaft. (Vgl. Polanyi 1944)

Das unternehmerische Selbst

Die Jugendlichen sind heute vollkommen in die Diskurse der neoliberalen

Wirtschaftsideologie integriert. Dies bedeutet, sie müssen nicht unter Zwang zur Mitwirkung an der Arbeitswelt und zur Respektierung der neoliberalen Werte gedrängt werden. Vielmehr unterwerfen sie sich, so erscheint es uns jedenfalls beim ersten oberflächlichen Hinsehen, freiwillig dem marktgesellschaftlichen Regime. Die Affirmation der sozio-ökonomischen Verhältnisse muss also nicht mehr von außen erzwungen werden. Der Grund dafür liegt darin, dass die Menschen in der postmodernen „Kontrollgesellschaft“ (vgl. Deleuze 1993) die ursprünglich äußeren Zwänge längst internalisiert haben. Mit einem grausamen Über-Ich belastet zwingen sie sich selbst dazu, das zu tun, was die neoliberale Ökonomie von ihnen verlangt.

Der gegenwärtig mächtigste Herrschaftsdiskurs des Neoliberalismus ist der des „Unternehmerischen Selbst“. (Vgl. Bröckling 2008) Dieser Diskurs verpflichtet alle Gesellschaftsmitglieder dazu, wie Unternehmer, d.h. eigenverantwortlich und selbstmotiviert, zu arbeiten und zu leben. Das durch den Diskurs vom unternehmerischen Selbst verbreitete Unternehmerverständnis, und das ist das absolut Neue daran, ist allumfassend und total, d.h. jeder und jede hat heute unternehmerisch zu handeln, also auch der Arbeitnehmer. Und so verwandelt sich der „verberuflichte Massenarbeiter“ der fordistischen Epoche in den postmodernen „Arbeitskraftunternehmer“, der selbstorganisiert und selbst-

kontrolliert handelt, der seine ganze alltägliche Lebensführung verbetrieblicht oder gar verbetriebswirtschaftlicht. Das „Unternehmerische Selbst“ steht also unter dem Diktat der Selbstregulierung. Es muss nicht mehr von einer kapitalistisch-technokratischen Macht zugerichtet werden, es nimmt der Macht die Herrschaftsarbeit ab, indem es sich selbst zurichtet. Und so orientiert der postmoderne Arbeitnehmer sein ganzes berufliches und alltägliches Verhalten am Ideal des Entrepreneurs, dem individualistisch-egozentrischen Konkurrenzunternehmer, der, wenn er gewinnt, den gesamten Erfolg ungeteilt für sich reklamieren darf („the winner takes it all“), der aber auch, wenn er scheitert, alleine die Konsequenzen des Misserfolges zu tragen hat. Unter dem Diktat des „Unternehmerischen Selbst“ muss also auch der abhängig Beschäftigte innerhalb des Betriebes quasi als Unternehmer agieren, so als würde er auf einem freien Markt auf eigenes Risiko arbeiten. Die Verantwortung, die früher der Unternehmer für seine MitarbeiterInnen zu übernehmen hatte, ist nun auf diese selbst übergegangen. Der Arbeitskraftunternehmer hat sich seine Arbeit damit nicht nur selbst zu organisieren und sich zu dieser zudem auch noch selbst zu motivieren, er hat auch das Risiko für das Scheitern des Gesamtunternehmens zu tragen, weil in der radikal-liberalen Marktgesellschaft der Arbeitnehmerschutz zurückgefahren und die rechtli-

che Stellung des Beschäftigten immer weiter geschwächt wird.

Das unternehmerische Selbst als Ich-AG

Die Jugend unserer Tage hat ihre Lektion gelernt. Sie weiß, dass sie nach dem Motto „Hilf Dir selbst, sonst hilft Dir keiner“ zu leben hat. Vor allem die Arbeitswelt erscheint den Jugendlichen immer weniger als Ort, an dem Solidarbeziehungen und kooperatives Tätigsein vorherrschen. Vielmehr sehen sie die Arbeitswelt als hoch kompetitive Herausforderung, in der ihnen der Mitmensch in erster Linie als Konkurrenz, also, um im unternehmerischen Jargon zu bleiben, als Mitbewerber entgegentritt. (Vgl. Jugendwertestudie 2011)

Eines der Unwörter des beginnenden dritten Jahrtausends ist die „Ich-AG“. Dieser Begriff suggeriert, dass sich der Einzelne im alltäglichen Leben wie eine Aktiengesellschaft verhält. Ohne Rücksicht auf Moral und Menschlichkeit besteht seine tägliche Aufgabe darin, seinen Unternehmenswert in die Höhe zu treiben, den Wert seiner Ego-Aktien zu steigern. Wie bei einer richtigen Aktiengesellschaft steht die Steigerung des persönlichen Kurswertes im Vordergrund, dabei von der täglichen Angst verfolgt, dass der Wert der Ego-Aktien durch äußere Einflüsse, den Mitbewerb, oder durch eigenes Versagen, die persönliche Erschöpfung, in Grund und Boden fallen könnte. Auch die jungen

Menschen sehen sich heute vermehrt als Ich-AG, als Lebensunternehmer. (Vgl. Trendbüro 2000) Sie müssen den Weg aus der Fremdverantwortung in die Eigenverantwortung wählen, weil sich der Staat als vormaliger Träger von Sicherheitsgarantien mehr und mehr aus der Wirtschaft zurückzieht und das früher eng geflochtene Sicherheitsnetz immer lückenhafter wird. Der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung zwingt auch die junge Generation in das ungeliebte Lebensideal des Entrepreneurs, des unter Dauerkonkurrenz lebenden Arbeitskraftunternehmers.

Arbeit als Selbstdarstellung

Sighard Neckel bezeichnet unsere Wirtschaft als „Performative Ökonomie“. Er meint damit, dass wir schon längst nicht mehr in einer Leistungsgesellschaft leben, in der die Sachleistung über Statusposition und Berufseinkommen entscheidet, sondern die Fähigkeit, sich selbst zu verkaufen, eine beeindruckende Performance zu zeigen, die Aufmerksamkeit garantiert und die Sinne der Zuseher magisch fasziniert. Folgen wir Sighard Neckels Argumentation, so müssen wir bald zugestehen, dass wir nicht mehr in der vor allem von der Politik so viel beschworenen Leistungsgesellschaft leben, sondern in einer Erfolgsgesellschaft, in der der Erfolg in vielen Fällen mehr mit den performativen Fähigkeiten des Einzelnen zu tun hat als mit einer verbissen erbrachten Sachleistung. (Vgl.

Neckel 2008) Und so ist es heute der rhetorisch brillante, gut gekleidete Spieler, der gestylte Flaneur, der in der Regel den Kampf um die Führungspositionen gewinnt, und nicht der sachverständige, akribisch arbeitende Fachexperte. Diese Verschiebung der Gewichte am Arbeitsmarkt ist der Jugend überraschend deutlich bewusst. Das ist auch der Grund, aus dem vor allem die jungen ArbeitnehmerInnen aus den Mittelschichten kein Rhetoriktraining und keinen Kurs in Präsentationstechnik auslassen und es als Selbstverständlichkeit erachten, zweibis dreimal die Woche ins Fitnessstudio zu gehen, um dort ihren Body zu stylen. Denn sie wissen ja aus der Ratgeberliteratur für den jungen Aufsteiger, dass gut aussehende Menschen fünf bis zehn Prozent mehr verdienen als die Dicken und die Hässlichen.

Sekundäre Tugenden überflügeln die primären

Der Wertewandel wird seit 40 Jahren in einer Vielzahl von Publikationen dauerhaft beschworen. Einer der führenden Vertreter der Theorie der neuen Werte war und ist der Amerikaner Ronald Inglehart. In den 80er und 90er Jahren des alten Jahrtausends trat er mit diskursbestimmenden Publikationen hervor (z.B. Inglehart 1995), in denen der Wertewandel als das Zurücktreten traditioneller materieller Werte aufgefasst wurde, die nach und nach durch postmaterielle ersetzt werden. Unter materiellen Werten

verstand Inglehart auf den persönlichen Nutzen ausgerichtete Egowerte, unter den Begriff des Postmaterialismus subsumierte er Werte wie Solidarität, Gemeinschaft und Idealismus. Von der Geschichte der 1990er Jahre wurde die Theorie Ingleharts ad absurdum geführt. Es zeigt sich nämlich, dass vor allem in der Arbeitswelt und in den Ausbildungsinstitutionen primäre Tugenden wie Hilfsbereitschaft, Toleranz, Ehrlichkeit und Mut in den Hintergrund gedrängt wurden, um durch sogenannte Sekundärtugenden ersetzt zu werden. Sekundärtugenden haben keine moralische Qualität. Sie dienen einfach dazu, Arbeitsprozesse und Kommunikationsverläufe rationeller zu gestalten. Wichtige Sekundärtugenden sind dementsprechend Pünktlichkeit, Fleiß, Ordnungsliebe, Sparsamkeit und Höflichkeit.

Dass es vor allem die Jugend ist, die die Primärtugenden tendenziell dem Nützlichkeitsdenken opfert, zeigt die wichtigste Jugendstudie des deutschsprachigen Raumes, die Shellstudie. Sie beschreibt eine Jugend, die eher kühl kalkulierend agiert als idealistisch, rebellisch oder gar heroisch, vor allem dann, wenn es um den Kampf um Statuspositionen in der Arbeitswelt geht. Wir müssen also davon ausgehen, dass die Jugend unserer Zeit in der Arbeit wohl eher erfolgs- als leistungsorientiert und eher pragmatisch auf den eigenen Nutzen als idealistisch auf den Nutzen aller ausgerichtet handelt.

Die Mini-Max-Generation im Arbeitsalltag

Zusammenfassend können wir feststellen, dass die Gegenwartsjugend eine betriebswirtschaftlich denkende und handelnde Jugend ist. Das Prinzip der Ökonomie hat sich ihnen aufgeprägt und eingebrannt. Und so ist es nicht das moralische Gegensatzpaar Gut und Böse, sondern die ökonomische Dichotomie Gewinn und Verlust, die ihr Verhalten prägt. Darüber hinaus ist das betriebswirtschaftliche Grundprinzip, durch minimalen Einsatz zu maximalem Ertrag zu kommen, für die Jugendgeneration handlungsleitend. Sie trachtet permanent danach, die Zweck-Mittel-Relation zu optimieren. Unsere Jugend ist also mehrheitlich, wenn es um die Arbeit geht, nicht idealistisch, sondern realistisch. Sie läuft dadurch weniger Gefahr, sich durch geschickte MotivationstrainerInnen in die Selbstausbeutung treiben zu lassen, als ihre Eltern. Und so hat die neoliberale Prägung des kollektiven Be-

wusstseins der Jugend auch ihre gute Seite. Sie tritt nun dem Kapital genauso nüchtern und kalkulierend gegenüber, wie dieses den unter sein Verhältnis subsumierten Beschäftigten. ■

Literatur

Bröckling, Ulrich: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt am Main 2007.

Deleuze, Gilles: Unterhandlungen. 1972 - 1990. Frankfurt am Main 1993.

Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände. Folge 6. Berlin 2007.

Hurrelmann, Klaus u.a.: Jugend 2010. 16. Shell Jugendstudie. Frankfurt am Main 2011.

Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertewandel in der Westlichen Welt. Frankfurt am Main 1995.

Neckel, Sighard: Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Frankfurt am Main 2008.

Polanyi, Karl: The Great Transformation. Frankfurt am Main 1973.

Trendbüro: Wörterbuch der New Economy. Mannheim 2001.

Jugendwertestudie 2011. Forschungsbericht. Wien 2011.

www.steirershop.at

Philipp Ikrath

Generation Null Bock oder ambitionierte Selbstverwirklicher?

Über die Rolle der Arbeit in jugendlichen Lebenswelten



Wir leben in einer arbeitszentrierten Gesellschaft. Das bedeutet, dass die Position des Einzelnen in der sozialen Hierarchie vor allem von dessen Stellung im Erwerbsleben abhängt. Welchen Beruf man ausübt, für welchen Arbeitgeber man tätig ist und an welcher Stelle der Betriebshierarchie man steht, ist für Selbstbild, Selbstbewusstsein und Fremdwahrnehmung gleichermaßen von herausragender Bedeutung. Der Großteil der jungen Menschen, und das gilt insbesondere für die Hochqualifizierten unter ihnen, bildet seine Identität also in besonderem Maße über seinen Job aus. Umgekehrt gilt natürlich auch, dass sich Erwerbslosigkeit oder eine gescheiterte Integration ins Berufsleben katastrophal auf das Selbstbewusstsein auswirken. Dies nicht zuletzt deswegen, weil sich der individualisierte Mensch jedes Scheitern individuell zurechnen muss. Die Verantwortung bei anderen oder gar in strukturellen Ursachen der Gesellschaft oder des Arbeitsmarktes zu suchen ist nicht mehr möglich. Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied oder Totengräber. Gleichzeitig gestaltet sich die friktionslose Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt als zunehmend schwierig. Die Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte hat dazu geführt, dass Bildungstitel entwertet

wurden und ein herkömmlicher Abschluss alleine oft nicht mehr ausreicht, um den Job zu bekommen, den man gerne hätte. Stattdessen ist man dazu angehalten, den Lebenslauf mit möglichst vielen Zusatzqualifikationen einzigartig und unverwechselbar zu gestalten, um im Konkurrenzkampf um die besten Stellen überhaupt noch eine Chance zu haben. Herausragende Fremdsprachenkenntnisse, bevorzugt exotische Auslandsaufenthalte und Praktika bei möglichst prestigeträchtigen Arbeitgebern sind inzwischen weit wichtiger als gute Noten. Fachkompetenz wird von der Fähigkeit, sich selbst vermarkten zu können, abgelöst. Die Leistungs- wird zur Erfolgsgesellschaft, in der derjenige die besten Karten hat, der aus der Masse der Standardbewerber und -arbeitnehmer heraussticht, das heißt derjenige, der sich am besten verkaufen kann. (Vgl. Neckel 2008)

In einem Umfeld, in dem es vor allem um den Verkauf der Ware Arbeitskraft und Marketing in eigener Sache geht, kommt der Eigenschaft der Kreativität eine besonders wichtige Bedeutung zu. Sie ist nicht mehr Vorrecht des Genies oder Göttergabe, sondern eine Eigenschaft, die mittels standardisierter Kreativitätstechniken ganz gezielt hervorgebracht

werden kann und muss. Heute geht es aber nicht mehr darum, ein kreatives Werk zu vollenden, im Zentrum steht die dauerhafte, niemals endende kreative Arbeit an der eigenen Persönlichkeit. Gleichzeitig gilt Kreativität als der authentischste Ausdruck der eigenen Persönlichkeit. Sie bringt Individualität erst hervor. (Vgl. Reckwitz 2012) Das ist mit ein Grund dafür, dass kreative und künstlerische Berufe, sei es Werbedesignerin oder Sänger, Schauspieler und Künstlerin, mittlerweile zu den begehrtesten Berufen junger Menschen gehören. Junge Kreative zieht es in die urbanen Zentren, wo sie ihr Glück als freischaffende Künstler versuchen und sich ihren Lebensunterhalt beim Kellnern oder, mit etwas Glück, in prekären Jobs in der Kreativindustrie verdienen. In der Charakterisierung Berlins als „arm aber sexy“ durch dessen Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit, die ganz offensichtlich auf den Archetypus des armen Künstlers anspielt, klingt diese Verheißung ganz deutlich an. Den Minderqualifizierten hingegen bieten sich Castingshows wie „Deutschland sucht den Superstar“ als letzte Möglichkeit, den Traum von der Künstlerkarriere wahr zu machen. Gerade die Art und Weise, wie Kreativität in diesen Sendungen definiert und behandelt wird, lässt die Natur des postmodernen Kreativitätsbegriffs offen und besonders plastisch zutage treten. Denn hier geht es nicht mehr um jene Form von Kreativität, wie sie uns im Geniekult des

18. und 19. Jahrhunderts entgegentritt. Denn während die Jury die Kandidatinnen und Kandidaten zwar gebetsmühlenartig dazu auffordert, einen einzigartigen und authentischen Stil herauszubilden, führt der Weg zum Erfolg in Wirklichkeit über die größtmögliche Übereinstimmung des Kandidatenprofils mit jenem der Anforderungen des Mainstream-Musikmarktes. (Vgl. Heinzlmaier/Ikrath 2013) Im Zentrum steht die möglichst marktkonforme Inszenierung des Selbst.

Welche Anforderungen stellen junge Menschen in Österreich nun an den idealen Beruf? Offensichtlich gewinnen „weiche“, emotionale Aspekte hier zunehmend an Bedeutung. So wollen 81% im Beruf nette Kolleginnen und Kollegen, 77% ist es wichtig, dass der Beruf Spaß macht. Jeweils knapp drei Vierteln ist eine gute Bezahlung und ein sicherer Arbeitsplatz wichtig. (Vgl. Institut für Jugendkulturforschung 2011) Hier ist es interessant zu sehen, dass sich höher und niedriger Qualifizierte hinsichtlich ihrer Anforderungsprofile an den Beruf zunehmend einander annähern. Ging man bislang noch davon aus, dass die höher Gebildeten Aspekte der Selbstverwirklichung in den Vordergrund stellen, während die niedriger Gebildeten vor allem solche der materiellen Sicherheit akzentuieren, scheinen diese Unterschiede zunehmend zu verschwinden. Während sich angesichts eines Arbeitsmarktes, der auch für Universitätsabsolventin-

nen und -absolventen nicht mehr so rosig aussieht wie ehemals, der Wunsch nach Sicherheit zunimmt, sind die niedriger Qualifizierten nicht mehr dazu bereit, ihren Arbeitsalltag trotz sicherer Bezahlung in Monotonie zu verbringen. Gerade in den niedriger qualifizierten Milieus, in denen der Beruf lange Zeit vor allem ein Mittel zum Gelderwerb dargestellt hat, werden unter den jungen Menschen inzwischen verstärkt Selbstverwirklichungsansprüche artikuliert. In diesem Zusammenhang verwundert es auch nicht, dass 38% der im Rahmen der Jugend-Wertestudie 2011 befragten 14- bis 29-jährigen österreichischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, hätten sie die Wahl, am liebsten als Selbstständige arbeiten würden. Lediglich 36% würden ein Angestelltendasein vorziehen. (Vgl. Institut für Jugendkulturforschung 2012) Offensichtlich hat ein bemerkenswert großer Teil der jungen Österreicherinnen und Österreicher nicht mehr das Gefühl, die eigenen Selbstverwirklichungsansprüche im Rahmen einer abhängig beschäftigten Tätigkeit befriedigen zu können.

Mit der zunehmenden Geltung rationaler, der Sphäre der Marktwirtschaft entstammender, Prinzipien im Privatleben korrespondiert also ein Anstieg der Wichtigkeit emotionaler Komponenten am Arbeitsplatz, wie diese Zahlen ganz deutlich zeigen. „Nur ein glücklicher Mitarbeiter ist ein produktiver Mitarbeiter“, lautet eine der Standardweisheiten des

zeitgenössischen Kapitalismus. Waren die rigoros kontrollierten, auf Standardisierung der Arbeitsabläufe ausgelegten „Einschließungsmilieus“ (Foucault) der Fabriken die dominante Form der Arbeitsorganisation im fordistischen Zeitalter, sind es im postfordistischen Zeitalter die vermeintlich offenen, auf Selbstverantwortung basierenden und die Kreativität fördernden Hightechunternehmen. Nicht umsonst nennen Google und Apple, zwei Unternehmen, die in Rankings der beliebtesten Arbeitgeber junger Menschen regelmäßig ganz weit vorne auftauchen, ihre Firmenzentralen „Campus“. Anstatt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Stechuhren, Pausenglocken und fest zugeteilte Plätze am Fließband unter Kontrolle behalten zu müssen, sollen diese den Arbeitsplatz bei Google und Apple gar nicht mehr verlassen wollen. Werkseigene Fitnesscenter und Sportplätze, kostenlose Restaurants und Unterhaltungsmöglichkeiten schaffen ein Betriebsklima, das nicht mehr auf der Angst vor Repression beruht, sondern einen weit subtileren Zwang ausübt. Denn während es in der Welt der Fabriken noch ein Draußen gab, existiert dieses hier schon nicht mehr. Wer Hunger hat oder Lust auf ein schnelles Basketballspiel, muss den „Campus“ nicht mehr verlassen. Wer es dennoch tut, macht sich der Illoyalität oder, schlimmer noch, des mangelnden Arbeitseifers verdächtig. Nur weil Kontrolle hier ein buntes, freundliches und frei-

heitliches Antlitz zeigt, erweist sie sich dennoch noch lange nicht als weniger unerbittlich. Sie ist lediglich schwerer zu erkennen.

Der überwiegende Teil der Arbeitsplätze gleicht nach wie vor, trotz Gleitzeitregelung und Möglichkeit der Heimarbeit, eher dem erstgenannten Typus des „Einschließungsmilieus“. Da solche Formen der Arbeitsorganisation jungen Menschen zunehmend altmodisch vorkommen, gewinnt die Frage der „Work-Life-Balance“ wieder an Bedeutung. Kaum jemand will mehr, und sei es auch für die Karriere, 60 Stunden in der Woche arbeiten. Mehr als der Hälfte der im Rahmen der Jugend-Wertestudie 2011 befragten österreichischen 14- bis 29-Jährigen ist es wichtig, neben dem Beruf genug Freizeit zu haben. Lediglich rund sieben von zehn sind dazu bereit, für Geld oder eine schnelle Karriere darauf zu verzichten. (Vgl. Institut für Jugendkulturforschung 2011) Angesichts neuer Formen der Arbeitsorganisation wird sich herauskristallisieren, wie diese Zahlen genau zu verstehen sind. Ob es hier um eine tatsächliche Reduktion der Wochenarbeitszeit oder nur um stärker selbstbestimmte Arbeitszeiten und Heimarbeit, letztlich

also eine weitere Vermischung von Arbeit und Freizeit, geht, scheint angesichts der nach wie vor zentralen Rolle der Arbeit in unserer Gesellschaft fraglich. Solange Arbeit für unser Selbstbild und das Bild, das andere von uns haben, konstitutiv bleibt, erfordert es einiges an Mut, der Erfolgsgesellschaft etwas entgegenzusetzen. Auch die oft schwierige Position junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt stattet sie noch nicht mit der Verhandlungsmacht aus, die eigenen Bedürfnisse selbstbewusst zu artikulieren und vor allem aussichtsreich umzusetzen. Angesichts des demographischen Wandels mag diese Macht steigen. In welchem Ausmaß, wird die Zukunft zeigen. ■

Literatur

Heinzlmaier, Bernhard/Ikrath, Philipp: Generation Ego. Die Werte der Jugend im 21. Jahrhundert. Wien 2013.

Institut für Jugendkulturforschung: Berichtsband zur Jugend-Wertestudie 2011. Wien 2012.

Neckel, Sieghart: Flucht nach Vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Frankfurt am Main 2007.

Reckwitz, Andreas: Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung. Frankfurt am Main 2012.

Klaus Gregorz

Die im Dunkeln sieht man nicht: Jugendliche auf dem Weg ins Abseits?



„Insbesondere Jugendliche stehen vermehrt unter dem Druck, auf die ständig steigenden Kompetenz- und Qualifikationsanforderungen schnell zu reagieren und sich anzupassen [...]. Wer den Anschluss verliert und die fehlenden Qualifikationen nicht erbringen kann, hat vermehrt Probleme beim Übertritt von Schule in Beruf und ein erhöhtes (Langzeit-)Arbeitslosigkeitsrisiko.“ (Bacher/Tamesberger. 2011. S. 96)

Nicht erst seit der Wirtschaftskrise von 2007/2008 bzw. der europäischen Staatsschuldenkrise tut sich am Arbeitsmarkt für gering qualifizierte und hier insbesondere für jugendliche ArbeitsmarktteilnehmerInnen eine fatale Schere auf: Einerseits wurden im Zuge der rasant fortschreitenden digitalen Entwicklung einfache Tätigkeiten weitgehend automatisiert und/oder in Niedriglohnländer ausgelagert, was in den Industrieländern zum beinahe völligen Wegbrechen der Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften führte; andererseits stiegen zugleich die Anforderungen an die Kompetenzen der Arbeitskräfte in so gut wie allen Branchen kontinuierlich an. Während es also den klassischen HilfsarbeiterInnenjob praktisch gar nicht mehr gibt, muss selbst das Personal im Auslieferungslager des Möbelhändlers zumindest über PC-Anwendungskennt-

nisse verfügen. Und eine dynamische und flexible Persönlichkeit gehört mittlerweile ebenso zur Grundausstattung des erfolgreichen Arbeitsmarktsubjekts wie gewandtes Auftreten gegenüber den Kundinnen.

Dass beim Wettlauf um einen Platz auf einem sich immer rasanter drehenden (Qualifikations-)Karussell nicht (mehr) alle mithalten können, mag daher wenig überraschen – und insbesondere Jugendliche am Übergang zwischen Schulausbildung und Arbeitsmarkt haben es hier offenbar besonders schwer: So war im Juli 2013 die Jugendarbeitslosenquote (JAQ) in Österreich mit 9,2% beinahe doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote (4,8%)¹. Zu diesen knapp 40.000 als arbeitssuchend vorgemerkten Personen unter 25 Jahren kamen zum selben Zeitpunkt noch 8.462 Lehrstellensuchende, denen 3.302 offene Lehrstellen gegenüberstanden, d.h. auf diesem speziellen Karussell war von vorneherein nicht einmal für die Hälfte der Mitfahrwilligen genügend Platz.

Nicht als arbeitssuchend gezählt werden zudem jene Jugendlichen, die sich in AMS-Schulungsmaßnahmen² bzw. in einer vom AMS geförderten betrieblichen oder überbetrieblichen Lehrausbildung, in einer Arbeitsstiftung oder

einem sozialökonomischen Betrieb befinden³. Rechnet man all diese Zahlen zusammen, so kommt man auf eine Anzahl von über 90.000 Personen unter 25 Jahren, die sich nach offiziellen Zahlen Mitte 2013 nicht am regulären Erwerbsleben, also am ersten Arbeitsmarkt, beteiligt haben.

Arbeitslos ist nicht gleich arbeitslos

Die Arbeitslosenquote wird entweder nach der nationalen oder nach der EU-ROSTAT-Berechnungsmethode ermittelt: Bei der nationalen Berechnung der Arbeitslosenquote (ALQ) werden die beim AMS als arbeitssuchend vorgemerkten Personen (AL) ins Verhältnis zum gesamten Arbeitskräftepotenzial (AKP) gesetzt, das sich aus der Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbstständig beschäftigten Personen ergibt. Die nationale ALQ ergibt sich daher aus AL/AKP . Zur EU-Berechnung werden vom statistischen Zentralamt der europäischen Union (EUROSTAT) die Umfragedaten aus der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung herangezogen. Da nach dieser Berechnungsmethode auch Selbstständige und geringfügig Beschäftigte zum gesamten Arbeitskräftepotenzial gezählt werden (und Menschen, die in der Erhebungswoche zumindest eine Stunde gearbeitet haben, als erwerbstätig gelten), ist die so errechnete Quote stets niedriger als die nationale Arbeitslosenquote. So lag in Österreich im August 2013 die Gesamt-ALQ nach nationaler Berechnung

mit 6,9% deutlich über der EU-Berechnung mit 4,8%.

In Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit ist bei Ländervergleichen zusätzlich zu berücksichtigen, dass in Österreich – wie auch in Deutschland und in der Schweiz – im Gegensatz zu den meisten anderen Staaten Lehrlinge statistisch nicht wie SchülerInnen, sondern wie Erwerbstätige behandelt und damit zum Arbeitskräftepotenzial (AKP) gerechnet werden (und damit die Arbeitslosenquote senken). Um diesen Sondereffekt bereinigt, läge die JAQ in Österreich um 2% bis 3% höher als nach der derzeit üblichen Berechnungsmethode (vgl. Gächter. 2012. S. 1).

Lange Zeit ignoriert wurden hierzulande zudem sämtliche Hinweise darauf, dass eine beträchtliche Anzahl von Jugendlichen von beruflicher Desintegration bedroht oder bereits betroffen ist, die in der offiziellen Arbeitslosenstatistik gar nicht erst aufscheinen, weil sie es nach frühen Bildungsabbrüchen noch nicht in den Arbeitsmarkt hinein geschafft haben und/oder seitens der Arbeitsmarktverwaltung nicht als aktiv lehrstellen- bzw. arbeitssuchend registriert sind. Erst seit im Zuge der Finanzkrise und insbesondere seit den desaströsen Entwicklungen in Griechenland und Spanien das Thema Jugendarbeitslosigkeit massiv auf der politischen Agenda v.a. der Europäischen Union auftauchte, wird auch in Österreich seitens der Zuständigen in Politik und (Arbeitsmarkt-)Verwaltung

zunehmend eine Dunkelziffer von „arbeitsmarktfernen“ Jugendlichen eingeräumt, die die offiziellen Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit in einem etwas weniger rosigen Licht erscheinen lässt.

So argumentierte etwa Sozialminister Rudolf Hundstorfer am 14.04.2011 im parlamentarischen Sozialausschuss in Bezug auf die von ihm geforderte Ausbildungspflicht für Jugendliche, dass jene „rund 10.000 Jugendlichen pro Jahrgang“⁴, die nach der Pflichtschule keine weitere Ausbildung machen, die „programmierten Sozialhilfeempfänger von morgen“ seien und dass man auf diese „gesellschaftspolitische Bombe“ reagieren müsse (vgl. Parlamentskorrespondenz Nr. 384).

Zur Erfassung dieser Personen, die – aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichem Ausmaß – als desintegrationsgefährdet gelten müssen, werden international (und in den letzten Jahren auch in Österreich) unterschiedliche Indikatoren angewandt, von denen hier zwei angeführt werden sollen, nämlich „early schoolleavers“ und „NEETs“.

Der von der OECD eingeführte Begriff „early schoolleavers“ wird in Österreich häufig fälschlicherweise mit „SchulabbrecherInnen“ übersetzt: „Österreich hat EU-weit die achtniedrigste Schulabbrecherquote.“⁵ Das stimmt so nicht: Korrekterweise werden als SchulabbrecherInnen nämlich Personen ab 15 Jahren ohne Hauptschulabschluss bezeichnet, während zu den „early schoolleavers“ Ju-

gendliche zwischen 16 und 24 Jahren gezählt werden, die keinen Schulabschluss, nur den Abschluss einer Pflichtschule oder einer maximal einjährigen Fachschule aufweisen und die sich zum Befragungszeitpunkt nicht mehr im Bildungssystem befinden⁶. So gesehen stellen (jugendliche) SchulabbrecherInnen eher eine Untergruppe der „early schoolleavers“ dar. Zum Zeitpunkt der Mikrozensus-Erhebung im Jahr 2011 zählten zu dieser Gruppe der „early schoolleavers“ (hochgerechnet) 79.000 Personen oder 8,6% der österreichischen Bevölkerung zwischen 16 und 24 Jahren (vgl. Bacher/Tamesberger. 2011. S. 102). Mit dem Indikator „NEET“ (Not in Education, Employment and Training) werden dagegen Jugendliche und junge Erwachsene erfasst, die sich zum Zeitpunkt der Erhebung weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung (inkl. Lehrausbildung) noch in einer (Weiter-)Bildungsmaßnahme befinden und daher bereits konkret von Desintegration betroffen sind. Im Jahr 2011 waren dies österreichweit (hochgerechnet) 75.000 Personen oder 8,2% der 16- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung (vgl. Bacher/Tamesberger. 2011. S. 103).

Insgesamt zeigt sich also bei näherem Hinsehen, dass es neben den offiziell als arbeitssuchend geführten Jugendlichen eine erhebliche Anzahl an Personen unter 25 Jahren gibt, die mit den herkömmlichen statistischen Instrumentarien nicht oder zumindest nicht ausreichend erfasst

werden. Als (späte) Reaktion auf diese Erkenntnis ist auf Seiten der VerantwortungsträgerInnen derzeit hektische Betriebsamkeit zu beobachten, die sich zuletzt in der ministeriellen Drohung mit einer „Ausbildungsverpflichtung“ für desintegrationsgefährdete junge Menschen manifestierte (inklusive Strafandrohung bei Nichterfüllung). Dass dies wohl eher hieße, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, liegt wohl nicht nur für all diejenigen auf der Hand, die auch nur über die geringste Erfahrung in sozialer Arbeit mit Jugendlichen verfügen.

Der Weg ins Abseits und der lange Marsch zurück

Bei aller Unterschiedlichkeit hinsichtlich der Gründe sowie der Akutheit der Bedrohung, aus dem gesellschaftlichen Kontext herauszufallen, haben all diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen doch eines gemeinsam: Die Entscheidung, das Bildungssystem „früh“ zu verlassen, wird in der Regel nicht von heute auf morgen, gleichsam aus einer Laune heraus – und oft auch gar nicht von den jungen Menschen selbst – getroffen, vielmehr ist der Weg in die berufliche und gesellschaftliche Desintegration meist ein (lebens-)langer, stellt doch in Österreich noch immer die gesellschaftliche Herkunft den wichtigsten Indikator für die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern dar.

So hat etwa hierzulande nur ein Drittel der 15- bis 34-Jährigen einen höheren

formalen Bildungsabschluss als die Eltern und nur fünf Prozent der Kinder von Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss erreichen einen Hochschulabschluss (vgl. KONTRASTE. 2011. S. 3). Und EU-weit ist die Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der NEETs zu gehören, für junge Menschen mit Migrationshintergrund um 70% höher als für Staatsangehörige des jeweiligen Landes (vgl. Mascherini et al. (1). 2012. S. 55). Die Wohnregion der Jugendlichen als weiteren wichtigen Risikofaktor nennt ebenso wie Mascherini et al. auch Niederberger, der in seinem Beitrag zum Sechsten Österreichischen Jugendbericht zusammenfassend feststellt, „dass die soziodemographischen Merkmale Muttersprache, Bildungsniveau der Eltern und Wohnregion der Jugendlichen einen entscheidenden Einfluss auf das Bildungsverhalten der Jugendlichen ausüben“ (Niederberger. 2011. S. 122).

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es aus Sicht der sozialen Arbeit mit Jugendlichen wenig verwunderlich, dass solche (lebens-)langen Entwicklungsprozesse auch beim besten Willen aller Beteiligten weder innerhalb von ein paar Monaten noch durch die Anwendung herkömmlicher arbeitsmarktpolitischer Rezepte „umgedreht“ werden können. Vielmehr bedarf es dazu eines langen Atems sowie eines ganzen Bündels von Maßnahmen, die zeitlich, inhaltlich und methodisch weit über herkömmliche Trainings- bzw. Schulungsmaßnahmen hinausgehen müssen.

Schlussfolgerungen

Um der beruflichen und damit auch gesellschaftlichen Desintegration von jungen Menschen in Österreich wirksam entgegenzutreten zu können, erscheint zuallererst die Bereitschaft vonnöten, sich mit der Problematik ernsthaft auseinanderzusetzen, denn trotz im internationalen Vergleich günstiger Daten ist Österreich wohl doch nicht jene Insel der Seligen, als die es von politischer Seite gerne dargestellt wird.

Sodann gilt es, „präventiv die Bildungsbarrieren im Schulsystem selbst abzubauen“ und so „die notwendige Gleichheit zwischen den sozialen Gruppen herzustellen“ (Bacher/Tamesberger. 2011. S. 108) sowie durch entsprechende Förderungsmaßnahmen die sprachlichen wie die allgemeinen schulischen Kompetenzen v.a. von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

Weiters müssten die arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien noch wesentlich mehr als bisher auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse ausschließungsgefährdeter Jugendlicher abgestimmt werden und sowohl die Zugangsschwellen zu als auch die Erwartungen an die derart adaptierten Maßnahmen gesenkt werden; denn auch unter Einsatz von ausreichend Zeit und mit ausgeklügelten Maßnahmenmixturen wird es bei weitem nicht allen vom Arbeitsmarkt bereits „abgehängten“ Jugendlichen gelingen, den gesamten Weg vom Rand zurück ins

Zentrum der Arbeitsgesellschaft (auf einmal) zurückzulegen.

Vielmehr wird man sich seitens der Politik und (Arbeitsmarkt-)Verwaltung endlich auch offiziell damit auseinandersetzen müssen, dass ein Teil dieser Jugendlichen vorübergehend oder auch längerfristig den vollen Anschluss nicht schaffen wird – und dass daran auch eine „Ausbildungsverpflichtung“ nichts ändern wird. Um es diesen jungen Menschen dennoch zu ermöglichen, sich gesellschaftlich einzubringen, scheint es hoch an der Zeit, realistische und menschenwürdige Szenarien jenseits des sogenannten ersten Arbeitsmarkts zu entwickeln.

Damit derartige Szenarien jedoch eine echte Alternative zum jahrelangen AMS-Maßnahmen-Hopping darstellen können, müssen sie – vom Druck unrealistischer „Vermittlungsquoten“ befreit – prinzipiell auf Dauer angelegt sein, freilich ohne deshalb automatisch in eine berufliche Sackgasse zu führen. Zur Umsetzung eines solchen echten zweiten Arbeitsmarkts bedarf es einerseits einer Rückbesinnung auf entsprechende Modelle innovativer und experimenteller Arbeitsmarktpolitik sowie andererseits – neben einem hohen Maß an Kreativität in der Konzeption neuartiger Maßnahmen und Angebote – insbesondere der Bereitschaft aller AkteurInnen, einen Blick über ihre jeweiligen Tellerränder hinweg zu wagen.

An sinnvollen und gesellschaftlich notwendigen Aufgaben, die im Rahmen

eines solchen echten zweiten Arbeitsmarkts zu erledigen wären, sollte jedenfalls kein Mangel herrschen – denkt man nur daran, dass etwa die Pflege und Erhaltung kommunaler Infrastruktur ebenso wie die Aufrechterhaltung kleinregionaler Nahversorgungsstrukturen unter einigermaßen realen Marktbedingungen zunehmend unmöglich zu werden drohen.

Literatur und Quellen

Arbeitsmarktservice Österreich: www.ams.at/_docs/001_monatsbericht.pdf: Die Arbeitsmarktlage Ende August 2013. [16.09.2013]

Bacher, Johann; Tamesberger, Dennis: Junge Menschen ohne Berufsausbildung. Ausmaße und Problemskizze anhand unterschiedlicher Sozialindikatoren. In: WISO 4/2001. Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. S. 95-112. Linz. 2011.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK): Jugend und Arbeit in Österreich. Wien. 2013.

Dornmayr, Helmut; Wieser, Regine; Mayerl, Martin: Bericht zur Situation der Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung in Österreich 2010-2011. Wien. 2012.

Gächter, August: https://www.zsi.at/users/153/attach/001note_12_alr.pdf (2012) [16.09.2013]

KONTRASTE. Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Universität Linz. Ausgabe Juni 2011. S. 3.

Mascherini, Massimiliano et al. (1): Junge Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren („NEETs“): Merkmale, Kosten und Reaktionen der Politik in Europa. European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Dublin. 2012.

Mascherini, Massimiliano et al. (2): Junge Menschen und NEETs in Europa: Erste Ergebnisse (www.eurofound.europa.eu [16.09.2013]). Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zusammenfassung. Dublin. 2012.

Niederberger, Karl: Bildungsferne Jugendliche. In: Sechster Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. S. 119-133. Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend. Wien. 2011.

Parlamentskorrespondenz Nr. 384 vom 14.04.2011. (http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0384/ [16.09.2013])

Statistik Austria: Bildung in Zahlen. Tabellenband. Wien. 2013.

Vogtenhuber, Stefan; Lassnigg, Lorenz; Knittler, Käthe; Bruneforth, Michael: Übergang aus dem Schulsystem in die Arbeitswelt. In: Nationaler Bildungsbericht Österreich 2012. Bundesinstitut für Bildungsforschung, Innovation & Entwicklung des österreichischen Schulwesens. Graz. 2013.

1 Jeweils nach EU-Berechnungsmethode (EUROSTAT).

2 Stand Juli 2013: 23.323 Personen (www.ams.at/arbeitsmarktdaten [16.09.2013]).

3 Stand Mai 2013: 22.343 Personen (BMASK. 2013. S. 60-61).

4 D.h. etwa 10% jedes Jahrgangs (vgl. krone.at. 10.04.2011 [16.09.2013]).

5 Vgl.: Kleine Zeitung Online. 07.06.2012 [16.09.2013].

6 Als „im Bildungssystem befindlich“ gelten nach dieser Definition übrigens auch Jugendliche, „die einen (Weiter-)Bildungskurs oder einen Freizeitkurs besuchen“ (vgl. KONTRASTE. 2011. S. 8), womit also schon der Besuch von Kunst- und Fremdsprachenkursen, Musik- oder Sportunterricht, einer Fahrschule, aber auch privater Nachhilfestunden ausreicht, um nicht zu den „early schoolleavers“ gezählt zu werden.

Alfred Gutschelhofer

Junge Menschen und unternehmerisches Denken



1. Problemhintergrund

Wenn man einschlägige Untersuchungen beobachtet, so wollen junge Leute immer weniger und immer seltener den Weg in die Selbstständigkeit suchen. Der Weg in die Eigenverantwortung bzw. in eine unternehmerische Zukunft wird nicht als erste Karriereoption bzw. -variante gesehen. Diese Einstellung ändert sich zwar im Zuge einer höheren Ausbildung und mit etwas mehr Lebenserfahrung, jedoch ist der Prozentsatz jener, die von den Hochschulen und Universitäten in die Selbstständigkeit wechseln wollen und das auch tatsächlich tun, erschreckend gering. Die Wirtschaft fordert, dass die jungen Leute entsprechendes Risikoempfinden haben und andererseits wird aber allseits ein Scheitern in unternehmerischen Agenden als ein „no go“ gesehen, das den jungen Leuten unter Umständen schon kurz nach dem Start ihre weitere Karriere verbauen könnte.

Betrachtet man auch die gesamten politischen Botschaften der letzten Jahre, so geht es primär darum, Kontrolle auszuüben, Schuldige zu suchen und letztendlich jene kritisch und negativ zu kommentieren, die sich an einem gewissen Gestaltungsprozess beteiligt haben.

Unternehmerisches Handeln heißt allerdings gestalten wollen, verändern wol-

len, Eigenverantwortung übernehmen.

Damit zusammenhängend werden natürlich auch Überlegungen angestellt – wie geht es weiter, wenn das unternehmerische Unterfangen nicht so erfolgreich war.

Hier unterscheidet sich die US-amerikanische Gesellschaft sehr stark von der asiatischen oder auch der europäischen. Während in den Vereinigten Staaten unternehmerisches Handeln und unter Umständen auch ein Misserfolg als ein Lernprozess gesehen wird, gilt es in Europa nur ja keine Verantwortung zu übernehmen, um allenfalls daraus einen Nachteil in unserer Gesellschaft zu haben und in Asien wird das geradezu als Gesichtsverlust betrachtet. Vor diesem Hintergrund werden unsere Jugendlichen im Elternhaus und auch in der Gesellschaft nicht gerade ermutigt, Vertrauen in die Zukunft zu haben. Geht es doch darum, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu haben, Vertrauen darauf zu haben, dass in unserer Welt für einen gesorgt ist, und auf der anderen Seite auch das Bedürfnis zu haben, miteinander zu gestalten und Dinge in Bewegung zu setzen. Führt man sich die derzeitigen Werte vor Augen, die primär im Bildungsbereich vermittelt werden, so geht es aktuell um die technische Betrachtung

tung einer Welt, die sehr synthetisch, sehr mechanistisch ausgeformt wird, und nicht etwa um das Vermitteln von positiven Elementen, was alles ermöglicht werden kann, was man alles erreichen kann.

2. Selbstständigkeit als zentraler Wert

Wie bereits angesprochen, gilt es jene zentralen Werte der Selbstständigkeit, des Gestaltenwollens und letztendlich auch des Beitrages zu einer Koexistenz in einer florierenden Wirtschaft an die jungen Menschen zu vermitteln.

Wenn man die Selbstständigkeit in den Schulen und in den Hochschulen vermitteln möchte, so geht es primär darum, die Möglichkeiten entsprechend darzustellen. Es geht nicht darum, den jungen Menschen zu vermitteln, dass sie unmittelbar nach der Schule oder nach der Hochschule sofort in die Selbstständigkeit stolpern müssen, sondern dass sie in ihrer Karriereplanung in ihren Gehirnen die Selbstständigkeit als eine zentrale Station für die Zukunft festmachen. Selbstständigkeit meint auch eine ganz zentrale Geisteshaltung. Selbstständigkeit in der eigenen Lebensführung, Selbstständigkeit der/des mündigen mitverantwortlichen Bürgerin/Bürgers, berufliche Selbstständigkeit, selbstständiges Denken und Handeln als fachkompetente/r Mitarbeiterin und Mitarbeiter und last but not least unternehmerische Selbstständigkeit in Form von wirtschaftlich erfolgreichem Gestalten

von Organisationen beinhalten letztendlich die Ziele der Entrepreneurship Education an Schulen und Hochschulen. Die Neigung, etwas zu unternehmen, die unternehmerische Orientierung, aber auch die Vorstellung, dass man ein Unternehmen selbst gründen kann und sich das auch zutraut, gilt es jungen Menschen zu vermitteln. Um in diesen Bereichen erfolgreich sein zu können, bedarf es natürlich eines entsprechenden Verständnisses für Wettbewerb, Fortschritt und Innovation, ökonomischer Kreativität, der Bereitschaft, selbst zu entscheiden und Verantwortung zu übernehmen, der Akzeptanz von betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen und letztendlich auch des Bedürfnisses, Menschen zu führen und Organisationen zu einem Ziel zu bringen.

Diese Awarenessfunktion gilt es wahrzunehmen, dass im Zuge dieser Diskussionen ganz klar im Vordergrund steht: „Ein Mensch, der weiß wofür, erträgt fast jedes Wie“ (Friedrich Nietzsche). Und gerade deshalb geht es auch darum, jungen Menschen authentisch diese Lebenshaltung als eine mögliche Option etwas näherzubringen.

3. Unternehmerisches Denken an Hochschulen

Die gesamte Synopse der Unternehmensgründung und des Entrepreneurship im Zusammenhang mit dem Bildungssystem umspannt einerseits die Vermittlung der Möglichkeiten und des

Netzwerkes rund um die unternehmerische Szene, die Gründerpersonen und -persönlichkeiten, die notwendigen finanziellen und organisatorischen Ressourcen, die Geschäftsideen und in weiterer Folge das Zusammenspiel dieser Faktoren in einer rechtlich ökonomischen Umwelt. Aus diesem Grund werden in der nachstehenden Abbildung die Prozesse im Konnex mit der Unternehmensgründung dargestellt. Einerseits geht es um die Motivation und die Bewusstmachung der Gründerperson, des eigenen Netzwerkes im Umfeld der Familie und der Freunde sowie die Vermittlung der Erkenntnis, welche Erfahrung und welche Bildung notwendig ist, andererseits um das entsprechende Zusammenführen von TeampartnerInnen durch die notwendigen Plattformen.

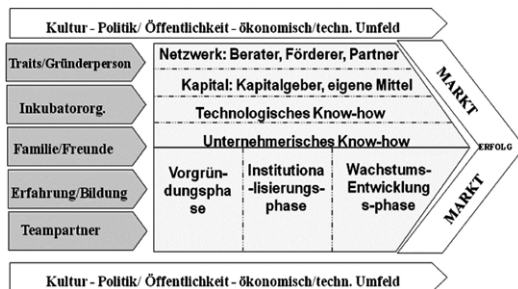


Abbildung: Elemente der Entrepreneurship-Ausbildung an der KFU

Die Unterstützung der universitären Gründungen durch universitäre Einrichtungen und insbesondere durch Inkubatoren soll diesen Prozess erleichtern. Es geht auch darum, letztendlich sämtliche Schritte der unternehmerischen Handlungen in der Preseed-, Seed- sowie

Gründungsphase und in der weiteren Folge in den Wachstumsphasen zu begleiten. Betrachtet man erfolgreiche amerikanische Universitäten, so wird neben einem theoretischen Fundament insbesondere darauf Wert gelegt, dass Leute mit umfassender Praxis im Umfeld der unternehmerischen Wissensvermittlung an hohen Schulen tätig sind. In weiterer Folge gilt es natürlich, die Gründungsszene mit den hohen Schulen in Verbindung zu bringen, wobei neben dem Netzwerk und dem entsprechenden Wissen vor allem auch das Ansprechen der Emotionen und Werthaltungen im Sinne von einem gesamten begleitenden Lifestyle-Konzept zielführend sein kann. An der Universität Graz sind neben einer erfolgreichen Inkubatororganisation mit dem Science Park und entsprechenden Initiativen wie der Gründungsgarage und Ideentriebwerk Graz auch ein umfassendes begleitendes Programm der Entrepreneurshipausbildung sowie diverse Wahlfächer im Angebot. Darüber hinaus stehen mit zahlreichen Lektorinnen und Lektoren, die bereits selbst Erfahrungen in der Unternehmensgründung haben, die notwendigen Personen, die auch aus dem eigenen Umfeld authentisch Wissen vermitteln und über Erfolge und Misserfolge berichten können, zur Verfügung. Auf dieser Basis kann man eine fruchtbare Gründungskultur schaffen und die entsprechenden Werte positiv besetzen. Gründen und umsetzen müssen aller-

dings die jungen Leute nach wie vor alleine.

4. Implikationen für die Bildungspolitik

Im Zuge der Umstellung der hohen Schulen auf das Bologna-System wurde eine Dreiteilung in der Lehre in Bakkalaureat, Master und Doktorat vorgenommen. Diese(r) Ausbildung(saufbau) hat aber bis dato insbesondere in den mitteleuropäischen Ländern den jungen Leuten sehr wenig für ihre Employability geholfen. Ein Bakkalaureatsstudium wäre ausreichend, um ein gewisses fachliches Fundament vermittelt zu bekommen, auf dem man dann anfangen könnte, eigene Praxiserfahrungen zu sammeln. Beim Masterstudium sollte man endlich klären, ob man berufsbegleitend, forschungsvorbereitend oder berufsvorbereitend tätig sein möchte und alle diese Sichtweisen hätten ihren Platz. In Zusammenhang mit dem Entrepreneurship wären gerade zwischen Bakkalaureat und Masterstudium ein erstes Praktikum bzw. erste praktische Erfahrungen von hoher Relevanz, um daraus die entsprechenden Erkenntnisse zu gewinnen, um nochmals an den Universitäten allenfalls für erfolgreiche Wissensvermittlung oder Netz-

werkbildung zu sorgen. Die rein theoretische Betrachtung von Wirtschaftswissen im Zusammenhang mit Entrepreneurship ist im Bakkalaureats- und Masterstudium wenig sinnvoll, vielmehr wäre es sinnvoll, gerade in den ersten beiden Stufen viel Praxisbezug mit vielen praxisorientierten Lehrerinnen und Lehrern zu vermitteln. In weiterer Folge könnte allerdings dann ein massives theoretisches Fundament gesetzt werden, um die Forschung im Doktoratsstudium wirklich auf international relevantem Niveau betreiben zu können.

Hier wäre auch Entrepreneurshipforschung in Form von empirischer und experimenteller Forschung anzusiedeln und wünschenswert. Betrachtet man die bis dato etwas verwaschene Auslastung und Besetzung der Strukturen an den Universitäten und Fachhochschulen, so wäre es doch sinnvoll, gerade diese Dreiteilung zu nützen und den jungen Leuten nach einer dreijährigen universitären Ausbildung möglichst schnell eigene Lebenserfahrung zu ermöglichen, um in den weiteren Lebensjahren unter Umständen mit ganz gezielten Masterprogrammen die Gründungsquote wirklich mit erfolgreichen Gründerinnen und Gründern voranzutreiben. ■

Elgrid Messner

Bildungsreformen: Das Erreichte weiterdenken



„Österreich kann es sich nicht leisten, Potentiale durch soziale Selektion zu verlieren. Beginnend mit dem Vorschulalter muss deshalb in allen Bereichen des Bildungssystems gewährleistet werden, dass Benachteiligungen wegen sozialer Herkunft, Migrationshintergrund, Nationalität, Geschlecht usw. nach bester Möglichkeit vermieden bzw. ausgeglichen werden. [...] In allen Bildungsbereichen soll anstatt einer negativen Auslese die optimale Förderung und Entwicklung aller Talente und Potentiale im Vordergrund stehen.“ (Die Sozialpartner Österreich, Bildungsfundamente. Ziele und Maßnahmen für eine zukunftsorientierte Bildungsreform, 2013)

Mit den bedenklichen österreichischen Ergebnissen bei internationalen Bildungserhebungen – vor allem in den seit 2000 durchgeführten PISA-Studien der OECD – stieg der Druck auf die österreichische Bildungspolitik zu grundlegenden Reformen. Entgegen landläufigen Meinungen sind vor allem in den letzten Jahren einige äußerst beachtenswerte Schritte gelungen. Ein zentraler Grund für die mangelnde Fähigkeit des österreichischen Bildungswesens zur Kompensation herkunftsbedingter Defizite – die frühe äußere Differenzierung – blieb indes auch in der letzten Legislaturperiode weitgehend unangetastet.

Neue Statements von Seiten der Sozialpartner lassen darauf hoffen, dass auch diesbezüglich eine neue Ära anbrechen könnte.

Von Stillstand kann nicht die Rede sein

Die Medienberichterstattung der letzten Jahre hat vor allem auf jene Bereiche der Bildungspolitik fokussiert, in denen „nichts weiterging“. Ganz im Gegensatz dazu beweist ein Blick auf die Fakten, dass in Österreichs Bildungswesen in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Verbesserungen auf den Weg gebracht wurde, die bei den Kindern, den NutzerInnen der Bildungseinrichtungen ankamen.

Das fängt bei der Verringerung der Klassenschülerhöchstzahlen an und geht über das verpflichtende Kindergartenjahr und die flächendeckende Einführung der Neuen Mittelschule mit deren Verpflichtung zur individuellen Förderung über den Ausbau der Ganztagsbetreuung bis zur Möglichkeit, Bildungsabschlüsse kostenlos nachzuholen. Zudem wurde mit dem Beschluss der PädagogInnenbildung NEU ein Schritt zur Professionalisierung der LehrerInnenausbildung getan, dessen Wirksamkeit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden

kann: Damit werden ab 2015/16 alle PädagogInnen – leider noch mit Ausnahme jener der Elementarstufe – eine vollakademische Ausbildung erhalten, die in Theorie und Praxis gleichermaßen stark verankert ist. Ab 2019/20 werden alle Kinder aller Schultypen von gleich gut ausgebildeten LehrerInnen unterrichtet werden. Universitäten und Pädagogische Hochschulen entwickeln gemeinsam die Curricula und können so ihre jeweiligen Stärken einbringen – die einen die fachwissenschaftliche Dimension, die anderen Pädagogik, Didaktik und pädagogische Praxis. Der Südosten Österreichs ist hierbei Vorreiter: Karl-Franzens-Universität Graz, Pädagogische Hochschule Steiermark, Kirchliche Pädagogische Hochschule Graz, Pädagogische Hochschule Kärnten und Private Pädagogische Hochschule Burgenland sind österreichweit die ersten Institutionen der LehrerInnenbildung, die gemeinsam an den neuen Curricula feilen.

Die Entscheidung über den Bildungsweg fällt weiterhin zu früh

Dennoch fällt die Bilanz nicht uneingeschränkt positiv aus; in manchen Bereichen war die Überzeugungskraft der Reformkräfte – die ebenso wie die beharrenden, das sei hier festgehalten, nicht unbedingt und nicht zur Gänze identisch mit bestimmten politischen Parteien sind – offenbar nicht ausreichend. Dies betrifft etwa die Vorschläge zum LehrerInnendienstrecht, die ein gerechteres

Entlohnungssystem für JunglehrerInnen gebracht hätten. Vor allem aber müssen Eltern und LehrerInnen weiterhin zu einem viel zu frühen, ungeeigneten Zeitpunkt die Entscheidung über die zukünftige Bildungs- und Berufskarriere ihrer Kinder bzw. SchülerInnen treffen – am Ende des ersten Semesters der vierten Schulstufe. Viele der Betroffenen sind da gerade neuneinhalb Jahre alt. Zu diesem Zeitpunkt hatten die AkteurInnen des Bildungswesens gerade viereinhalb Jahre Zeit, an der Kompensation herkunftsbedingter Defizite zu arbeiten.

Homogenität ist eine Fiktion – und bedeutungslos für den Kompetenzerwerb

Eine umfassende Argumentation für die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Dennoch seien hier einige zentrale Fakten in Erinnerung gerufen: Das wichtigste Argument für die Aufrechterhaltung der Dichotomie in der Sekundarstufe – eine äußere Differenzierung nach Leistungen sei notwendig, weil die SchülerInnen nur in homogenen Gruppen gut lernten – ist mehrfach und in doppelter Hinsicht widerlegt. Die Differenzierung erfolgt zum einen nachweislich nicht nach messbaren Leistungen, zum anderen ist sie irrelevant für den Lernerfolg. Der österreichische Bildungsforscher Ferdinand Eder zeigte schon 2009 im damaligen Nationalen Bildungsbericht, wie stark sich die Leis-

tungen von AHS- und HS-SchülerInnen überschneiden. Im Mathematik-Kompetenzbereich „Operieren und Rechnen“ erbrachte etwa ein Drittel der SchülerInnen der dritten Leistungsgruppe der Hauptschule die gleichen Leistungen wie die 85% „Besten“ der AHS-Schüler – das sind jene, die der Statistik nach die Matura schaffen. Ähnliche Zahlen liegen für Deutschland vor, wo laut Tillman & Wischer (2006) die Streuung der Lesekompetenz so hoch ist, dass schwache Gymnasialschüler etwa den Stand des Durchschnitts an Hauptschulen und starke Hauptschüler den Stand des Durchschnitts an Gymnasien erreichen.

Wonach das zweigeteilte Schulsystem wirklich differenziert und welche Art von Homogenität es herstellt, darüber geben andere Untersuchungen Aufschluss – z.B. die heuer (2013) erschienene Ausgabe von „Bildung in Zahlen“ der Statistik Austria.

- Danach schließen nur 5% aller Kinder, deren Eltern nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, ein Hochschulstudium ab. Umgekehrt stammen mehr als die Hälfte der 25- bis 44-jährigen AkademikerInnen selbst aus einem Akademikerhaushalt.
- Zudem ist das zweigeteilte Schulwesen nur formal durchlässig: Haben Eltern nur einen Pflichtschulabschluss und besucht ihr Kind die Hauptschule, so hat es eine Chance von gerade 7%, dereinst die Matura zu absolvieren. In

den skandinavischen Ländern, wo gemeinsame Schulen der 10- bis 14-Jährigen die Regel sind, ist die Korrelation zwischen sozialer Herkunft und Bildungsabschluss nur ein Drittel so stark wie in Österreich und Deutschland.

- Bei einem Vergleich der Bildungschancen von Arbeiterkindern in 13 OECD-Ländern landete Österreich am letzten Platz.

Ein starkes Argument gegen die (ohnehin fiktionale) Homogenität kommt vom neuseeländischen Bildungsforscher John Hattie: Er misst in seiner viel diskutierten Metastudie „Visible Learning“ dem Einflussfaktor „homogene Einteilung in Klassen und Kursen“ ein Effektmaß von .12 auf den Kompetenzerwerb zu – also einen Einfluss, der weit unter der Wahrnehmungsgrenze liegt (Steffens & Höfer, Die Hattie-Studie, 2012).

Ein optimistischer Ausblick

Ein Blick auf die Geschichte der europäischen Bildungspolitik stimmt uns zuversichtlich: Die gemeinsame Schule – in vielen Ländern Europas schon in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts verwirklicht – ist ja nicht nur ein Projekt sozialreformerischer Parteien. Immer wieder haben auch wirtschaftsnahe Kräfte verstanden, dass der Bedarf der Unternehmen an qualifizierten Arbeitskräften nicht allein aus den Bildungseliten rekrutiert werden kann. So stimmten die schwedischen Konser-

vativen bereits 1962 im Reichstag dem Modell der „Einheitsschule“ zu – einem radikal egalitären Projekt. In Frankreich wurde das „Collège“ – die französische Variante der gemeinsamen Schule – 1975 unter dem konservativen Präsidenten Giscard d’Estaing etabliert.

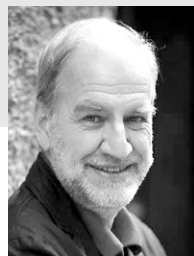
In Österreich sind es neuerdings die Sozialpartner, die zunehmend deutlich für eine Schule eintreten, die nicht mehr dem Prinzip der sozialen Selektion verpflichtet ist – was auch das einleitende Zitat dieses Beitrags belegt.

Noch etwas deutlicher werden die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen in einem knapp vor den heurigen Nationalratswahlen veröffentlichten Dokument, das unter dem Titel „Perspektiven für die Jugend!“ ihre bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Positionen darstellt und in dem die „Umfassende Entwicklung der Potentiale der Kinder und Jugendlichen durch individuelle Leistungsdifferenzierung ohne beschränkende Festlegung durch eine frühe Bildungsentscheidung“ gefordert wird, mit dem Nachsatz: „Auf diese Weise werden die Potentiale der Kinder und Jugendlichen besser genutzt.“

Deutlich Stellung bezogen hat nun nach den Wahlen auch die Caritas, die sich für ein zweites verpflichtendes Gratiskindergartenjahr für alle Kinder, für flächendeckende Angebote an ganztägigen Schulformen sowie explizit für die Einführung einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen aussprach. Auch Caritas-Präsident Küberl begründete die Notwendigkeit einer gemeinsamen Sekundarstufe I mit der derzeit zu frühen Entscheidung über den weiteren Bildungsweg – und er betonte die Notwendigkeit, den Unterricht auf die individuellen Lernvoraussetzungen der SchülerInnen zuzuschneiden. Wörtlich sprach er von einem „Schulmenüsystem“ statt eines „Eintopfsystems“. Genau diesen Anforderungen soll, darin sind sich alle an ihrer Realisierung Beteiligten einig, die PädagogInnenbildung NEU entsprechen: Individuelle Förderung, Begabungsförderung, Inklusion, der produktive Umgang mit verschiedenen Sprachen und Kulturen und unterschiedlichen Lernvoraussetzungen werden darin einen zentralen Stellenwert haben. Weil nicht Homogenität, sondern Diversität die Regel in allen gesellschaftlichen Zusammenhängen ist. ■

Manfred Prisching

Die Kids und ihre Vorbilder



Manchmal, wenn den empirischen Sozialforschern langweilig ist, fragen sie die Menschen nach ihren Vorbildern. Es ist keine Überraschung, dass die „alten“ Vorbilder kein Interesse mehr finden: Wer würde Odysseus nennen oder Simone de Beauvoir? Goethe klingt erst recht alt, zumal ihn keiner mehr gelesen hat. Obama hingegen kann man nennen, vielleicht Warren Buffet. Die religiösen Vorbilder dürften ausgestorben sein: die Heilige Katharina? Dann schon eher die englische Catherine.

Die meisten Befragten ziehen sich auf unstrittige Personen zurück: auf Mahatma Gandhi, Albert Schweitzer oder Martin Luther King. Wenn sie tot sind, kann nicht mehr viel zu Tage kommen, was den Vorbildstatus in Frage stellen könnte, anders als bei Lady Gaga oder Bruce Willis. Erstaunlich ist die Willigkeit der empirischen Sozialforscher, solche Vorbild-Bekundungen ernst zu nehmen – eigentlich müsste man im Einzelfall doch nachfragen, wie sich das angegebene Vorbild Mutter Teresa beispielsweise im eigenen Leben des/der Befragten auswirkt. In Wahrheit tricksen die Befragten die Sozialforscher einfach aus, und diese merken es nicht.

Aber die Frage ist allgemein relevant: Wie ist denn unsere Gesellschaft beschaffen, dass wir diese und nicht jene

Vorbilder hervorbringen oder benötigen?

Welche Vorbilder legt diese spätmoderne Gesellschaft den Kids denn nahe? Vorbilder lassen eine Gesellschaft kenntlich werden.

Menschwerdung ist ohne Vorbilder nicht möglich. Kinder, diese hilflosen Wesen, brauchen Erwachsene, die mit der Welt (so halbwegs) zurechtkommen, damit sie sich abschauen können, wie man das macht: gemeinsam leben: Sozialisation. Kinder müssen buchstäblich alles lernen, denn der Mensch ist bekanntlich ein „Mängelwesen“. Er verfügt über wenig ererbte „Programmierung“, anders als Ameisen und Bienen, Kälber und Hunde; aber er kann gerade deshalb fantasiereich sein, sich unterschiedlichen Umgebungen anpassen, „Kultur“ schaffen. Die ganze Welt wird durch Vorbilder angeeignet, durch die Imitierung von role models. Der nächste Schritt sind die Jugendlichen in ihrer performativen Phase, zwischen 15 und 30 Jahren, also in jenem Alter, in dem die „Generationen“ definiert werden, von den Achtundsechzigern bis zu den Millenials (Strauss/Howe 1991). Sie erwerben in dieser Phase Prägungen, die im weiteren Lebensweg weitgehend erhalten bleiben oder jedenfalls nur eine abnehmende Änderungsgeschwindigkeit (Inglehart 1977)

aufweisen. Jenseits des Alters von 25 Jahren sind die wesentlichen Einstellungen zu Dingen, Personen und Ideen weitgehend gelaufen.

In der spätmodernen Gesellschaft soll man nicht mehr einfach so werden, wie man es bei den anderen sieht und kennt: als Erwachsener, Lehrerin, Bauer, Händler, Großmutter oder Priester. Alle Vorbilder werden reflexiv und damit zum Problem: Alles wird hinterfragt; es gibt viele Vorbilder und verschiedene Optionen; man muss sich für ein Vorbild entscheiden. (1) Die Welt der Freiheit zwingt zur permanenten Suche. Die „Alles ist möglich“-Gesellschaft soll ja nicht im ungestalteten Leben, im nihilistischen Dahindriften landen; es bedarf vielmehr eines selbstgestalteten Lebens, mit allen seinen vernünftigen Freiheitseinschränkungen. (2) Der Suchprozess bewegt sich in einer chaotischen Landschaft. Denn da draußen, in der spätmodernen Gesellschaft, gibt es kaum umfassende Sinnstiftungssysteme mehr, und man würde ihren Oktroy auch nicht akzeptieren – deshalb gibt es auch keine unhinterfragbaren Vorbilder mehr. (3) Handeln in einer reflexiven Welt bedeutet immer schon eine Relativierung jedes Vorbildes – denn es wird immer mitgedacht, dass es ganz anders sein könnte. Man kann immer eine kritische Reflexion einschieben. Wenn man weiß, dass man seine Vorbildwahl immer revidieren kann, dann könnte man sich auch jederzeit das Gegen-Vorbild nehmen. Und ohnehin

hat man es mit multiplen Vorbildern zu tun, entsprechend der Pluralisierung des öffentlichen Lebens.

Die klassischen Sozialisationsagenten gibt es natürlich weiterhin, und sie sind wichtig: die Eltern und die Lehrer, die ein gutes Beispiel geben sollen. Verschiedentlich wird darüber geklagt, dass die Erziehungsfunktion unzureichend wahrgenommen wird: Eltern trauen sich ihren Kindern nichts mehr „vorzuschreiben“. Die Erziehungsaufgabe ist zu mühsam. Eltern wollen – kindisch genug – „Freunde“ ihrer Kinder sein. Das hat den Vorteil, dass Elemente repressiver und sadistischer Erziehung, wie wir sie nicht zuletzt in drastischer Form aus der Literatur kennen, so gut wie verschwunden sind. In allen Jugendstudien, zuletzt bei Klaus Hurrelmann, findet sich der Befund, dass die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern im Durchschnitt bemerkenswert gut geworden sind. Jugendliche nennen ihre Eltern, jeweils die Person gleichen Geschlechtes, als Vorbild und hegen die Absicht, ihre Kinder ähnlich zu behandeln und zu erziehen, wie sie es selbst erlebt haben. Vermutlich waren die Beziehungen zwischen Kindern und Eltern kaum je so gut wie heute: eher diskursiv als autoritär, mit starker Kinderorientierung, Verhandlungsbereitschaft, Freundlichkeit. Sie mögen einander, sie kommen miteinander gut aus. (Dennoch werden die Kinder ihre Eltern im Alter natürlich nicht pflegen, da sind Illusionen nicht angebracht.)

Die Priorität der Freundlichkeit hat den Nachteil, dass vielfach den Kindern das (rechtzeitige) Bekanntwerden mit den Spielregeln der Erwachsenenwelt versagt bleibt. Sie lernen es später auf die harte Tour. Hartmut von Hentig hat das Problem auf den Punkt gebracht: „Unse-re Eltern haben uns nicht nur mit selbst-verständlicher Bestimmtheit das Rau-chen untersagt und uns rechtzeitig zu Bett geschickt, sie haben uns auch bei-gebracht, Papier nicht in die Gegend zu werfen, sondern es zunächst in die Ta-sche zu stecken, bis man einen Papier-korb gefunden hat; daß man ein Wasch-becken ausspült, wenn man es benutzt [und beschmutzt] hat; daß man andere grüßt; daß man ihnen hilft, ihnen die Tür aufmacht, ihnen etwas abnimmt, wenn sie beladen sind. Es ging dabei nicht in erster Linie um äußere Ordnung, son-dern um Rücksicht auf andere. [...] In der Schule erfuhren wir die gleiche ‚Erzie-hung‘. Es gab in der Regel keine Diver-genz. Auch heute gibt es keine Diver-genz: beide, die Schule und die Eltern – jedenfalls die Mehrzahl von ihnen – un-terlassen eine solche Erziehung. Es fehlt ihnen an Mut gegenüber dem Kind, das sich womöglich im Schutz derer weiß, die zusehen.“ (Hentig 1981, S. 235f) Eltern sind bequem, und sie wollen die gute Stimmung nicht verderben. Da ist es ganz amüsant, dass erst jüngst eine Amerikanerin, die der Familie wegen nach Paris gezogen ist, mit Erstaunen festgestellt hat, dass französische Kinder

im Restaurant nicht mit dem Essen her-umwerfen, dass sie immer höflich Bon-jour sagen und ihre Mütter in Ruhe tele-fonieren lassen – und sie hat ein Buch geschrieben mit dem deutschsprachi-gen Titel: Warum französische Kinder keine Nervensägen sind (Druckerman 2013).

Geliefert werden nicht Lebensregeln, sondern kuriose Motivationslehren, die nur auf Erfolgserlebnisse zielen. Der Er-werb der Fähigkeit, mit Misserfolgserleb-nissen fertig zu werden, bleibt den Ju-gendlichen versagt. Es ist eine Optimis-musfalle. Alles ist großartig. Schließlich arbeitet auch das Bildungssystem inten-siv an der gemeinsamen Konstruktion von Potemkinschen Dörfern durch Kin-der, Eltern, Lehrer und Aufsichtsbe-hörden.

Es ist freundlich von den Kids, dass sie ih-ren freundlichen Eltern mit Freundlich-keit begegnen, ja sie in den Umfragen auch als Vorbilder nominieren – trotz al-len „Früher war alles besser“-Geschwät-zes. Man kann aber auch die umgekehr-te Frage stellen: Inwieweit eignen sich diese Eltern als Vorbilder?

Natürlich hat diese Eltern- und Groß-elterngeneration ein Luxusland geschaf-fen, mit hoher Lebenserwartung, Wohl-stand, Hochleistungsmedizin und Smart-handys; ein gefährdetes Luxusland. Dennoch können wir in einem selbstkriti-schen Augenblick die Frage stellen, ob dies, alles in allem, wirklich eine Gesell-schaft ist, die den Insassen die besten

Chancen für ein „gelingendes Leben“ bietet (Binswanger 2006); ob diese Chancen auch für das nächste Jahrhundert, also weit hinein in die Lebensspanne der Kindergeneration, bestehen (Miegel 2010); ob es nicht für die Kindergeneration sogar eine Illusion ist, das Leben der Eltern führen zu wollen, so wie sie es anstreben – weil diese Eltern die Sache so verpfuscht haben, dass es sich materiell für sie nicht mehr ausgehen wird. Wir mögen uns darüber freuen, dass die Kids uns als Vorbilder ansehen – aber vielleicht wäre es gar nicht so schlecht, wenn die nächste Generation ein paar kräftige Retuschen an diesen Vorbildern vornähme.

In der Spätmoderne wird die Zeit der Jugendlichkeit verlängert; neben der Kinderwelt ist eine Jugendwelt (mit eigenen Normen, mit eigener Mode, mit eigenen Accessoires, mit eigenem Habitus) geschaffen worden; und diese Jugendlichkeit wird gerne über das dritte Lebensjahrzehnt hinaus gelebt, ja manche kommen aus dieser Befindlichkeit nicht mehr heraus. Wie niemals zuvor leben die Jugendlichen unter Jugendlichen (Bauerlein 2008; Rosen 2012; Stein 2013). Es ist eine Welt der Peer-Vorbilder. Aber der Peer-Einfluss ist antiintellektuell, antihistorisch, er vermindert die Sprachkompetenz. Wie immer gilt auch in diesem Fall: Intellektuelle Entwicklung benötigt den Umgang mit reiferen Menschen; 17-Jährige entwickeln sich weit weniger, als sie es könnten, wenn sie vorwiegend mit ihresgleichen kommunizieren. Alle ha-

ben enorme Angst, irgendetwas zu versäumen. Sie wollen dauernden Zuspruch („jemand hat mein hinaufgeladenes Bild gut gefunden“). Diese Art der Interaktion reduziert Kreativität (empirischen Ergebnissen zufolge) und Empathie (worunter nicht ein allgemeines Solidaritätsgefühl zu verstehen ist, sondern schlichtes Verständnis eines anderen Gesichtspunkts). Auch für diese Interaktion gilt: Man lobt, damit man gelobt wird. Es kostet ja nichts.

Bilder, Selbstbilder, Vorbilder – entscheidend ist die Selbstinszenierungskompetenz. Die Jugendlichen haben eine hohe Kompetenz erworben, sich selbst zu einer „Marke“ zu machen, mit Friends and Followers. Deshalb blasen sie ihre Selbste auf. Sie sind Vorbilder ihrer selbst. Sie überschätzen sich. Das Auftreten narzissistischer Persönlichkeitsstörungen ist dreimal so hoch für Personen in den 20ern wie für ältere Personen. (Es gibt dazu amerikanische Studien, etwa von Jean Twenge und Keith Campbell, oder das Buch des österreichischen Psychiaters Reinhard Haller über die Narzissmusfalle.) Die Generation der Millenials respektiert Autorität nicht, daher ist sie auch nicht gegen die Institutionen, sie rebelliert nicht, denn sie fühlt sich davon nicht belastet. Die Kids besprechen Entscheidungen mit ihren Eltern. (Das alte Klischee, dass Eltern die Kinder nicht verstehen, stimmt nicht mehr. Die Eltern hören schließlich heutzutage die gleiche Musik wie die Kinder.) Die politischen Auffas-

sungen weichen gar nicht so sehr ab von der Gesamtbevölkerung. Es gibt unglaublich viele Subkulturen und Milieus, in die man eintauchen kann. Es ist nicht mehr nur die Alternative zwischen Mainstream oder Rebellion. Man braucht gegen nichts mehr zu protestieren, weil man sich in seiner Gruppe wohlfühlen kann. Und man braucht keine Gegenkultur, wenn es keine Mainstream-Kultur mehr gibt. Selbst wenn sich Protest artikuliert, gibt es keine Gegenkonzepte, sondern Gefühlsäußerungen.

Natürlich relevant sind, wie immer, die elektronischen Sozialisationsinstanzen: Dort wird Unterschichtfernsehen genauso geliefert wie Oberschichtendevianz vorgeführt: „Seitenblicke“. Dort herrscht Befindlichkeitsorientierung: ideologischer Spontanismus. Dort wird die Botschaft geliefert: Alles ist möglich. Du kannst alles. Die Welt besteht aus Gags. Allerdings musst du schön sein, allenfalls durch chirurgische Nachhilfe. Und in der Arbeitswelt zählt nicht Kompetenz, sondern Flexibilität – Netzwerke, Nichtfestlegung, „Situativismus“: Wenn etwas des Weges kommt, richtig reagieren. Der Gewinner hat immer recht, and he takes all. Wenn man nicht ganz vorne dabei ist, ist man ein Verlierer. Also bleibt nur ein pragmatischer Egozentrismus, mit dem Leitprinzip: Die visuelle Welt, in der man lebt, „einholen“. Denn die Werbebilder sind die eindrucksvollste Parade von Vorbildern. Nach den rund 500.000 Werbespots, die den Kindern und Jugendli-

chen bis zum Erwachsenenalter verabreicht werden, wissen sie, wie ein gelingendes Leben aussieht – oder eben nicht. ■

Literaturverzeichnis

- Bauerlein, M. (2008): *The Dumbest Generation. How the Digital Age Stupefies Young Americans and Jeopardizes our Future (or, don't trust anyone under 30)*. New York.
- Binswanger, M. (2006): *Die Tretmühlen des Glücks. Wir haben immer mehr und werden nicht glücklicher. Was können wir tun?* Freiburg i.B.
- Druckerman, P. (2013): *Warum französische Kinder keine Nervensägen sind. Erziehungsgeheimnisse aus Paris*. 2. Aufl. München.
- Haller, R. (2013): *Die Narzissmusfalle. Anleitung zur Menschen- und Selbstkenntnis*. Salzburg.
- Hentig, H. von (1981): *Aufwachsen in Vernunft. Kommentare zur Dialektik der Bildungsreform*. Stuttgart.
- Hurrelmann, K. (2007): *Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung*. Weinheim u.a.
- Inglehart, R. (1977): *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton NJ.
- Miegel, M. (2010): *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. Berlin.
- Prisching, M. (2006): *Die zweidimensionale Gesellschaft. Ein Essay zur neokonsumistischen Geisteshaltung*. Wiesbaden.
- Prisching, M. (2008): *Bildungsideologien. Ein zeitdiagnostischer Essay an der Schwelle zur Wissensgesellschaft*. Wiesbaden.
- Rosen, L. D. (2012): *iDisorder. Understanding Our Obsession with Technology and Overcoming its Hold On Us*. New York NY u.a.
- Stein, J. (2013): *The New Greatest Generation*. In: *Time* (May 20).
- Strauss, W./Howe, N. (1991): *Generations. The History of America's Future, 1584 to 2069*. New York.
- Twenge, J. M. (2006): *Generation Me. Why Today's Young Americans are More Confident, Assertive, Entitled – and More Miserable Than Ever Before*. New York.
- Twenge, J. M./Campbell, W. K. (2009): *Narcissism Epidemic. Living in the Age of Entitlement*. New York.

Anita Prettenthaler-Ziegerhofer Gedanken über „Jung und Alt“



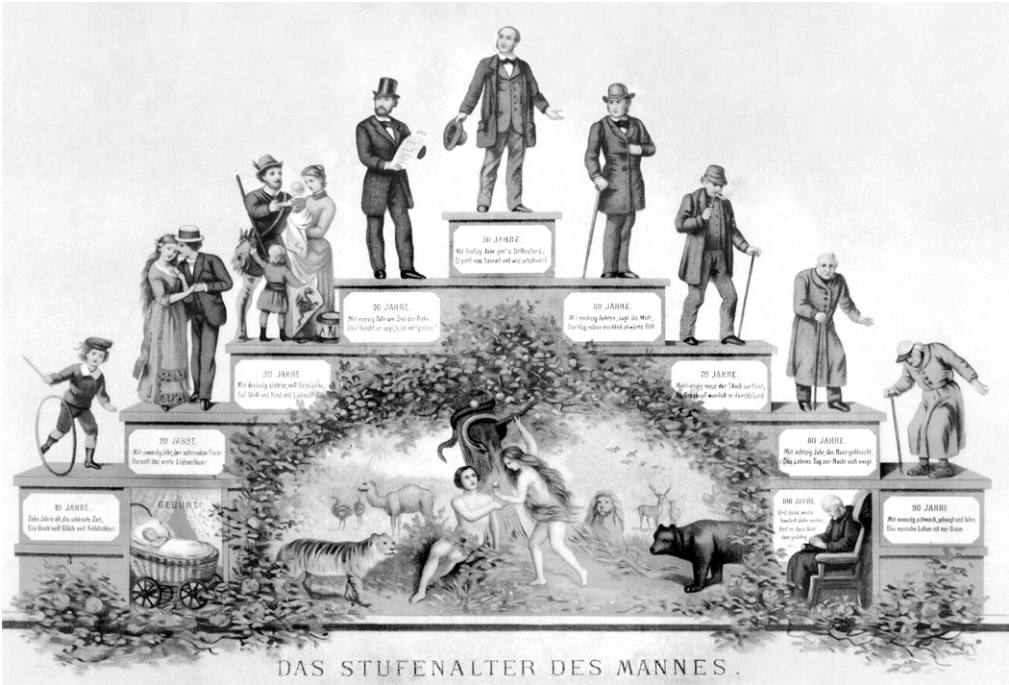
Den Ausgangspunkt meiner Überlegungen liefern zwei Chromolithografien, die um 1900 entstanden sind und die das Stufenalter des Mannes und das Stufenalter der Frau darstellen.¹ In Zehn-Jahres-Schritten wird das Leben des Mannes, wie es der damaligen bürgerlichen Gesellschaft idealtypisch entsprach, dargestellt. Demnach den Mann mit „zwanzig Jahr, den schmucken Freier, beseelt das erste Liebesfeuer“, mit „dreissig sieht er voll Entzücken, auf Weib und Kind mit Liebesblicken“, mit vierzig ist er bereits beruflich saturiert: „[...] am Ziel der Bahn, ohn' Furcht er sagt's ist wohlgetan“. Das fünfzigste Lebensjahr wird als Höhepunkt, aber auch als Stillstand bezeichnet: „Er prüft was kommt und was entschwand“. Danach geht es bergab, „mit sechzig Jahren, sagt die Welt, der Weg schon merklich abwärts fällt“. Mit siebzig „muss der Stock zur Hand, als Graukopf wandelt er durchs Land“, mit achtzig Jahren neigt sich bereits „des Lebens Tag zur Nacht“ – die Bürden des Alters sind mit 90 Jahren unschwer zu verbergen, „[...] schwach, gebeugt und lahm, das morsche Leben ist nur Gram“, und mit über hundert Jahren bittet der Mann Gott, dass er sich seiner erbarmt.

Wenngleich auch das Leben einer Frau in Dekaden verläuft, finden sich dennoch

(geschlechtsspezifische und soziale) Unterschiede. Bereits bei der Geburt wird der Frau ein Engel Gottes, möglicherweise Synonym für den späteren Kindersegen, beigegeben, der Knabe hingegen liegt alleine im Korbkindergarten. Auch mit 20 Jahren ist die „Maid erblüht, in reiner Lieb ihr Herz erglüht“; mit dreißig Jahren ist sie bereits erfüllt von Mutterglück und mit vierzig „ruft der Kinder Glück, die eigne Jugend ihr zurück“. Das 50. Lebensalter bedeutet ebenfalls den Zenit im Leben der Frau, „[...] Stillstand wie man sagt, ein Enkel sie jetzt glücklich macht“.

Die Gegensätze zur Lebenspyramide werden in der Darstellung des Alters sichtlich erkennbar. Der (ehemalige) Galant, Familiengründer und beruflich Aktive steigt würdevoll alternd das Stufenalter in Richtung Greis herab, um dann als dieser auf die Altersstufe des Knaben, der „10 Jahre alt, die schönste Zeit, ein Knab voll Glück und Fröhlichkeit“ er einst gewesen war, zurückzukehren – allerdings alleine und ohne Aufgaben. Die Frau hingegen steigt wohl auch mit 60 Jahren „langsamen Schrittes nach dem Grab“ herab, aber immer in Begleitung von Enkeln und Urenkeln: „Mit siebzig Jahr Urenkelein, das alte Mütterlein noch freun“ und als Achtzigjährige

Gedanken über „Jung und Alt“ - Anita Prettenthaler-Ziegerhofer



„sich auf den treuen Enkel stützt“. Dargestellt zeigt sich, dass die familiären Aufgaben der Ehefrau und Mutter auch die zweite Lebenshälfte zu einer ereignisreichen machen. Erst mit neunzig ist sie allein und sitzt in ihrem Ohrensessel – „längst schneeweiss, denkt sie nur noch an die letzte Reis“ und erreicht somit die Stufe, die sie als 10-Jährige begann als „[...] das Kind im Flügelkleid, genießt der Unschuld Seligkeit“.

Die unterschiedliche Lebenserwartung von Mann und Frau wird erst auf dieser Stufe angedeutet – der neunzigjährige Mann steht noch, wenngleich von den Lasten des Alters bedrückt, erst „[...] wenn hundert Jahr vorbei, bet' er, dass Gott ihm gnädig sei“, wird er sitzend im Ohrenfauteuil dargestellt. Die Frau wird bereits, „[...] kommen hundert Jahr noch heran, fleht Gott sie um Erbarmen an“, mit dem Schutzengel, der schon an ihrer Wiege stand, gezeigt.

Heute erscheint dieser Stufenbau des Lebens mehr als antiquiert und der Mann und die Frau von heute erkennen sich nur teilweise darin wieder, etwa in Bezug auf die Lebensabschnitte. So stellen Kindheit und Jugend historisch gewachsene Begriffe dar, die erst im Laufe des 19. Jahrhunderts aufgekommen sind. Bis dahin gab es lediglich den Säugling und den Erwachsenen, den Menschen eben. Eine ausgeprägte Kindheit und Jugendzeit als eigenständige Lebensphase entwickelte sich erst im Zuge der Aufklärung und der sich bil-

denden bürgerlichen Gesellschaft. Abgesehen von der Hausväterliteratur ab dem 17. Jahrhundert oder schon zuvor den Prinzenspiegeln, entstehen nun vermehrt Erziehungsratgeber wie etwa Rousseaus „Emile“ oder die sozialreformerischen, pädagogischen Werke von Pestalozzi. Dies nicht zuletzt deshalb, weil in Europa zunehmend die Bildungsfrage zu einer staatlichen Aufgabe wurde. Kinder sah man demnach nicht mehr allein als „kleine Erwachsene“ an, sondern man begann, auf deren altersgerechte Bedürfnisse einzugehen. Vor allem aufgrund des Bildungspostulats, aber auch wegen des technischen Fortschritts entwickelte sich der Lebensabschnitt Jugend eigenständig. Somit kann man Jugend als Produkt der Modernisierung, des allgemeinen Fortschritts betrachten. Im Übergang von der vormodernen, agrarisch strukturierten Gesellschaft zur modernen, industrialisierten Gesellschaft waren nun andere Fertigkeiten notwendig geworden – Bildung war gefragt. Der Erwerb von Bildung durch Schule, Lehre oder Studium bedeutete aber, dass Menschen länger vom Arbeitsprozess abgehalten werden. Dies kam einer gesellschaftlichen Revolution gleich, in der sich Jugend als eigener Lebensabschnitt und als eigenständige Kultur, Jugendkultur, ausbilden konnte. Diese manifestiert sich etwa in einem neuen Lebensgefühl nach den Motti „Uns gehört die Welt“, „[...] denn sie wissen nicht, was sie tun“, verbunden mit

Dynamik, Grenzenlosigkeit, Genuss. Experimente bis hin zur Revolution im Jahr 1968, um z.B. dem „Muff von 1000 Jahren unter den Talaren“ ein Ende zu bereiten, waren angesagt. Der deutsche Erziehungswissenschaftler Uwe Sander bezeichnet das 20. Jahrhundert sogar als das Jahrhundert der Jugend. Die neuen Werte der young generation beginnen das Verhältnis zwischen Jung und Alt zu beeinflussen – auch in Form eines „Generationenkonflikts“.

Eine Ursache dieses Konfliktes ist auch darin zu suchen, dass Jugend von den jeweiligen nebeneinander lebenden Generationen (junge, mittlere, alte Generation) immer anders empfunden und gelebt wurde und wird. Musste etwa die Generation unserer Großeltern ihre Eltern oft noch siezen, besteht zwischen den heutigen Kindern, Jugendlichen und Großeltern ein amikales, auf gleicher Augenhöhe befindliches Verhältnis. Schon lange ist die einst ausschließliche Einbahnstraße „jung lernt von alt“ aufgrund des gesellschaftspolitischen Wandels durchbrochen und es ist bereits üblich, dass auch „alt von jung lernt“. Dies zeigt sich etwa im Bereich der neuen Kommunikation – Jugendliche eignen sich andere Fertigkeiten an und wachsen mit iPhone, iPad, iPod ganz selbstverständlich auf, sind die iYouth und vermitteln ihren Eltern und Großeltern diese neue Welt der Kommunikation. Diese Form der Kommunikation bietet immer wieder Anlass zu Kritik – „die Kinder, die Jugend

könne nicht mehr sprechen, nicht mehr gesellig sein etc.“ Ob berechtigt oder nicht – diese Form der Kommunikation steht für Wandel. Wandel, den jede Generation erfuhr und erfährt; ob vom Telefon zum Smartphone, von der Schreibmaschine zum Computer; Wandel ist gut, Wandel ist auch ein Charakteristikum jeder Generation – Wandel treibt die Gesellschaft voran.

Auf die eingangs erwähnten Lebenspyramiden des Mannes und der Frau zurückkehrend, kann man diesen Wandel sehr gut nachvollziehen. Innerhalb von über hundert Jahren hat sich viel getan. Aus rechtlicher Sicht etwa erfolgte der Schutz von Kindern und Jugendlichen oder Frauen. In Österreich ist man bis zum 14. Lebensjahr ein Kind, ein Jugendlicher bis zum 18. Lebensjahr. Dann gilt man als Erwachsener, der Lebensabschnitt Alter ist mit dem Ende der Erwerbsfähigkeit, der Pension erreicht. In Österreich ist der Jugendschutz auf Landesebene durch sogenannte Jugendschutzgesetze geregelt. Auf der völkerrechtlichen Ebene sind Kinder und Jugendliche durch die Kinderrechtskonvention (1989) geschützt: Art. 1 bestimmt, dass jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet hat, als Kind bezeichnet wird. Menschen aller Altersgruppen sind nicht nur auf völkerrechtlicher (AEMR, 1948), sondern auch etwa europarechtlicher Ebene (EMRK, 1950) durch Menschenrechte geschützt. In puncto Alter gilt mittlerweile

in der Europäischen Union ein Diskriminierungsverbot im Arbeitsleben – neben Geschlecht, Ethnie, Religion, Behinderung, sexueller Ausrichtung oder Weltanschauung (Antidiskriminierungsrichtlinie 2000/78/EG).

Überblickt man den Wandel aus gesellschaftspolitischer Sicht, kann etwa zu den Themen Familie, Arbeit und Gesundheit einiges konstatiert werden. Wenngleich auch heute noch die Gründung einer Familie meist in die Jahre zwischen 20 und 30 fällt, hat sich diese dementsprechend verändert; nicht ausschließlich durch eine Ehe kann Familie begründet werden, sondern auch durch Lebensgemeinschaft, Partnerschaft – Familie ist ein weiter Begriff geworden: Trennungen oder Scheidungen schaffen Patchwork-Familien, eingetragene Partnerschaften Regenbogen-Familien usw. In vielen europäischen Ländern, vor allem in Italien und in Spanien, leben in erster Linie männliche Jugendliche noch im „Hotel Mama“ – sie können oder wollen sich (noch) keine Familie leisten und nehmen daher die (wirtschaftlichen, sozialen etc.) Vorteile ihres angestammten Familienhauses in Anspruch. Weitere Gründe, warum „Hotel Mama“ attraktiv ist, liegen etwa auch darin, dass Jugendliche und Erwachsene entweder keinem oder einem schlechtbezahlten Job nachgehen oder in (multiplen/r) Ausbildung(en) stehen. Die Jugendarbeitslosigkeit stellt übrigens in der EU ein aktuelles Problem dar, die Jugendarbeits-

losenquote betrug im ersten Quartal 2013 23,5%. Sie war damit doppelt so hoch wie die Arbeitslosigkeit in der Gesamtbevölkerung der EU. Vorschläge seitens der EU, diese bekämpfen, wurden im Juni 2013 unter dem Titel „Gemeinsam für die Jugend Europas“ veröffentlicht.²

Auch zeigt die Stufenpyramide des Alters auf, dass der Mann mit 40 Jahren bereits seine berufliche Laufbahn auf Schiene gelegt hatte und er somit einem beschaulichen Lebensabend entgegenblicken konnte. Abgesehen davon, dass auch Frauen nicht mehr allein Ehefrauen, Hausfrauen und Mütter sind, sondern diese Funktionen großteils neben dem Beruf ausüben, können Berufstätige (Beamte ausgenommen) sich nicht mehr darauf verlassen, ab dem 40. Lebensjahr bis zur Pension ein und denselben Arbeitsplatz zu haben. Das Heer der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe ist, gerade in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise, groß – Tendenz steigend.

Auch wenn die Erreichung des 50. Lebensjahrs sowohl im Stufenalter der Frau als auch des Mannes mit „Stillstand“ bezeichnet wird, entspricht dies nicht der Realität des 21. Jahrhunderts. Abgesehen von Arbeitslosigkeit, stehen heute Männer und auch viele Frauen vollends im Arbeitsleben, das sich bis zur Erlangung des gesetzlich geregelten Pensionsalters von 55 bzw. 65 Jahren erstreckt, bei Selbstständigen (vielleicht) bis zum Tod.

„Aktives Altern“ ist angesagt, nicht nur in Bezug auf die Arbeits- und Dienstleistung, sondern auch im Bereich des Gesundheitswesens. Kranksein ist schon lange kein Thema, das ausschließlich „Alte“ betrifft, wie es die Stufenpyramide darstellt. Die sozialpolitische Frage des „würdevollen Alterns“ stellt jedoch ein großes Thema in der Politik der demokratischen Staaten weltweit dar. Als weitere Fragen der Zukunft im Hinblick auf „Senioren“ zählt die EU im Zuge des von ihr 2012 ausgerufenen „Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ folgende auf: Beschäftigung, Teilhabe an der Gesellschaft, eigenständige Lebensführung. Daneben gilt das Motto „forever young“ – aktives Altern unter teilweisem Einfluss des Lifestyles der vorwiegend jungen Generation. Für Modebranche, (medizinische) Kosmetik, Sport, Freizeit, Tourismus öffnet sich ein weites und lukratives Feld, denn die ältere Generation will nicht nur attraktiv sein, sondern auch bleiben, und sie hat vor allem etwas, was

der Jugend großteils fehlt – nicht Lebenserfahrung allein, sondern Geld. So beschrieb ein Organisator der Ennstal-Oldtimer-Rallye, Helmut Zwickl, das Lebensgefühl dieses Sports als „Rückfahrtticket in die Jugend“³.

In den beiden Lithografien ist das Lebensalter mit 100 begrenzt – zumindest in der EU kann dies nicht mehr ausschließlich als Vision angesehen werden. Die Medizin, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen ermöglichen die Erreichung dieses hohen Alters. Darauf zu reagieren, wie die Generationen untereinander weiterhin in Wohlstand leben können, mittels Generationenvertrag oder Generationengerechtigkeit, Solidarität der Generationen untereinander sind die Fragen, die die Politik in Zukunft zu lösen haben wird. Erstrebenswert wäre die Erlangung jenes Lebensgefühls für Jung und Alt, das Albert Camus, der am 7. November 100 Jahre alt geworden wäre, wie folgt formulierte: „Im tiefsten Winter erkannte ich, dass in mir ein unbesiegbarer Sommer wohnt“. ■

1 Das Stufenalter des Mannes, das Stufenalter der Frau, Entwurf, F. Leiber Verlag Gustav May Söhne, Frankfurt/Main um 1900, Chromolithografie. Quelle der Graphiken von Seite 88: www.BillerAntik.de.

2 http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor/headlines/news/2013/06/20130619_de.htm.

3 Interview, Steiermark Heute ORF, 22. September 2013.

Antonia Csuk

Die Zukunft wartet nicht

Sieht man sich in einer vollbesetzten Vorlesung eines sogenannten „Massenstudiums“ um, während man diverse Medienberichte, in Bezug auf die immer größeren Schwierigkeiten beim Berufseinstieg, im Kopf hat, wird einem schnell bewusst, dass die Liebe zum Studienfach für die Verwirklichung der erhofften Karriere-



chancen wohl nicht ausreichen wird.

Aber sollte man sich davon verunsichern lassen? Letztlich gilt es doch gerade die, teilweise so diffizil

scheinende, Situation als Ansporn dafür zu nützen, dieser mit Fleiß und Engagement entgegenzuwirken, alle Möglichkeiten zu ergreifen, sich aus der Masse hervorzuheben und sich schließlich in Vielseitigkeit zu üben, um den Anpassungsanforderungen des Arbeitsmarktes eher gerecht werden zu können.

Was bleibt ist also ein gewisser kritischer Zukunftsoptimismus, gepaart mit dem Bemühen, den – zum Teil selbstkötroyierten – Leistungsdruck mit Spaß am Studium zu kombinieren, und die Hoffnung, später zu den Glücklichen zu zählen, die die wichtigsten ihrer beruflichen und privaten Ziele verwirklichen konnten.

*Antonia Csuk, geb. 1992,
Mitarbeiterin am Institut für Öffentliches Recht, Universität Graz.*

Hannah Schifko

(Be)zahlen, bitte!

Gestern in der Straßenbahn. Ein aus Griechenland stammender Religionslehrer, der an einer Wiener Schule unterrichtet, fragt: „Wer von uns hat schon noch Perspektiven?“ Er weiß wovon er spricht. Seine Freunde und Verwandten in Griechenland haben alle keinen Job. Vor acht Jahren, als er ging, wollte ihm niemand glauben. „Griechenland ist der schönste Fleck der Welt“, haben sie ihm gesagt, „hier scheint immer die Sonne, es geht uns gut“. Damals haben sie ihn nicht verstanden. Heute schon.



In Griechenland lag die Jugendarbeitslosenquote im August bei 61,5%, die höchste unter den europäischen Mitgliedsstaaten. Dort ziehen Hochschulabsolventen wieder in ihr altes Kinderzimmer. Kaum jemand hat einen Job und wenn doch, dann unbezahlt. Arbeiten ohne Entlohnung. In Griechenland ist das Alltag vieler (junger) Menschen. Doch auch in Österreich ist das mittlerweile Usus. Stichwort: Praktika, Trainee Programme, Volontariat. Ausbeutung als Karriereeinstieg. Gerade in der Medienlandschaft häufig gang und gäbe.

*Hannah Schifko, geb. 1991,
studiert Journalismus und Medienmanagement an der FH Wien.*

Claudia Pittino

Des Glückes Schmied

Ich werde oft gefragt: Warum studierst du eigentlich Architektur – da sind die Jobaussichten ja bekanntlich sehr mager. Die Frage ist durchaus berechtigt, denn Architekten gibt es beispielsweise in Graz wie Sand am Meer – und die meisten sind noch dazu seit Jahren erfolglos. Wer kann sich denn heutzutage noch einen



Architekten für die Planung des Eigenheims leisten?

Untermalt wird dies noch durch die Zahlen der Statistik, die uns beinahe täglich

die immer höher werdenden Arbeitslosenzahlen unter die Nase reibt, woraus eine uns ständig begleitende Angst resultiert, die manchmal auch entmutigt weiter zu machen. Man stellt sich die Frage, wofür studieren wir, wenn wir schlussendlich trotzdem im Arbeitslosenregister des AMS landen?

Ich persönlich lasse mich jedoch nicht entmutigen und mir die Freude nehmen. Ich denke, dass man mit Zielstrebigkeit, Durchhaltevermögen und Mut zur Flexibilität und auch Kreativität jedes Ziel erreichen kann. Wünschen würde ich mir, dass uns auch die Politik in diesem Gedanken bestärkt.

*Claudia Pittino, geb. 1992,
Architekturstudentin an der
Technischen Universität Graz.*

Daniel Pfingstl

Anfangszauber?!

Der Anfangszauber zum Berufseinstieg wird vielfach schon bei Bewerbungen aufgrund eines zu hohen Anforderungsprofils abgewürgt: Vorzuweisen sind einschlägige Vorerfahrungen, Spezialisierungen und Weiterbildungen. Die wachsende Zahl von Arbeitslosen erhöht für alle den (Konkurrenz-) Druck.



Wo bleibt da die Chance, seine Stärken und Fähigkeiten im neuen Umfeld schrittweise einzuflechten bzw. sich in den vorgegebenen Mustern zurechtzufinden, um diese letztlich mitzugestalten?

Jede Firma sollte sich überlegen, wie man NeueinsteigerInnen in den Berufsalltag integrieren kann, dabei aber die große Chance der neuen Kreativität, des Elans und Enthusiasmus zu fördern – für eine größere Berufsidentität und -zufriedenheit.

„Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne...“, doch dieser Zauber darf nicht durch Überlastung ab der ersten Minute zerstört werden, sondern sollte durch gezielte Einstiegshilfen ein „Berufs-Leben-lang“ erhalten bleiben.

*Daniel Pfingstl, BEd, geb. 1978,
Volksschullehrer, diplomierter
Lebens- und Sozialberater.*

Autorinnen und Autoren

Univ.-Prof. Mag. Dr. habil. Gudrun Biffl, geboren 1949, ist Dekanin der Fakultät für Wirtschaft und Globalisierung und Leiterin der Departments Migration und Globalisierung sowie Wissens- und Kommunikationsmanagement an der Donau-Universität Krems.

Mag. Julia Bock-Schappelwein, geboren 1976, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Dr. Christian Buchmann, geboren 1962, ist Landesrat für Wirtschaft, Europa und Kultur in der Steiermark sowie Vizepräsident der Automotive Intergroup des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union.

MMag. Barbara Eibinger, geboren 1980, ist Abgeordnete zum Steiermärkischen Landtag und Vorsitzende des Europahauses Graz.

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer, geboren 1941, ist Wirtschaftsforscher und Sozialökonom und war Direktor des Instituts für Höhere Studien.

Mag. Marlies Gatterbauer, geboren 1976, ist Mitarbeiterin im Vorstandsbüro des Arbeitsmarktservice Österreich.

Franz Gosch, geboren 1957, ist Vizepräsident der Arbeiterkammer Steiermark und Vorsitzender der Fraktion Christlicher Gewerkschafter Steiermark.

Mag. Klaus Gregorz, geboren 1964, ist Mitarbeiter des Steirischen Dachverbands der Offenen Jugendarbeit im Bereich Qualitätsmanagement. Er war Gründer des Jugendbeschäftigungsprojektes „tag.werk“ und der Notschlafstelle „Schlupfhaus“ sowie Mitbegründer des Arbeitsprojektes „heidenspass“.

Univ.-Prof. MMag. Dr. Alfred Gutschehofer, geboren 1960, ist Leiter des Instituts für Unternehmensführung und Entrepreneurship sowie des Zentrums für Entrepreneurship und angewandte Betriebswirtschaftslehre und war Rektor der Universität Graz.

Mag. Bernhard Heinzlmaier, geboren 1960, ist Sozialwissenschaftler, Mitbegründer und Vorstandsvorsitzender des Instituts für Jugendkulturforschung in Wien sowie Leiter des Marktforschungsunternehmens tfactory in Hamburg.

Rudolf Hundstorfer, geboren 1951, ist Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

Mag. Philipp Ikrath, geboren 1980, ist Jugendmarketingexperte und Vorstandsmitglied des Instituts für Jugendkulturforschung in Hamburg.

Dr. Johannes Kopf, LL.M., geboren 1973, ist Arbeitsmarktexperte und Vorstandsmitglied des Arbeitsmarktservice Österreich.

Sebastian Kurz, geboren 1986, ist Staatssekretär für Integration im Bundesministerium für Inneres.

Mag. Dr. Elgrid Messner, geboren 1956, ist Rektorin der Pädagogischen Hochschule Steiermark.

Dr. Reinhold Mitterlehner, geboren 1955, ist Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend.

Mag. (FH) Burkard Neuper, geboren 1983, ist Landesvorsitzender der Jungen Wirtschaft Steiermark.

Mag. Nina Pildner-Steinburg, geboren 1975, ist Vorsitzende der Jungen Industrie Steiermark.

Ass.Prof. Mag. Dr. Klaus Poier, geboren 1969, ist Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler an der Universität Graz.

Ao.Univ.-Prof. Mag. Dr. Anita Prettenhaler-Ziegerhofer, geboren 1965, ist Rechtshistorikerin am Institut für Österreichische Rechtsgeschichte und Europäische Rechtsentwicklung an der Universität Graz.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Manfred Prisching, geboren 1950, ist Soziologe und leitet das Centrum für Sozialforschung der Universität Graz.

MMag. Desiree Schorn, geboren 1985, war Studienassistentin am Institut für Arbeitsrecht und Sozialrecht der Universität Graz und ist derzeit als Juristin in der Privatwirtschaft tätig.

Michael Trisko, geboren 1981, ist Bundesjugendsekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Dr. Bettina Vollath, geboren 1962, ist Landesrätin für Finanzen, Frauen und Integration in der Steiermark.

MMag. Manfred Zentner, geboren 1966, ist Jugendforscher und am Institut für Jugendkulturforschung in den Bereichen Seminarleitung und internationale Kooperationen tätig. Er ist offizieller Korrespondent Österreichs beim „European Knowledge Center for Youth Policy“.

Wissenschaftlicher Beirat

Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching
(Vorsitzender)

Ass.-Prof. Dr. Klaus Poier
(Gf. Vorsitzender)

Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher
(stv. Vorsitzender)

Univ.-Prof. Dr. Kurt Salamun
(stv. Vorsitzender)

Univ.-Prof. Dr. Alfred Ableitinger

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Benedek

Univ.-Prof. Dr. Tina Ehrke-Rabel

Univ.-Prof. Dr. Edith Gößnitzer

Univ.-Prof. Dr. Johannes Heinrich

Univ.-Prof. Dr. Marianne Hilf

Univ.-Prof. Dr. Hubert Isak

Univ.-Prof. Dr. Franz Jeglitsch

Univ.-Prof. Dr. Beatrix Karl

Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner

Ass.-Prof. DDr. Renate Kicker

Univ.-Prof. Dr. Igor Knez

Prof. Dr. Karl A. Kubinzky

Univ.-Prof. Dr. Yvonne Luisi-Weichsel

Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. Wolfgang Mantl

Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold

Univ.-Prof. Dr. Joseph Marko

Dr. Nora Melzer-Azodanloo

Hon.-Prof. Dr. Bernhard Pelzl

Univ.-Prof. DI Dr. Ulrich Pferschy

Univ.-Prof. Dr. Walter Pieringer

Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek

Univ.-Prof. Dr. Anita Prettenthaler-Ziegerhofer

Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack

Univ.-Prof. Dr. Wolf Rauch

Univ.-Prof. DDr. Willibald Riedler

Mag. Dr. Wolfgang Schinagl

Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer

Univ.-Prof. Dr. Michaela Sohn-Kronthaler

Dr. Barbara Stelzl-Marx

Univ.-Prof. Dr. Kurt Weinke